



MASTERARBEIT | MASTER'S THESIS

Titel | Title

Chancen und Herausforderungen der Anwendung Partizipativer
Garantiesysteme in der österreichischen Landwirtschaft

verfasst von | submitted by

Anna Katharina Wieczorek

angestrebter akademischer Grad | in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien | Vienna, 2024

Studienkennzahl lt. Studienblatt | Degree
programme code as it appears on the
student record sheet:

UA 066 589

Studienrichtung lt. Studienblatt | Degree
programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Internationale Entwicklung

Betreut von | Supervisor:

Mag. Dr. Karen Kastenhofer

Abstract

Die vorliegende Arbeit untersucht, inwiefern Partizipative Garantiesysteme (PGS) zur Verbesserung der Nachhaltigkeit und der sozioökonomischen Lage von Kleinbäuer*innen in Österreich beitragen können. Vor dem Hintergrund der politischen Ökologie wird analysiert, ob und wie PGS durch Mitbestimmung aller Beteiligten und horizontale Strukturen Machtasymmetrien in der Landwirtschaft abbauen und alternative, umweltfreundliche Anbaumethoden voranbringen könnten. PGS bieten eine alternative Zertifizierungsmethode, die durch die aktive Partizipation lokaler Akteur*innen wie Landwirt*innen, Konsument*innen und NGOs geprägt ist. Die Ergebnisse der qualitativen Analyse semistrukturierter Interviews zeigen, dass PGS zur Demokratisierung der landwirtschaftlichen Produktion beitragen könnten, indem sie lokale Gemeinschaften befähigen, eigene Produktionsstandards festzulegen und ökologische sowie soziale Gerechtigkeit zu fördern. Außerdem könnten sie es Kleinbäuer*innen ermöglichen, sich von den dominanten Strukturen des globalen Agrarmarkts unabhängiger zu machen. Allerdings bestehen Herausforderungen, wie der hohe Zeitaufwand und die Gefahr der Reproduktion von Machtasymmetrien innerhalb der Systeme. Insgesamt bieten PGS eine vielversprechende Alternative für eine gerechtere und nachhaltigere Landwirtschaft in Österreich.

Inhalt

1. Einleitung.....	1
2. Studienfeld der Politischen Ökologie mit Fokus auf Landwirtschaft.....	3
3. Partizipative Garantiesysteme und die österreichische Landwirtschaft.....	9
3.1 Erläuterung der PGS.....	9
3.1.1 Funktionsweise und Organisationsstruktur von PGS.....	9
3.1.2 Positive Auswirkungen von PGS im Unterschied zum aktuellen System	15
3.1.3 Herausforderungen bei PGS.....	20
3.2 Relevante Aspekte für die aktuelle österreichische Landwirtschaft.....	23
4. Material und Methode.....	30
4.1 Semistrukturierte Interviews	30
4.2 Sample.....	31
4.3 Auswertungsmethode: Grounded Theory	32
4.4 Methodische Limitierungen	33
5. Ergebnisse.....	34
5.1 Aktuelle Situation in der Landwirtschaft	35
5.1.1 Beschriebene Probleme der Kleinbäuer*innen	35
5.1.2 Erfüllte Bedürfnisse.....	50
5.2 Bereits etablierte Lösungsansätze	55
5.2.1 Direktvermarktung als Lösungsansatz	56
5.2.2 Bio-Zertifizierung als Lösungsansatz.....	58
5.3 Erwartungen an PGS als Lösungsansatz	62
6. Diskussion.....	70
7. Literaturverzeichnis	82
8. Abbildungsverzeichnis.....	85
9. Anhang.....	86

1. Einleitung

Der anthropogene Klimawandel ist die wohl größte Herausforderung der heutigen Zeit. Die Auswirkungen der Krise sind schon jetzt vielerorts stark zu spüren. Sei es akut durch die anhaltende Rekordhitze im August 2024, durch das Jahrtausendhochwasser, das Österreich im September desselben Jahres schwer getroffen hat oder durch langfristige Entwicklungen, wie das Schmelzen der Gletscher, den Anstieg des Meeresspiegels und die langsame, aber sichere Veränderung der Ökosysteme weltweit. Da die Landwirtschaft direkt von Klima, Witterung, Wetter und Bodenverhältnissen abhängig ist, zählt sie zu den am stärksten vom Klimawandel betroffenen Sektoren. Dies drückt sich durch einen Verlust von Ertragssicherheit und durch Einbußen in der Qualität und der Quantität des Ertrags aus. Öfter auftretende Extremereignisse stellen eine Gefahr für die Ernte dar. Ebenso wird die ausreichende Wasserversorgung wegen der steigenden Temperaturen, den längeren Vegetationsperioden und den sinkenden Grundwasserspiegeln zum kritischen Faktor. Gleichzeitig zählt die Landwirtschaft, die für knapp ein Drittel der weltweiten CO₂-Emissionen verantwortlich ist, nach dem Energie-, dem Industrie- und dem Bausektor zu den Hauptverantwortlichen des menschengemachten Klimawandels (BMK 2024).

Maßnahmen zur Bekämpfung oder zumindest zur Eindämmung der Klimakrise sind dringend nötig. Besonders auf internationaler oder globaler Ebene wären diese wichtig, um möglichst schnell einen großen Effekt zu erzielen. Parteiprogramme und Wahlergebnisse der Europawahl und auch der Nationalratswahl in Österreich im Jahr 2024 zeigen jedoch, dass die Prioritäten auf nationaler Ebene derzeit woanders liegen. Jene Parteien, die den Kampf gegen den Klimawandel in ihren Programmen zentral verankern, zählen zu den großen Verlierer*innen dieser Wahlen. Entsprechend gilt es zumindest im lokalen oder regionalen Rahmen Maßnahmen zu treffen, die die Auswirkungen der Klimakrise reduzieren und die Resilienz der Lokalbevölkerung fördern. Um die Situation der Landwirt*innen zu verbessern und auch die ökologischen Konsequenzen der aktuellen Produktionsweisen in der Landwirtschaft zu reduzieren, werden in Ländern, wie zum Beispiel Brasilien, Spanien und Italien bereits jetzt alternative Formen der Landwirtschaft, der Preisgestaltung, der Qualitätszertifizierung und der Vermarktung von Agrargütern anerkannt und eingesetzt. Zu solchen Alternativen zählen die sogenannten Partizipativen Garantiesysteme (PGS). Diese sind meist ein Zusammenschluss aus Kleinbäuer*innen, NGOs und Lokalpolitik, mit dem Ziel ihre eigenen ökologischen Standards der Landwirtschaft, der Vermarktung und der Preisgestaltung festzulegen und zu garantieren.

Dadurch können auf lokaler Ebene eine Vielzahl negativer Auswirkungen des aktuellen Systems reduziert oder gar eliminiert werden (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 1).

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, die mithilfe der folgenden Arbeit beantwortet werden soll: Welches Potenzial haben Partizipative Garantiesysteme, die aktuelle landwirtschaftliche Situation im Hinblick auf Nachhaltigkeit, insbesondere auch die sozioökonomische Lage von Kleinbäuer*innen, in Österreich zu verbessern?

Im österreichischen Kontext, wie insgesamt im deutschsprachigen Raum gibt es bisher kaum Forschung zu dieser Form von Garantiesystemen. Selbst zum Projekt Anerkennung, dem im Rahmen von Demeter eingeführten Garantiesystem in Darmstadt, wurden bisher kaum wissenschaftliche Erkenntnisse veröffentlicht. Die Erfahrungen dieser Initiative sowie die der PGS in Norditalien könnten aufgrund der ähnlichen geographischen Bedingungen und vergleichbaren rechtlichen Rahmenbedingungen bei einer Einführung von PGS in Österreich herangezogen und verglichen werden.

Das Thema dieser Masterarbeit ist von großer Relevanz für den Studiengang der Internationalen Entwicklung, welcher seinen Schwerpunkt auf die transdisziplinäre Analyse und kritische Reflexion globaler Ungleichheitsverhältnisse legt. Durch die Analyse der Anwendbarkeit und der potenziellen Auswirkungen von PGS auf die aktuelle landwirtschaftliche Situation in Österreich im Hinblick auf Nachhaltigkeit und sozioökonomische Lage von Kleinbäuer*innen, leistet diese Arbeit einen Beitrag zur Diskussion über vorwiegend lateinamerikanische, alternative Ansätze zur Förderung einer nachhaltigeren und gerechteren Entwicklung in der Landwirtschaft. Dabei werden Herangehensweisen beleuchtet, die derzeit nicht der europäischen Norm entsprechen, aber eine ökologischere Landwirtschaft und faire Entlohnung besonders für Kleinbäuer*innen ermöglichen und mehr Mitspracherecht der Beteiligten im Agrarsektor gewährleisten. Insgesamt trägt diese Masterarbeit zur Weiterentwicklung transdisziplinärer Theorien und Ansätze bei und leistet einen Beitrag zur kritischen Reflexion und Gestaltung sozialer Transformation.

Zur Beantwortung der Forschungsfrage soll zuerst ein kurzer Überblick über das Forschungsfeld der Politischen Ökologie gegeben werden, in das diese Arbeit eingebettet ist. Anschließend werden die Funktionsweise, die Struktur sowie Vorteile und Herausforderungen Partizipativer Garantiesysteme erläutert und vor den Hintergrund relevanter Aspekte der Landwirtschaft in Österreich gestellt. Im darauffolgenden Kapitel werden die methodische Vorgehensweise, inklusive Interviewführung, Auswertungsmethode und Sample, beschrieben. Daraufhin werden die Ergebnisse der Interviews ausführlich im Hinblick auf politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Probleme im aktuellen System analysiert und die

bereits vorhandenen Lösungsansätze der Direktvermarktung und der Bio-Zertifizierung genauer betrachtet. Auch die erwarteten Vorteile und Herausforderungen einer Einführung von PGS in Österreich werden untersucht. Abschließend werden die Resultate der Arbeit in Hinblick auf die zentrale Forschungsfrage zusammengeführt und diskutiert.

2. Studienfeld der Politischen Ökologie mit Fokus auf Landwirtschaft

Als theoretische Grundlage soll in dieser Arbeit das Studienfeld der Politischen Ökologie dienen. Die Politische Ökologie ist ein vielfältiges Forschungsgebiet mit unterschiedlichen Schulen, die jeweils verschiedene Schwerpunkte setzen. Sie verwendet einen kontextuellen Ansatz für Probleme und stellt daher eine explizite Alternative zu naturwissenschaftlicher Ökologie dar, die ihrem Selbstverständnis nach unpolitisch ist beziehungsweise die politische Dimension weniger ausdrücklich berücksichtigt (Robbins 2012: 13f). Dies impliziert, dass die Politische Ökologie Macht- und Herrschaftsverhältnisse, Demokratie und Gerechtigkeitsfragen mit ökologischen Themen in Verbindung setzt (Brad 2018: 353). Durch ihren starken Fokus auf Fallstudien, lokale Kontexte und Besonderheiten liegt ihre Stärke weniger in der Formulierung generalisierbarer Theorie. Vielmehr werden mögliche und oft vorhandene Zusammenhänge und Korrelationen mitsamt ihren kontextspezifischen Ausnahmen analysiert und individuell dargestellt (Robbins 2012: 84). Dabei wird untersucht, welche Auswirkungen politische Entscheidungen, wie etwa globale Handelsabkommen, auf lokale Ökosysteme haben und inwiefern die gesellschaftliche Inwertsetzung von Natur und verschiedene naturbezogene Diskurse lokale Praktiken beeinflussen (Gottschlich et al. 2022: 12). Dieses Interesse an Konsequenzen auf lokaler und regionaler Ebene ist wichtig, da bei Maßnahmen auf globaler oder internationaler Ebene, wie Wirtschaftsabkommen oder Richtlinien zur Bekämpfung des Klimawandels, lokale Auswirkungen und unterschiedliche Voraussetzungen oft ignoriert werden. Dies kann im regionalen und lokalen Kontext zu adversen Resultaten führen (Görg et al. 2017: 4).

Das Studienfeld der Politischen Ökologie kann auch als „Community of Practice“ verstanden werden, die sich mit den Bedingungen und Veränderungen des Sozial- und Umweltsystems auseinandersetzt und dabei Machtverhältnisse berücksichtigt (Robbins 2012: 20). Diese Gemeinschaft setzt sich aus Akademiker*innen, internationalen sowie lokalen NGOs und Institutionen zusammen. Gemeinsam werden Theorien konstruiert sowie dekonstruiert,

Praktiken kritisiert oder verteidigt und besonders lokalen Basisakteur*innen und Organisationen zugehört sowie deren Argumente in größerem Kontext weitergetragen (Robbins 2012: 85f).

Die Verflechtung von Politischer Ökonomie, Ökologie und Politischer Soziologie geht der Politischen Ökologie zufolge so weit, dass Handlungen in einem Bereich nie nur diesen betreffen, sondern zwangsläufig Auswirkungen auf alle drei Themengebiete nach sich ziehen. Entsprechend muss ein Forschungsansatz alle diese Faktoren und deren Einflüsse aufeinander einschließen (Bryant/Bailey 2005: 5). Auch Aspekte der Humanökologie und Geografie sowie der Anthropologie finden Einzug in das Forschungsfeld der Politischen Ökologie (Bryant/Bailey 2005: 15, 17). Ziel ist es, die Ursachen der Probleme aufzudecken, die aus ungleichen Machtverhältnissen und einem nicht nachhaltigen Umgang mit der Umwelt resultieren, und die Kräfte aufzuzeigen, die im ökologischen Kampf mitwirken (Robbins 2012: 21). Hierbei wird deutlich, dass Konflikte um die Natur meist nicht nur der Verfügbarkeit der Ressourcen geschuldet sind, sondern ihren Ursprung in der Verteilung und Nutzung, also der Aneignung der Natur finden (Dietz/Engels 2014: 79). Laut Bryant und Bailey (2005: 28f) werden Umweltveränderungen und ökologische Zustände durch politische Prozesse verursacht. Gesetze und Richtlinien, die durch die jeweilige Regierung festgelegt werden, vermitteln und etablieren Herrschaftsverhältnisse, die bis in die Peripherien durchdringen und die staatliche Kontrolle über das Land sicherstellen. So gestaltet sowohl die nationale als auch die globale Politik das lokale Naturverhältnis und die Integration der Landwirt*innen in das Landwirtschaftssystem (Brad 2018: 360). Bei der politisch-ökologischen Untersuchung bestimmter Problemfelder ist es essenziell, den spezifischen geographischen Kontext, also die Umweltfaktoren, sowie politische und wirtschaftliche Bedingungen miteinzubeziehen. Auch sozio-ökonomische Charakteristika und die unterschiedlichen Interessen und Prioritäten der Betroffenen müssen miteinbezogen werden, um lokale Konflikte und die zugehörigen Machtverhältnisse zu verstehen (Bryant/Bailey 2005: 23f).

Der zentrale Ausgangspunkt der politisch-ökologischen Forschung ist somit die politisierte Umwelt mit ihren sozialen Konflikten und eingeschriebenen Machtverhältnissen (Gottschlich et al. 2022: 12). Ein Fokus liegt auf der Erforschung der Verhältnisse zwischen Produktionsweisen und Machtstrukturen sowie der globalen Arbeitsverhältnisse zu lokaler Ressourcennutzung, der In- bzw. Exklusion bestimmter Bevölkerungsgruppen und der politischen Konflikte auf unterschiedlichen Ebenen (Brad 2018: 354). Dieser Schwerpunkt auf Machtverteilungen im Umgang mit der Natur impliziert ebenfalls eine alternative Sichtweise auf den Zusammenhang zwischen Umwelt und Politik (Dietz/Engels 2014: 79). In diesem

Kontext wird Macht definiert als Fähigkeit den eigenen Umgang mit der Natur und die Interaktionen anderer Akteur*innen mit der Umwelt zu bestimmen. Diese Macht kann sich in Form von Zugangsrestriktionen zu Ressourcen, in der wirtschaftlichen Wertabschöpfung der Naturausbeutung oder in der Festlegung der Konditionen und der Verwendungszwecke ausdrücken (Bryant/Bailey 2005: 39). Im Rahmen der Machtverteilung ist vielfach von Agency die Rede. Sie beschreibt Handlungsspielräume und die Fähigkeit der jeweiligen Akteur*innen, die Situation zu verändern (Gottschlich/Hackfort/Katz 2022: 96) beziehungsweise auch deren Handlungs- und Wirkmacht (Coy 2022: 301).

Die ungleichen Machtverteilungen und sozialen und gesellschaftlichen Ursprünge der ökologischen Krise sind laut Politischer Ökologie eng verbunden mit der Krise der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Diese Verhältnisse bezeichnen grundsätzlich die dominierenden gesellschaftlichen Verhaltensweisen in Produktion und Lebensstil und deren Implikationen auf die natürliche Umwelt. Folglich ist es zur Bewältigung der ökologischen Krise nötig, die Natur wieder mehr in den Mittelpunkt zu stellen und allen Menschen eine gesunde Beziehung zu ihr zu ermöglichen. Das beinhaltet auch die Veränderung der aktuellen Herrschaftsverhältnisse, die durch eine ungleiche Aneignung der Natur einiger weniger zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung geprägt sind (Görg et al. 2017: 3). Dem Demokratieverständnis der Politischen Ökologie zufolge müssen diese Naturverhältnisse im Zuge der umkämpften, demokratischen Erweiterung des öffentlichen Raumes und des Ringens um Definition des Öffentlichen und Privaten demokratisiert werden (Gottschlich/Pichler 2022: 341f). Eine Möglichkeit zur Demokratisierung der sozial-ökologischen Probleme und deren konsequenter Bewältigung ist die partizipative Umweltgovernance. Diese basiert auf bestehenden Institutionen der aktuellen repräsentativen Demokratie, wird jedoch erweitert und partizipativer gestaltet. Dies soll zu einer breiteren direkten Beteiligung der Bürger*innen führen (Gottschlich/Pichler 2022: 342). Die Integration großer Teile der Bevölkerung in politische Vorgänge durch die Erweiterung bestehender und die Schaffung neuer, inklusiver Institutionen führt zu einer Demokratisierung des sozialen und politischen Lebens und zur Veränderung gesellschaftlicher Naturverhältnisse (Görg et al. 2017: 9). Durch diese neuen Initiativen werden bereits vorhandene nationalstaatliche demokratische Strukturen auf die lokale Ebene ausgedehnt (Gottschlich/Pichler 2022: 342).

Um ein Forschungsproblem anzugehen, sollte demnach auch ergründet werden, wer von der derzeitigen Art des Umgangs mit der Umwelt oder der Ressourcenausbeutung profitiert und wer sie verursacht (Robbins 2012: 20). Durch das Stellen dieser Fragen wird deutlicher, was überhaupt als Problem angesehen wird, wofür es Ursprünge und Lösungen zu suchen gilt

(Gottschlich et al. 2022: 16). Bei der Beantwortung sollen politische und wirtschaftliche Variablen von der lokalen bis zur globalen Ebene berücksichtigt werden, da sie sich oft gegenseitig beeinflussen. Eine grundlegende Annahme für jegliche Forschung im Bereich der politischen Ökologie ist, dass Vorteile und Kosten von Umweltveränderungen nicht gleichmäßig auf die beteiligten Akteur*innen verteilt sind. Diese ungerechte Verteilung verstärkt vor allem bestehende soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten, da negative Auswirkungen vermehrt bereits marginalisierte Bevölkerungsgruppen betreffen und diese gleichzeitig weniger Macht haben, um ihnen entgegenzuwirken (Robbins 2012: 20). In diesem Studienfeld werden Umweltprobleme als Verteilungsprobleme angesehen und als Resultat ungleich verteilter politischer und wirtschaftlicher Macht. Verändert sich die Umwelt, wie etwa durch den Klimawandel oder die Ausbeutung der Natur, so hat die bisherige ungleiche Machtverteilung fundamentalen Einfluss auf die Möglichkeiten, die Kosten auf andere abzuwälzen, während der Nutzen zum Profit einiger weniger führt. So gibt es stets Gewinner*innen und Verlierer*innen von Umweltveränderungen (Gottschlich 2022: 365). Die ungerechte Verteilung von Kosten und Nutzen verstärkt bestehende soziale wie wirtschaftliche Ungleichheiten weiter. Außerdem verändert diese einseitige Zuordnung die Möglichkeiten der Akteur*innen sich gegenseitig zu kontrollieren, zu beeinflussen oder sich der jeweils anderen Partei zu widersetzen (Bryant/Bailey 2005: 29). Dementsprechend ist es für das Erreichen von Umweltgerechtigkeit essenziell, zu erkennen, wie die bisherige Fehlverteilung zustande gekommen ist und inwiefern die prozessuale Einbindung der Betroffenen sowie die Situation von Minderheiten und die materielle Verteilungsgerechtigkeit verbessert werden kann. Da all diese Aspekte eng miteinander verwoben sind, müssen sie für einen ganzheitlichen Lösungsansatz stets gemeinsam betrachtet werden (Gottschlich 2022: 366).

Insgesamt werden Natur und Gesellschaft als sich gegenseitig bedingende Verhältnisse konzipiert und die Natur als umkämpfter Teil sozialer Verhältnisse definiert. So kann Natur nur gemeinsam mit historisch geschaffenen Geschlechter- oder Klassenverhältnissen erfasst werden, da sie durch die menschliche Nutzung natürlicher Ressourcen gesellschaftlich überformt wurde (Brad 2018: 354). Die Ablehnung einer absoluten Trennung von Gesellschaft und Natur ist eine Grundannahme der Politischen Ökologie (Gottschlich et al. 2022: 12). Sie beschreibt ein Verständnis der Natur als sozial vermittelt, also die Betonung des Einflusses sozialer Verhältnisse auf die Wahrnehmung und Interpretation der Natur, die wiederum die Praktiken der Naturaneignung beeinflussen (Dietz/Engels 2014: 74). Gesellschaftliche Vorgänge sind stets auf den Stoffwechsel mit der Natur durch Arbeit, Produktion und

Technologie angewiesen, um zu überleben. Somit gilt die Natur als Voraussetzung für jegliche gesellschaftlichen Aktivitäten (Brand/Görg 2022: 38).

Der Bereich der Politischen Ökologie befasst sich überdies mit der Möglichkeit kollektiven Handelns auf Gemeinschaftsebene, der Rolle der menschlichen Arbeit im Umweltstoffwechsel, der Vielfalt der Umweltwahrnehmungen, der Art der Risikobereitschaft oder -vermeidung im menschlichen Verhalten, den Ursachen und Auswirkungen politischer Korruption und dem Verhältnis zwischen Wissen und Macht (Robbins 2012: 24). Hier zeigt sich auch die aktivistische Seite der Politischen Ökologie, da das Studienfeld stets eine Verbindung von Wissenschaft und Praxis herstellen will und somit auch selbst politische Stellung bezieht (Gottschlich et al. 2022: 13f). Generell ist das emanzipatorische Erkenntnisinteresse der Politischen Ökologie auf die gesellschaftliche und politische Praxis ausgerichtet (Dietz/Engels 2014: 85).

Darüber hinaus kritisiert das Studienfeld die Fragmentierung und die geringe Eingriffstiefe der aktuellen Politik zur Bewältigung der ökologischen Krise und zur Förderung der Nachhaltigkeit, die gesellschaftliche Ursachen außen vor lässt und asymmetrische Machtverteilung weitgehend ignoriert. Stattdessen fordert die Politische Ökologie, Umweltproblemen, deren soziale Auslöser und Lösungen aus der Untersuchung gesamtgesellschaftlicher Vorgänge heraus sichtbar werden, mit einem sozial-ökologischen Ansatz entgegenzutreten (Brand/Görg 2022: 37). Die Politische Ökologie arbeitet ökozentriert, betont die Wichtigkeit der Lokalität und pocht nicht wie viele andere Forschungsrichtungen auf eine technokratische Lösung für den Klimawandel. Somit unterscheidet sie sich von einer Vielzahl an Forschungsansätzen (Bryant/Bailey 2005: 19). Dieser spezifische Ansatz ist auf die Annahme der Politischen Ökologie zurückzuführen, dass Umweltveränderungen keine neutralen Prozesse sind, die mit technischen Neuerungen gelöst werden können. Vielmehr wird auf die politischen Ursprünge und deren Auswirkungen auf existierende sozio-ökonomische Ungerechtigkeiten hingewiesen. Dies soll der Ausgangspunkt für Lösungsvorschläge sein (Bryant/Bailey 2005: 28). Ein politisch-ökologischer Lösungsansatz inkludiert typischerweise, dass Entscheidungen durch Basisbewegungen auf einer lokalen Ebene getroffen werden, während mächtige, ortsungebundene Akteur*innen, die bisher hauptsächlich die Entscheidungsmacht hatten, nur eine unterstützende Funktion in der Koordination einnehmen sollen. Die getroffenen Entscheidungen werden dabei von sozialer Gerechtigkeit und dem Naturschutz beeinflusst (Bryant/Bailey 2005: 4f).

Im Unterschied zu traditioneller Umweltpolitik greift die Politische Ökologie auf eine breitere Definition von Politik zurück, indem sie Aktivitäten der Zivilgesellschaft und nicht-staatlicher

politischer Akteur*innen mitberücksichtigt, welche in der bisherigen Umweltpolitik weitgehend ignoriert werden (Bryant/Bailey 2005: 17). In der Politischen Ökologie liegt der Fokus bei der Untersuchung ökologischer Konflikte vielfach auf den beteiligten Akteur*innen. Dies verdeutlicht, dass deren Interaktionen über die Nutzung und das Verständnis von Umweltressourcen im Zentrum des Politikverständnisses stehen. Außerdem wird somit selbst schwachen Akteur*innen eigene Macht zur Verfolgung ihrer Ziele zugesprochen. Denn selbst stark asymmetrische Machtverhältnisse beruhen auf Wechselseitigkeit und gegenseitiger Abhängigkeit (Bryant/Bailey 2005: 25). Der Einfluss außerstaatlicher Akteur*innen auf die innerstaatliche Prioritätensetzung und Ressourcenverteilung in Bezug auf Umweltmanagement darf ebenfalls nicht unterschätzt oder außer Acht gelassen werden (Bryant/Bailey 2005: 41). Innerhalb des Studienfeldes der Politischen Ökologie identifiziert Robbins (2012: 21) fünf verschiedene Strömungen mit jeweils unterschiedlichen Schwerpunkten. Die erste fokussiert auf Degradation und Marginalisierung, die zweite auf Konservierung und Kontrolle, die dritte auf Umweltkonflikte und Exklusion, die vierte auf Umweltsubjekte und Identität und die letzte Strömung behandelt politische Objekte und Akteur*innen.

Bei genauerer Betrachtung der einzelnen Richtungen erscheint die These der Degradation und Marginalisierung besonders passend für das Thema dieser Arbeit. Sie besagt, dass die zunehmende Integration der Landwirtschaft in den Weltmarkt und das Streben nach Wirtschaftswachstum zur Überbeanspruchung der natürlichen Ressourcen führen können. Der Eingriff von außen in zuvor nachhaltige Produktionssysteme zieht für die extrahierende Bevölkerung oftmals zunehmende Armut und in der Folge noch ausgeprägtere Übernutzung der Umwelt nach sich. Eine solche Überbeanspruchung drückt sich in exzessivem Einsatz von Pestiziden und chemischen Düngern zur Erwirtschaftung größerer Ernten aus. Diese fallen jedoch aufgrund der Ausbeutung des Bodens bei steigendem Input immer geringer aus (Robbins 2012: 159). Das Ausmaß an Vulnerabilität gegenüber Umweltveränderungen geht oft einher mit politischer und ökologischer Marginalisierung (Bryant/Bailey 2005: 32). Landverschlechterung kann ein Grund für, aber auch ein Resultat von, sozialer Marginalisierung sein (Bryant/Bailey 2005: 32). Denn verschlechterte Umweltbedingungen werden unproportional häufig bei sozial marginalisierten Gruppen entdeckt, die von Ressourcenextraktion und der Produktion von Primärgütern abhängig sind (Robbins 2012: 160). Außerdem werden mit zunehmendem Wettbewerb, unregulierten Märkten und schrumpfenden Margen die Risiken und Kosten der Produktion auf die Produzierenden weitergegeben (Robbins 2012: 160). Diese sehen sich dadurch oft gezwungen, die Natur übermäßig auszunutzen und somit die Böden auszubeuten. Gleichzeitig profitieren transnationale und preissetzende Unternehmen von der Akkumulation

auf Kosten der Bodendegradation und der Lebensgrundlage der Bäuer*innen (Dietz/Wissen 2022: 53). Es wird generell davon ausgegangen, dass die Degradation der Umwelt, wenn überhaupt, nur schwer und unter hohen Investitionen rückgängig gemacht werden kann (Robbins 2012: 160).

3. Partizipative Garantiesysteme und die österreichische Landwirtschaft

3.1 Erläuterung der PGS

3.1.1 Funktionsweise und Organisationsstruktur von PGS

Partizipative Garantiesysteme (PGS) wurden bei einer Konferenz zu alternativen Zertifizierungsmöglichkeiten in Brasilien 2004 erstmals in internationalem Rahmen erwähnt. Innerhalb von zehn Jahren etablierten sie sich in 55 Ländern (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 4). Bis ins Jahr 2019 konnten sich über 500.000 Landwirt*innen zu entsprechenden 223 Initiativen in 76 Ländern zusammenschließen. Dies verdeutlicht das wachsende Interesse an alternativen landwirtschaftlichen Systemen (Toquati et al. 2021: 3). In einigen Ländern, besonders in Lateinamerika, sind PGS bereits als gleichwertige Alternative zu klassischer Zertifizierung durch Dritte anerkannt. Brasilien setzte diesen Schritt bereits im Jahr 2003 (Rodrigues-Hirata et al. 2019: 1). Für Lokalmärkte sind PGS in manchen Ländern sogar die vorwiegenden Zertifizierungssysteme. Zu diesen Ländern zählen etwa Namibia oder die Philippinen (Sacchi 2019: 243). Die offizielle Definition der International Federation of Organic Agriculture Movements (IFOAM) beschreibt PGS allgemein als

lokal fokussierte Qualitätssicherungssysteme. Sie zertifizieren Produzenten auf Basis von aktiver Partizipation der Interessensvertreter und sind auf einem Fundament von Vertrauen, sozialen Netzwerken und Wissensaustausch gebaut (IFOAM 2008).

Die grundsätzliche Struktur Partizipativer Garantiesysteme ist abhängig von den jeweiligen lokalen Bedingungen, Wünschen und Bedürfnissen der Beteiligten. Diese können die Organisation und Funktionsweise ihres PGS jeweils individuell anpassen. Entsprechend gibt es keine generalisierbare Anleitung oder Beschreibung aller PGS, sondern alle Initiativen können selbst ihre Schwerpunkte, Richtlinien und Organisationsformen festlegen. Folglich ist jedoch der Prozess der PGS-Gründung häufig langwierig, kompliziert und mit vielen Diskussionen verbunden (IFOAM 2019: 10). PGS werden auch als aktive Systeme beschrieben, die sich

konstant ändern und den neuen Gegebenheiten anpassen (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 9). Diese Anpassung an lokale Umstände und die Bedürfnisse der Teilnehmenden ist nur dank der Flexibilität und der Graswurzelorientierung der PGS möglich (Nelson et al. 2016: 379). Der Aufbau des Garantiesystems wird maßgeblich von den beteiligten Akteur*innen, der Region, in der es gegründet wird, und den gesetzlichen Richtlinien im Landwirtschaftssektor des Landes und der Region beeinflusst (Winkler et al. 2024: 2). Grundlegend ist jedoch, dass die Entscheidungshoheit stets bei den jeweiligen Stakeholdern der einzelnen Initiativen bleibt, da PGS selbstverwaltende Systeme sind, deren Verwaltung, Regelwerke und Kontrollsysteme innerhalb der Initiative festgelegt und überarbeitet werden, nicht von einer auswärtigen Instanz (IFOAM 2019: 12).

Die Systeme stellen eine Alternative und Ergänzung zur Zertifizierung durch Dritte dar. Dabei verfolgen sie das gleiche Ziel: die glaubhafte Qualitätsversicherung landwirtschaftlicher Erzeugnisse für Konsumierende. Diese Absicht wird jedoch bei PGS durch direkte Beteiligung der Bäuer*innen, der Konsument*innen und anderer Interessensgruppen erreicht (IFOAM 2019: 5). Die Grundpfeiler der alternativen Systeme sind Transparenz, Horizontalität, Partizipation, eine gemeinsame Vision, Vertrauen und die Tatsache, dass es ein Lernprozess ist, der durch den intensiven Wissensaustausch gefördert wird (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 3). Die Selbstbestimmung der Beteiligten in Bezug auf die Festlegung der Richtlinien und der Organisationsform ist ebenfalls ein wichtiger Bestandteil (Torquati et al. 2021: 3). Durch den Fokus auf kleine, oftmals familiengeführte Betriebe und lokale Vermarktung ist eine unmittelbare Beteiligung aller möglich. So können auch Traditionen und lokale Sozialstrukturen miteinbezogen werden (Home et al. 2017: 526). PGS ist ein Bottom-up-Ansatz, der von lokalen Interessensgruppen initiiert wird, ohne von Staaten oder privaten Unternehmen vorgeschrieben zu werden (Fonacier-Montefrio/Johnson 2019: 7).

Eine gemeinsame Vision der Beteiligten ist zumeist der Ausgangspunkt und die Basis für die Ziele und Prinzipien der Initiative. Der Fokus kann dabei von PGS zu PGS unterschiedlich sein, je nachdem wie viel Wert die Beteiligten jeweils auf soziale Gerechtigkeit, den Erhalt des Ökosystems oder die Selbstständigkeit der lokalen Gemeinschaft legen. Wichtig ist jedoch, dass diese Wertsetzungen bei der Gründung des PGS ausführlich diskutiert und festgelegt werden und dass alle sie verstehen und akzeptieren (IFOAM 2019: 15f). Die gemeinsame Entwicklung der Vision verstärkt das Vertrauen ineinander, da alle Beteiligten das gleiche Ziel verfolgen. PGS stellt somit mehr als nur ein Garantieprogramm dar, es drückt eine gemeinsame Weltansicht aus (IFOAM 2019: 18f).

Die Partizipation aller Interessensgruppen ist eine große Stärke und einer der Grundpfeiler des Systems und sorgt für eine horizontale Organisationsform. Das bedeutet, dass keine formalen Hierarchien existieren und sämtliche Mitglieder mitentscheiden (Torquati et al. 2021: 5). Dafür ist eine aktive Beteiligung aller von Nöten, die dadurch gemeinsam die Verantwortung für das Funktionieren der Initiative tragen. Die Art und das Ausmaß des Mitwirkens sind abhängig von der Größe und der Organisationsform der Initiative. Abhängig von Vorwissen, Fähigkeiten und Ressourcenzugängen können die einzelnen Mitglieder unterschiedliche Rollen innerhalb des PGS einnehmen (IFOAM 2019: 16f). Darüber hinaus gewährleistet eine rotierende Rollenverteilung die Horizontalität, die Gleichberechtigung und die Entscheidungsberechtigung aller. In der Praxis bedeutet dies, dass etwa Campi Aperti, ein etabliertes PGS in Norditalien, alle zwei bis drei Jahre die Posten der Präsidentschaft und der jeweiligen Gremien neu besetzt (Winkler et al. 2024: 7).

Der Erfolg solcher Initiativen hängt von drei Faktoren ab. Die allgemeine Kostenreduktion durch die Vereinfachung bürokratischer Vorgänge und weniger Zwischenschritte in der Vermarktung durch weniger oder keine Vermittler*innen zwischen Verkäufer*innen und Käufer*innen stellen eine erste wichtige Komponente dar. Ein zweiter relevanter Punkt ist, dass die Kund*innen Zugang zu hochwertigeren Produkten zu günstigeren Preisen auf lokalen Märkten im Vergleich zum kommerziellen Handel erhalten. Drittens fördern Partizipative Garantiesysteme die lokale Entwicklung durch den Fokus auf lokale Produktion und lokalen Vertrieb (Sacchi 2019: 242).

Wichtig ist darüber hinaus die Unterscheidung von Produktionsregeln und Konformitätskriterien. Während erstere die landwirtschaftlichen Produktionsvorgänge an sich regulieren, die innerhalb des PGS eingehalten werden sollen, zielen zweitens auf die operationalen Komponenten der Initiative ab. Sie legen die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft fest, wie die Kontrollen stattfinden, welche Aufzeichnungen notwendig sind und welche Sanktionen bei Regelverstößen angewendet werden (IFOAM 2019: 24).

Die Produktionsregeln, die zu Beginn der Initiative festgelegt und bei den Hofbesuchen überprüft werden sind zentral für die Funktion von PGS als Antriebskraft für einen agroökologischen Wandel. Sie setzen sich aus drei Kriterien-Arten zusammen: An erster Stelle stehen sogenannte *Schwellenkriterien*. Sie beschreiben Mindestanforderungen bzw. Ausschlusskriterien für landwirtschaftliche Betriebe, die unter keinen Umständen verletzt werden dürfen. Hierzu zählen beispielsweise der Einsatz von Kunstdünger oder genetisch modifizierten Organismen. Die zweite Ebene beschreibt *Leitsätze*, die ebenfalls für alle Teilnehmenden verpflichtend sind. Im Unterschied zu ersteren Kriterien erhalten die

Bäuer*innen bei Nichteinhalten dieser Regularien Zeit und Unterstützung, um sie zu erfüllen. Drittens gibt es bei den meisten PGS noch *Idealkriterien*. Diese definieren erwünschte Praktiken, deren Einhaltung anerkannt wird, die jedoch nicht obligatorisch sind. Zu diesen gehört zum Beispiel der Anbau lokaler Pflanzensorten (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 5). Die Festlegung der Kriterien erfolgt durch die Übereinstimmung aller Beteiligten zu Beginn der Initiative. In diesem Prozess werden die gewünschten Standards festgelegt, über deren Umsetzung und Kontrolle entschieden und die weitere Organisation des PGS beschlossen (IFOAM 2018: 4). In Hinblick auf die Kriterien und die festgelegten Standards der einzelnen PGS ist festzustellen, dass PGS nicht ausschließlich zur Zertifizierung biologischer Landwirtschaft verwendet wird. Einige Initiativen nutzen solche Systeme zur Garantie anderweitiger Standards, wie beispielsweise den reduzierten Einsatz von Pestiziden (Home et al. 2017: 540).

Zur Garantie dieser beschlossenen Standards gibt es Konformitätskriterien, die innerhalb der meisten PGS in einem zweigliedrigen System strukturiert sind. Zuerst besucht und bewertet ein zuvor gebildetes Komitee den Zielbetrieb. Diese Hofbesuche bilden die Schlüsselkomponente der Garantie der Standards sowie des Soziallebens innerhalb der Initiative, da diese Besuche auch für den Austausch zwischen den Beteiligten und für das Lernen von Produktionsmethoden der anderen gedacht sind (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 5). Dabei erstellen die besuchenden Landwirt*innen einen Bericht, der die Größe, die Beschaffenheit und die Vorgänge am Hof genau dokumentiert. Dieses Dokument bietet die Grundlage zur Entscheidungsfindung, ob der Betrieb den Vorgaben entspricht oder nicht (Home et al. 2017: 529). Eine ausführliche Checkliste zur Orientierung dient zur Vereinheitlichung und Nachvollziehbarkeit der Hofbesuche. Während dieser Betriebsbesichtigungen sollten die betreibenden Landwirt*innen stets anwesend sein, um Fragen zu beantworten, Hintergrundinformationen zur Verfügung zu stellen und die eigenen Herausforderungen und Wünsche nach Unterstützung beschreiben zu können (IFOAM 2019: 35f). Den Bericht dieses Besuches evaluiert ein weiteres Komitee, welches (wenn vorhanden) vorhergehende Berichte miteinbezieht. Durch dieses mehrstufige System sollen Fehler oder persönliche Neigungen einzelner Bewertender reduziert und die Verantwortung für die Einhaltung der Kriterien auf die gesamte Gruppe aufgeteilt werden (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 5). Bei sehr kleinen Initiativen werden oft die Betriebsbesuche und anschließenden Entscheidungen gemeinsam mit allen Mitgliedern durchgeführt, anstatt mehrere Komitees zu bilden (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 6). Eine solche Kontrolle wird in der Regel mindestens einmal im Jahr durchgeführt (IFOAM 2019: 35).

Im Unterschied dazu wird beispielsweise in Brasilien ein dreigliedriges Zertifizierungssystem angewendet. Dort findet ein erster gegenseitiger Hofbesuch durch die Bäuer*innen statt. Es folgt ein weiterer Besuch zur Verifizierung durch Repräsentant*innen der mitwirkenden Institutionen sowie Vertreter*innen der Bäuer*innengruppen. Abschließend begutachtet ein Evaluationskomitee die Berichte der Betriebsbesuche und stellt bei gänzlicher Erfüllung der Anforderungen das Zertifikat aus (Torquati et al. 2021: 5).

Wie auch bei offiziell anerkannten Gütesiegeln, erstellen PGS Protokolle der Höfe und der Kontrollen. Diese werden aufbewahrt, um die Nachvollziehbarkeit und Transparenz zu gewährleisten (Torquati et al. 2021: 2). Innerhalb der Gemeinschaft wird verstärkt auf soziale Kontrolle gesetzt. Diese findet sowohl offiziell mittels der Hofbesuche durch die anderen Mitglieder statt als auch informell durch Nachbar*innen, Marktbesucher*innen und andere Verkäufer*innen. Auf diese Weise wird zusätzlich die Einhaltung der Richtlinien garantiert (Fonacier-Montefrio/Johnson 2019: 6).

Für eine erfolgreiche Umsetzung eines PGS ist es essenziell klare Standards zu setzen, was bei Nichteinhaltung der Richtlinien passiert, wie und welche Sanktionen angewandt werden und in welchem Fall Mitglieder ausgeschlossen werden. Vor dem Ausschluss der Betroffenen ist es innerhalb des PGS wichtig, die Gründe für den Regelverstoß festzustellen, da sie Einfluss auf die Konsequenzen haben können (Nelson et al. 2016: 379, 384). Je nach Grund und Ausmaß des Regelverstoßes können die Reaktionen unterschiedlich ausfallen. Bei einem triftigen Grund erwartet den betreffenden Betrieb eher Unterstützung zur Verbesserung der Produktion und zur Anpassung an die Regularien in den entsprechenden Punkten durch die anderen Mitglieder als der Ausschluss. Die größte Strafe bei Missachtung der Richtlinien ist die Exklusion aus dem System und der damit einhergehende Verlust des sozialen Netzwerks und der gegenseitigen Hilfe (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 6).

Forschende heben den Beitrag der PGS zur Verbesserung der Ernährungssouveränität und der Inklusivität, die Stärkung von Graswurzelbewegungen und die demokratische Zusammensetzung der Initiativen im Vergleich zu herkömmlichen Zertifizierungsmethoden hervor (Fonacier-Montefrio/Johnson 2019: 2). Im gleichen Zug wird durch die genannten Eigenschaften der PGS auch die Inklusion und das Empowerment von Frauen gefördert. Sie werden genauso in Entscheidungen miteinbezogen, erhalten mehr Einfluss auf die Vorgänge innerhalb der Landwirtschaft und bekommen auf diese Weise vermehrt Raum zur Selbstbestimmung und zur Darstellung ihrer Lage nach außen (Home et al. 2017: 538). Zusätzlich werden innerhalb der Systeme oftmals Kleingruppen gegründet, die spezifische Themen bearbeiten oder als eine Art Selbsthilfegruppe funktionieren, in der sich

Landwirt*innen zusammenschließen, um gemeinsam Maschinen oder Saatgut zu kaufen oder gemeinschaftlich Kredite aufzunehmen (Home et al. 2017: 529).

Der IFOAM zufolge ist es essenziell PGS neben bereits anerkannten Zertifizierungssystemen zu fördern und zu unterstützen, da so globale Umweltprobleme und soziale Herausforderungen am besten angegangen werden können und nachhaltige Landwirtschaftsmethoden etabliert werden. Folglich fordert die IFOAM mehr Unterstützung der Staaten für die Schaffung, Weiterführung und Verbreitung von PGS sowie die Vereinfachung des Zugangs von PGS zu offiziell anerkannten Siegeln (IFOAM 2018: 3, 6, 10). Besonders in der Anfangsphase solcher Initiativen wünschen sich die meisten Initiator*innen mehr Unterstützung durch die Regierung. Oft streben die Bäuer*innen schließlich selbst mehr Beteiligung in der Lokalpolitik an, um die politischen Voraussetzungen für ihr Projekt zu schaffen und die Aufmerksamkeit der Gesellschaft auf die Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft zu lenken (Home et al. 2017: 533).

Meistens zahlen die Mitglieder einen kleinen Mitgliedsbeitrag zur Finanzierung der PGS. Dieser ist in der Regel abhängig vom jeweiligen Einkommen der Beteiligten und in seiner Höhe stets deutlich niedriger als bei einer konventionellen Zertifizierung. Zusätzlich erhalten viele Initiativen finanzielle Unterstützung durch NGOs, Universitäten und politische Entitäten (Torquati et al. 2021: 5). NGOs nehmen oft eine wichtige Rolle bei der Gründung und dem Erfolg der PGS ein. Sie bieten finanzielle und organisatorische Unterstützung, stellen Kontakt zu politischen Entitäten her, können auch politisches Lobbying für PGS und deren Anerkennung betreiben und ihr Netzwerk für die Bekanntmachung der PGS mobilisieren (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 6). Eine solche Unterstützung ist zwar wichtig und hilfreich für das Empowerment der Bewegung, dennoch bleiben stets die Landwirt*innen die zentralen Akteur*innen der Initiative (Nelson et al. 2016: 385). In vielen Fällen geht die Vernetzung über die lokale Gruppe hinaus. So existiert etwa in Mexiko ein landesweites Netzwerk zur Unterstützung von PGS-Initiativen. Dort werden Workshops und Kurse zur Weiterbildung der Beteiligten angeboten. Außerdem unterstützt das Netzwerk die einzelnen Initiativen abhängig von den jeweiligen Bedürfnissen. Die Entscheidungshoheit in Bezug auf die Gestaltung und Durchführung der PGS bleibt weiterhin vollständig bei den Koordinierenden der jeweiligen Initiative (Nelson et al. 2016: 377)

Die italienische Region Emilia-Romagna hat mit einem Gesetz im Jahr 2014 den Wert von PGS zur Sicherstellung der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit der landwirtschaftlichen Produktion anerkannt. Ihr Beitrag zu Tierwohl, Biodiversität, Schutz von Arbeiter*innenrechten und der Landschaft wird darin ebenso bestätigt. Dadurch ist es

Mitgliedern der PGS erlaubt ihre Produkte auf dem Markt als biologisch zu verkaufen (Sacchi 2019: 241f).

3.1.2 Positive Auswirkungen von PGS im Unterschied zum aktuellen System

Die Auswirkungen der Mitwirkung an PGS auf die Situation der Produzierenden sind vielfältig. Im Gegensatz zu einer Zertifizierung durch Dritte, können sich Landwirt*innen den PGS ohne vorherige Investitionen anschließen. Das verringert die Eintrittsbarrieren und ermöglicht besonders jenen Kleinbäuer*innen den Erwerb eines solchen Siegels, denen die nötigen finanziellen Mittel fehlen, um ein staatlich anerkanntes Gütezeichen zu erhalten (Home et al. 2017: 526). Viele Landwirt*innen mit kleinen, oft familiengeführten Betrieben fühlen sich durch die bisherigen Zertifizierungssysteme gegenüber großen Betrieben mit Monokulturen benachteiligt, da für diese die Zertifizierung bedeutend einfacher und unkomplizierter ist. Außerdem verfügen letztere zumeist über mehr finanzielle Rücklagen, um den Zertifizierungsprozess zu bezahlen (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 7). Historisch gesehen ist die Senkung der Kosten für die Produzierenden der Hauptgrund ein Partizipatives Garantiesystem zu starten (Cavallet/Canavari/Neto 2018: 4). Nach wie vor ist der finanzielle Aspekt eines der wichtigsten Argumente gegen eine Zertifizierung durch Dritte (Fonacier-Montefrio/Johnson 2019: 6). Bezüglich der ökonomischen Auswirkungen der PGS ist auch die Möglichkeit, die Produkte mit einer Garantie durch PGS zu höherem Preis zu verkaufen, ein bedeutender Vorteil für beteiligte Landwirt*innen (Home et al. 2017: 541).

Die Reduktion des bürokratischen Aufwands gegenüber herkömmlichen Siegeln ist für die Bäuer*innen ein zusätzlicher Nutzen (Torquati et al. 2021: 1). Denn statt auf internationale Zertifizierungsinstanzen angewiesen zu sein, die ein hohes Maß an Bürokratie für die Nachvollziehbarkeit und die Einheitlichkeit auf internationaler oder globaler Ebene benötigen, können die Beteiligten die bürokratischen Vorgänge selbst gestalten. PGS beruhen auch zu großen Teilen auf sozialer Kontrolle unter den Landwirt*innen und durch die Kund*innen, wodurch Erklärungsbedarf und schriftlicher Nachweisaufwand geringer ausfallen (Rodrigues-Hirata et al. 2019: 8).

Ein weiterer positiver Aspekt der PGS ist die Motivation und Unterstützung zur Verbesserung der landwirtschaftlichen Praxis im Hinblick auf Nachhaltigkeit. Bei PGS handelt es sich nicht um finale Kontrollen zur Zertifizierung eines gewissen Standards. Stattdessen werden zu Beginn oder in Ausnahmefällen zu späteren Zeitpunkten Spielräume offengelassen und Landwirt*innen, die nicht auf Anhieb sämtliche Regularien erfüllen, werden bei deren

Implementierung unterstützt, statt sie auszuschließen. So wird für mehr Motivation und auch mehr Möglichkeiten zur Verbesserung der Nachhaltigkeit gesorgt (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 5). Die Entwicklung und Weiterverbreitung nachhaltiger Praktiken in der Landwirtschaft wird durch PGS durch den ständigen Wissensaustausch im Rahmen von Versammlungen und Hofbesuchen ebenfalls gefördert (IFOAM 2019: 8). Auf diese Weise werden traditionelles Wissen und lokal angepasste Praktiken weitergegeben, verbreitet und erhalten. So kann das volle landwirtschaftliche Potenzial einer Region ausgeschöpft werden, ohne die Landschaft überzustrapazieren und so zu zerstören (Rodrigues-Hirata et al. 2019: 6). Im Sinne des Wissensaustauschs ist es bei den meisten PGS üblich, dass erfahrene, langjährige Mitglieder Neuen zur Seite stehen und sie durch ihre Erfahrungen und Kenntnisse bei der Erfüllung der Standards und bei der nachhaltigen Verbesserung ihres Betriebes unterstützen (Winkler et al. 2024: 9). Durch den steten Austausch an Wissen und Erfahrungen über landwirtschaftliche Praktiken können beteiligte Landwirt*innen teilweise sogar höhere Erträge zu besserer Qualität erwirtschaften (Home et al. 2016: 536). Aber nicht nur Bäuer*innen profitieren vom vermehrten Austausch. Auch Konsumierende werden auf die Vorgänge, Hürden und Probleme in der landwirtschaftlichen Produktion aufmerksamer und wissen durch den intensiveren Kontakt zu den teilnehmenden Landwirt*innen besser über die Landwirtschaft an sich und über deren Wert in ihrer Region Bescheid (IFOAM 2018: 4).

Ein Unterschied zur gängigen Zertifizierung durch Dritte ist, dass bei PGS nicht einzelne Produkte zertifiziert werden, sondern die Garantie für den gesamten Betrieb gilt (IFOAM 2019: 12). Das fördert den Anbau vielfältiger Kulturen und verringert die Bürokratie im Vergleich zur Garantie für einzelne Produkte, die eher Monokulturen bevorteilt (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 2). Im aktuellen System der vorherrschenden Zertifizierung durch private oder staatliche Agenturen stehen der Einzelhandel und die Zertifizierungsagenturen im Zentrum. Staatliche Agenturen und NGOs können ebenfalls noch großen Einfluss ausüben. Die produzierende Bevölkerung wird jedoch völlig von Entscheidungen und Kund*innenkontakt isoliert und in periphere Positionen gedrängt (Sodano/Hingley/Lindgreen 2008: 506). PGS stärkt hingegen die Position der Landwirt*innen in der Gesellschaft durch die gesteigerte Selbstbestimmung und den größeren sozialen Rückhalt innerhalb des Systems (Torquati et al. 2021: 1). Alle Beteiligten erhalten eine Stimme in der Definition der Lebensmittelqualität und in der Wiedereinbettung der Landwirtschaft in lokale Kontexte (Winkler et al. 2024: 3).

PGS versuchen darüber hinaus über ein reines Bedienen der Marktnachfrage hinauszugehen und wieder verstärkt agroökologische Prinzipien, also ökologische sowie soziokulturelle Werte, zu verfolgen. Bäuer*innen sollen unabhängiger von internationalen Märkten werden und nicht

zur Implementierung industrieller Landwirtschaft gezwungen werden, indem bäuerliche Organisationen gestärkt und durch partizipative Methoden nachhaltige Produktionssysteme geschaffen werden (Rodrigues-Hirata et al. 2019: 1). Das Miteinbeziehen sozioökonomischer Kriterien und lokaler Bedingungen ist für Beteiligte ein großer Vorteil gegenüber einer standardisierten Zertifizierung durch Dritte. PGS somit können an lokale Arbeitsbedingungen adaptiert werden (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 7). Dies ist nicht auf die erstmalige Festlegung der Regeln der Initiative beschränkt. Eine konstante Anpassung an die aktuellen Bedürfnisse der Beteiligten und an Umweltveränderungen ist durch die unbürokratischen Abläufe und das Mitspracherecht der Mitwirkenden möglich. Dabei kann anders als bei international standardisierten Zertifizierungen, auch speziell auf die Situation und die Wünsche von Kleinbäuer*innen eingegangen werden (Sacchi 2016: 2). Entsprechend sind die Initiativen nicht nur als administrative Strukturen zur Zertifizierung anzusehen. Sie beziehen darüber hinaus viele soziale Komponenten, wie faire Arbeitsbedingungen und die Wertschätzung der Arbeit der Landwirt*innen mit ein. Außerdem sorgt die lokale Ausrichtung für eine Reduktion der Distanzen, die die produzierten Nahrungsmittel zurücklegen (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 13).

Die lokale Ausrichtung der PGS kann die Ernährungssicherheit und -souveränität besonders in ländlichen Gegenden fördern, da lokal produzierte Waren auf lokalen Märkten verkauft werden, statt über den Handel weit weg transportiert zu werden (IFOAM 2019: 6). So erhält die lokale Bevölkerung auch in abgelegenen Gegenden Zugang zu qualitativ hochwertigen Lebensmitteln zu oftmals günstigeren Preisen als in Handelsketten, dank der Einsparung der teuren Zertifizierung und der reduzierten Transportwege (Rodrigues-Hirata et al. 2019: 2). Durch diese Nähe werden vermehrt wieder persönliche Beziehungen zwischen Produzierenden und Konsumierenden etabliert. Das stärkt die Gemeinschaftsbildung unter den Landwirt*innen und zu Konsument*innen (IFOAM 2019: 6, 8). Weiters sorgt die lokale Fokussierung der Initiative für eine Aufwertung der ländlichen Regionen durch Arbeitsplatzschaffungen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der lokalen Landwirt*innen und die Stärkung der Gemeinschaft der ruralen Bevölkerung (Torquati et al. 2021: 3). Besonders kleine Betriebe und Junglandwirt*innen, die ihren Betrieb erst aufbauen profitieren von solchen Systemen. Die Teilnahme ist selbst bei sehr geringen Produktionsmengen möglich und durch die Vernetzung mit erfahrenen Bäuer*innen, können viele Fehler vermieden werden, die bei fehlender Erfahrung zwangsläufig passieren (Winkler et al. 2024: 10).

Die Stärkung des Gemeinschaftssinns zwischen den Bäuer*innen zählt ebenfalls zu den Vorteilen der PGS. Durch die geschaffene Gemeinschaft können sich die Teilnehmenden

einfacher austauschen, sich gegenseitig unterstützen und bei der Bewältigung von Herausforderungen beraten. Auf diesem Weg kann der Isolation und dem Gefühl, auf sich allein gestellt zu sein entgegengewirkt werden. Mehr Kontakt mit Kolleg*innen und Gleichgesinnten ist schon durch die gegenseitigen Hofbesuche garantiert (Home et al. 2017: 536). So bilden sie ein Netzwerk der Unterstützung, zum Beispiel beim gemeinsamen Kauf von Maschinen und des Wissensaustausches (Sacchi 2019: 245). Die Zusammenarbeit involviert im Idealfall alle Beteiligten entlang der Lieferkette (Sacchi 2016: 2). Inzwischen wurde der Gemeinschaftsaspekt und die gegenseitige Unterstützung Studien von López-Cifuentes, Vogl und Cuéllar-Padilla (2018) zufolge von Beteiligten sogar über die Kostenreduktion priorisiert. Demnach war für die beteiligten Landwirt*innen die Wertegemeinschaft mit Gleichgesinnten der wichtigste Beweggrund für die Beteiligung an PGS. Diese engere Bindung und gegenseitige Unterstützung spiegelt sich in verstärktem Vertrauen und einem großen Verpflichtungsgefühl gegenüber den Kolleg*innen wider und erhöht die Vertrauenswürdigkeit der Zertifizierung durch PGS (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 7, 14).

Mitzubestimmen bei wichtigen Entscheidungen, dabei auf einer Augenhöhe zu diskutieren und ernstgenommen zu werden sowie die gegenseitige Unterstützung fördern das wechselseitige Vertrauen und die engen Beziehungen zwischen den Mitgliedern. So wird das Sozialkapital der Mitwirkenden gesteigert (Torquati et al. 2021: 8). Aus diesem geteilten Vertrauen ineinander folgt sowohl eine optimistischere Sichtweise auf die gemeinsame Unternehmung als auch eine stärkere Demokratisierung der Initiative durch die Teilhabe aller. Auch die wirtschaftliche Entwicklung wird durch Sozialkapital gefördert. Zusätzlich können Meinungsverschiedenheiten kooperativer gelöst werden und die Bereitschaft zu opportunistischem Verhalten wird reduziert (Sodano/Hingley/Lindgreen 2008: 499f). Sind die Landwirt*innen besser untereinander vernetzt und verfügen somit über ein höheres Sozialkapital steigt gleichzeitig auch die Innovationsbereitschaft. Das bedeutet, dass sie eher offen sind für den Anbau neuer Nutzpflanzen, die Anpassung an lokale Bedingungen durch die Kultivierung lokaler Samen, die Beteiligung an regionalen Kooperativen oder auch die Umstellung auf Bio-Produktion (Höllinger/Eder/Haring 2020: 71, 73). Insgesamt kann auf diese Weise die Qualität sowie die Quantität biologisch produzierter Lebensmittel erhöht werden (Sacchi 2019: 247).

Vielfach besteht ein großes Misstrauen der Konsumierenden gegenüber durch Dritte zertifizierter Ware. Immer wieder erscheinen Bilder von Umweltorganisationen aus offiziell beurkundeten Betrieben, die prekäre Umstände für die gehaltenen Tiere zeigen oder offenlegen, dass Richtlinien, für die Kund*innen einen Aufpreis zahlen, nicht eingehalten werden. Nach

Meinung vieler Käufer*innen ist der Raum für opportunistisches Verhalten und Betrug bei der Zertifizierung durch Dritte zu groß (Sacchi 2019: 246). So verlieren sie vermehrt das Vertrauen in offizielle Zertifikate. Dieses Vertrauen in die Siegel ist jedoch eine Voraussetzung für den Willen der Verbraucher*innen einen höheren Preis zu bezahlen. Denn bei biologisch produzierten Waren handelt es sich um Vertrauensgüter, deren Qualität und Produktionsweise beim Kauf nicht von den Konsumierenden überprüft werden kann (Torquati et al. 2021: 1).

Auch Landwirt*innen selbst drücken einen hohen Grad an Misstrauen gegenüber der Zertifizierung durch Dritte aus, da sie keinerlei Kontrolle oder Einsicht in den Zertifizierungsprozess haben (Nelson et al. 2016: 382). Dieser Entwicklung kann durch partizipative Zertifizierung entgegengewirkt werden. Der Zertifizierungsprozess von PGS kann durchaus sehr transparent gestaltet werden, indem die einzelnen Schritte genau beschrieben und erklärt werden. Außerdem besteht bei vielen bereits existierenden Formen der PGS die Möglichkeit für Konsumierende selbst mitzuwirken (Rodrigues-Hirata et al. 2019: 8). Dadurch wird die Glaubwürdigkeit erneut angehoben, da diese Beteiligten selbst mitentscheiden, was sie essen wollen und somit ein erhöhtes Interesse an der Einhaltung der Standards und Mitspracherecht haben. Außerdem können sie durch ihre Beteiligung selbst mitentscheiden, wie produziert und kontrolliert werden soll. Entsprechend können sie das PGS nach ihren eigenen Vorstellungen mitentwerfen und beeinflussen und bleiben informiert über die Produktion und die Vorgänge innerhalb des Systems (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 8). Die Teilhabe von Verbraucher*innen an der Zertifizierung sendet ein Signal der Glaubwürdigkeit an Außenstehende, die somit dem durch PGS ausgestellten Zertifikat möglicherweise mehr vertrauen können als einem Siegel, welches durch eine anonyme Agentur nicht nachvollziehbaren Prozessen folgend ausgestellt wird. Weiters werden durch die Partizipation von Verbraucher*innen die Hofbesuche um andere Sichtweisen von außerhalb der landwirtschaftlichen Arbeit bereichert und neue Aspekte berücksichtigt, die Konsument*innen eher auffallen oder für sie wichtiger sind als für die Produzierenden (IFOAM 2019: 35).

Durch PGS wird der Prozess der Zertifizierung wieder personalisiert und weniger anonym gestaltet als bei der standardisierten Zertifizierung durch Dritte. Die Distanz zwischen der Kontrollinstanz und den Hersteller*innen reduziert sich dementsprechend. Auch die Beziehung zwischen Produzierenden und Konsumierenden kann mithilfe von PGS wieder enger werden. Wegen der lokalen Ausrichtung der PGS und der Betonung des Kontaktes zwischen Landwirt*innen und Käufer*innen, verkaufen Beteiligte an PGS ihre Ware meist auf Bäuer*innenmärkten, in lokalen Geschäften oder direkt am Hof. Dies bietet mehr Möglichkeiten zum Austausch zwischen beiden Seiten, ermöglicht ein erhöhtes Verständnis

seitens der Kaufenden, was jeweils hinter den Produkten steht und fördert so auch eine höhere Wertschätzung der Arbeit der Bäuer*innen. Die Direktvermarktung durch Landwirt*innen am Hof oder auf Märkten, die durch die Strukturen der PGS gefördert wird, bietet einen für alle zugänglichen Raum, um gesunde, lokal produzierte Lebensmittel zu (ver-)kaufen. Des Weiteren öffnet sich ein Ort des Lernens über die Arbeit der Bäuer*innen hinter den einzelnen Produkten. Dies führt auch zu größerer Wertschätzung der Arbeit und der Erzeugnisse landwirtschaftlicher Produktion und zu stärkerer Reflexion des eigenen Nahrungsmittelkonsums seitens der Konsument*innen (Nelson et al. 2016: 376).

Auch werden Städte durch Bäuer*innenmärkte wieder stärker mit dem ländlichen Raum und der Landwirtschaft verbunden, da so ein engeres Verhältnis und Raum für mehr Interaktion geboten wird als in großen, anonymen Supermärkten (Rodrigues-Hirata et al. 2019: 9). Durch den Wegfall der Zwischenhändler*innen können die Bäuer*innen selbst einen fairen Preis für ihre Erzeugnisse verlangen und gleichzeitig werden diese für Verbraucher*innen erschwinglicher (Sacchi 2019: 242).

Im Sinne der Förderung agro-ökologischer Prinzipien können PGS hilfreiche Stützen sein und die betreffende Region in wirtschaftlichen, politischen, sozialen und ökologischen Aspekten fördern. Durch PGS wird eine verstärkte Vernetzung der Landwirt*innen erleichtert. Die Hofbesuche und auch die sonstigen Treffen im Rahmen der PGS bieten reichlich Raum für Diskussionen über für die Beteiligten wichtige Themen und Probleme. Auch stellen sie einen Rahmen für Wissens- und Erfahrungsaustausch dar (IFOAM 2019: 8). Im Hinblick auf politischen Einfluss und die Vertretung der Interessen besonders von Kleinbäuer*innen, können PGS ebenfalls eine wichtige Rolle einnehmen. In vielen Fällen waren die Gemeinschaften, die so entstanden sind, schon sehr erfolgreich in der Durchsetzung der Interessen von Kleinbäuer*innen. So war beispielsweise die PGS-Sul de Minas in Brasilien maßgeblich beteiligt am Verbot der Glyphosat-Nutzung in urbanen Räumen (Rodrigues-Hirata et al. 2019: 11).

3.1.3 Herausforderungen bei PGS

Neben den zahlreichen beschriebenen Vorteilen Partizipativer Garantiesysteme, entstehen auch viele Herausforderungen und mögliche Probleme bei der Schaffung und Teilhabe an PGS, die nachfolgend genauer erläutert werden sollen.

Die Festlegung der gemeinsamen Vision, der eigenen Standards der Produktion und der Organisationsform kann bei der Gründung zu erheblichen Schwierigkeiten führen, da alle

Teilnehmenden übereinstimmen und gemeinschaftliche Entscheidungen getroffen werden müssen, mit denen sämtliche Mitglieder zufrieden sind (Cuéllar-Padilla/Ganzua-Fernandez 2018: 5). Eine zusätzliche Herausforderung bei der Festlegung der Richtlinien ist der Wunsch nach übermäßigen biologischen und nachhaltigen Standards. Verlieren sich die Regelstellenden in diesen Idealen, könnten sie zu strenge Regeln erstellen, die wiederum durch die hohen, schwer zu erfüllenden Standards, viele Interessierte ausschließen (Nelson et al. 2016: 381). Deswegen wird empfohlen mit einfachen Standards und übersichtlichen Organisationsstrukturen zu beginnen und diese jeweils nach und nach und im Verhältnis zu den Möglichkeiten und Anforderungen der Initiative zu verbessern und zu vergrößern (IFOAM 2019: 25).

Eine weitere große Herausforderung für das Gelingen einer PGS-Initiative ist die Angewiesenheit auf freiwillige Mitarbeit. Dies impliziert einen größeren Zeitaufwand für die Beteiligten als bei einer Zertifizierung durch Dritte. Bei dem ohnehin schon straffen Arbeitspensum vieler Bäuer*innen kann der zeitliche Mehraufwand eine große Hürde darstellen oder auch ein Grund für das Misslingen der Initiative sein (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 10). Eine mögliche Konsequenz ist, dass sich nur einige wenige Mitglieder die Zeit nehmen können oder wollen und die Arbeit und Organisation für die gesamte Gemeinschaft übernehmen müssen. Dies impliziert wiederum eine Art von Hierarchie, die eigentlich durch das PGS verhindert werden sollte (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 10). Die Organisation der internen Vorgänge der Initiative kann ebenfalls als Schwachstelle identifiziert werden. Die Planung und Durchführung der Hofbesuche und der Versammlungen sowie die Verhandlung oder die Anpassung der Richtlinien und Abläufe in partizipativer Weise kann sich als schwierig herausstellen. Auch die Frage der internen Kommunikation sowie die Präsentation der PGS nach außen ist ein kritischer Punkt. Eine zu geringe oder schlechte Vermittlung des Projekts in die Öffentlichkeit kann ein Grund für die fehlende Beteiligung von Verbraucher*innen sein. Weitere Schwierigkeiten sind beispielsweise persönliche Differenzen zwischen den Mitgliedern oder eine große räumliche Distanz, die zu langen Anfahrten für die jeweiligen Hofbesuche führt (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 10).

Auch die in vielen Ländern fehlende legislative Anerkennung der PGS-Zertifizierung stellt eine Hürde dar. Innerhalb der EU dürfen Bäuer*innen ohne ein anerkanntes Zertifikat durch Dritte ihre Ware nicht als biologisch kennzeichnen. Sie können nur auf alternative Signalbegriffe zurückgreifen, die nicht gesetzlich geregelt sind, wie beispielsweise „natürlich angebaut“ (IFOAM 2019: 11). Sie erhalten folglich keine staatlichen Zuschüsse für die biologische

Produktion, selbst wenn sie an sich alle Richtlinien einhalten, sich jedoch auf andere Weise zertifizieren lassen. Die einzige Ausnahme im europäischen Raum ist Schweden, wo nicht-zertifizierte biologische Landwirt*innen ebenfalls entsprechende Fördermittel beziehen können (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 3). Die fehlende Anerkennung der Zertifizierung durch PGS in der EU führt dazu, dass viele PGS-Mitglieder zusätzlich weiterhin offiziell durch Dritte zertifiziert werden, um ihre Produkte auch überregional als biologisch verkaufen zu können. Eine offizielle staatliche Anerkennung der PGS als Zertifizierungssysteme bringt jedoch nicht nur Chancen, sondern auch Gefahren mit sich. Die offizielle Legitimation zieht zumeist strengere hierarchische Strukturen und mehr Bürokratie nach sich und gefährdet somit die Essenz der PGS, indem sie der Zertifizierung durch Dritte gleich gemacht werden (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 13, 15). Hier gilt es eine Balance zu finden, um die Flexibilität und Inklusivität der PGS zu erhalten und gleichzeitig formell und klar reguliert zu agieren, um staatlich anerkannt zu werden (Nelson et al. 2016: 380).

Das Vertrauen und die soziale Kontrolle als Fundament des PGS bieten gleichzeitig Möglichkeiten für Unehrlichkeit, Missbrauch und somit Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Zertifizierung. Opportunistisches Verhalten einzelner Beteiligter scheint für viele durch den partizipativen Ansatz und die geringere Distanz zwischen Zertifizierenden und Zertifizierten wahrscheinlicher (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 3, 9). Das Vertrauen der Bevölkerung in die Garantie durch PGS kann zu einer Hürde werden, da die partizipative Garantie einen Bruch mit der Zertifizierung durch anonyme, unbeteiligte Agenturen darstellt. Diese kann durch die professionelle Ausbildung der Zertifizierenden und deren Objektivität von Außenstehenden als vertrauenswürdiger angesehen werden. Zur Überzeugung der Gesellschaft von den Vorteilen der persönlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedern des PGS bedarf es einer transparenten und klaren Kommunikation der Funktionsweise in der Öffentlichkeit (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 9).

Viele Landwirt*innen fühlen sich nicht qualifiziert, einen anderen Hof zu bewerten und zu zertifizieren, da sie keine professionelle Ausbildung dafür erhalten haben. Darin sehen sie große Schwierigkeiten und einen Grund für geringere Glaubwürdigkeit eines solchen Zertifikats. Dies steht im Widerspruch zum in PGS-Kreisen weit verbreiteten Vorgehen, Bäuer*innen selbst auf Grund ihrer Tätigkeit und ihres ausgedehnten praktischen Wissens als Expert*innen anzusehen. Auf diesem Weg sollen konventionelle Hierarchien und die Unterscheidung zwischen Expert*innen und Anderen vermieden werden (Nelson et al. 2016: 379). Ein Lösungsvorschlag für die in den Augen einiger Konsumierenden fehlende Anonymität und die durch Landwirt*innen wahrgenommene mangelnde Expertise beinhaltet die Anstellung einer

professionellen Verwaltungs- und Vermittlungskraft. Diese kann den Landwirt*innen die organisatorischen Aufgaben abnehmen, wie beispielsweise die Planung der Hofbesuche oder der Versammlungen (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 11). Eine solche Person könnte auch die Sorgen über die fehlende Ausbildung als Zertifizierer*in reduzieren, wenn sie selbst eine solche Ausbildung absolviert hat und die Hofbesuche begleitet (Nelson et al. 2016: 379).

Insgesamt wird deutlich, dass Partizipative Garantiesysteme keine universale Lösung für sämtliche Zertifizierungssituationen darstellen. Es ist stets von großer Wichtigkeit, die spezifischen lokalen Umstände zu berücksichtigen. Auch sollten die Vorteile der Systeme für Produzierende wie auch für Konsumierende, wie beispielsweise das stärkere Mitspracherecht, engere soziale regionale und lokale Bindung zwischen verschiedenen Landwirt*innen und auch zu Konsumierenden sowie der vermehrte Wissensaustausch deutlich betont werden. Sie sollten gleichzeitig die Nachteile, wie den größeren zeitlichen Aufwand und die organisatorischen Hürden überwiegen (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 10).

3.2 Relevante Aspekte für die aktuelle österreichische Landwirtschaft

Im folgenden Kapitel werden ausgewählte Aspekte des österreichischen Landwirtschaftssektors dargestellt, deren Verständnis für eine Einführung von PGS in Österreich besonders relevant erscheinen. Dies ist insbesondere von Interesse, zumal PGS ursprünglich in Brasilien in einem bestimmten biogeographischen und geopolitischen Gefüge entwickelt wurden und sich auch die seither entstandenen europäischen Initiativen in je spezifischen Konstellationen etabliert haben, die potenziell von jenen in diesem Land abweichen.

Das in Österreich derzeit vorherrschende Landwirtschaftsmodell ist auf die Erzeugung günstiger landwirtschaftlicher Rohprodukte ausgelegt. Es wird eine immer stärkere Produktspezialisierung und der Einsatz neuer Technologien notwendig, um die Stückkosten zu senken und dem Preisdruck am Agrarmarkt standzuhalten. Dies zeichnet sich auch in der grundlegenden Tendenz der heutigen Landwirtschaft zur Produktsimplifizierung und -standardisierung ab (Forster/Ortner 2009: 133). Der zunehmende Druck des aktuellen, durch die Agrarindustrie bestimmten Ernährungssystems, resultiert in vermehrter Bodendegradation, Massenproduktion und nicht nachhaltiger, industrieller Nahrungsmittelproduktion. Im Fokus stehen immer mehr die Steigerung der Hektarerträge und die Produktion billiger Rohstoffe, um den westlichen Konsumstil zu bedienen (Thurn/Oertel/Pohl 2018: 12-15). Weitere

Konsequenzen der linearen, industriellen Landwirtschaft sind soziale Probleme, wie die höhere Verschuldung der einzelnen Betriebe, fehlende Hofnachfolge und die daraus resultierenden Hofaufgaben, Landflucht und Armut auf dem Land. Bienensterben, vermehrter Einsatz von Pestiziden und chemischen Düngern, der Verlust an Biodiversität und Saatgutvielfalt sowie die Verschmutzung von Gewässern und Böden sind ökologisch bedeutsame Folgen dieser Form der Landwirtschaft (Weinzierl/Forster/Fehlinger 2016: 135).

Im Jahr 2022 wurden in Österreich insgesamt 107.690 land- und forstwirtschaftliche Betriebe registriert, das sind 791 Betriebe weniger als im Vorjahr (BML 2023: 6). Bedingt durch die Topografie ist die österreichische Landwirtschaft im internationalen Vergleich relativ klein strukturiert. Wegen der Berglandschaft und der klimatischen Konditionen sind Produktionen im großen Ausmaß oftmals nicht möglich (Ellner 2021: 14). Im Jahr 2020 bewirtschaftete ein durchschnittlicher landwirtschaftlicher Betrieb in Österreich eine Gesamtfläche von 44,9 Hektar (BML 2023: 27).

Es existiert keine allgemeingültige gesetzliche Definition für Kleinbäuer*innen. Welche Kriterien erfüllt werden müssen, um dazugezählt zu werden, ist von Land zu Land und auch je nach Rechtsbereich verschieden. In Österreich wird meist zur ungefähren Abgrenzung der Maßstab der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bauernfragen (BAB) angewandt. Dem zufolge zeichnet sich ein Kleinbetrieb durch eine gesamte Kulturfläche, also die landwirtschaftlich genutzte Fläche sowie die Forstfläche von unter 20 Hektar aus. Der gesamte Standardoutput des Betriebs liegt unter 15000€. Diese Beschreibung trifft auf 28% der staatlich geförderten Betriebe in Österreich zu (Groier/Machold/Loibl 2023: 23).

Dennoch sind kleinbäuerliche Strukturen wichtig für die Nahrungsmittelproduktion. Nach wie vor werden etwa 70% der Lebensmittel weltweit von Kleinbäuer*innen produziert (Weinzierl/Forster/Fehlinger 2016: 130). Diese sind im aktuellen System, ebenso wie alle anderen Landwirt*innen, in der preisnehmenden Position: Während große Unternehmen die Preise und Konditionen der Vermarktung festlegen, ist die Funktion der Bäuer*innen auf die Erzeugung von Rohstoffen reduziert. Gleichzeitig tragen sie sämtliche Risiken der Produktion (Weinzierl/Forster/Fehlinger 2016: 132). Infolge des räumlichen Abstands und der Anonymisierung vergrößert sich die Distanz zwischen Produzierenden und Konsumierenden durch diese Form der Landwirtschaft (Weinzierl/Forster/Fehlinger 2016: 139).

Die kleinbäuerliche Landwirtschaft, im Gegensatz zur industriellen, ist in der Regel überwiegend autonom und als geschlossener Kreislauf angelegt. Das bedeutet, sie ist kaum abhängig von externen Inputs, da sie Saatgut, Futtermittel, Dünger und vieles mehr selbst produziert und ihre Endprodukte meist eigenständig und direkt vermarktet

(Weinzierl/Forster/Fehlinger 2016: 132). Seit dem Weltlandwirtschaftsbericht 2008 gilt es als gesetzt, dass kleinstrukturierte Landwirtschaft die beste Garantie für Ernährungssicherheit und für die Produktion von ausreichenden und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln ist (Groier/Machold/Loibl 2018: 1). Kleinbäuerliche Strukturen bieten widerstandsfähige Anbau- und Verteilungssysteme und eine sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltige Lebensmittelversorgung. Dies steht im Gegensatz zur großflächigen, industriellen Landwirtschaft, die menschliche Arbeit durch fossile Energie, Technik und Agrarchemie zu ersetzen versucht und viele negative ökologische Konsequenzen, wie ausgelaugte und vergiftete Böden, gerodete Wälder und Artensterben nach sich zieht. Mit ausreichend verfügbaren finanziellen, technischen und natürlichen Mitteln produzieren Kleinbauern einen deutlich höheren Nährwert pro Hektar als die industrielle Landwirtschaft. Dabei verursachen sie weniger Umweltschäden auf Grund der kleineren Menge an externen Inputs, die sie verwenden. Denn durch ihre Kleinstrukturen können sie sich flexibler an lokale Veränderungen und Erfordernisse anpassen (Groier/Machold/Loibl 2018: 10). Gerade im ländlichen Raum übernehmen kleinlandwirtschaftliche Strukturen zusätzlich zur Produktion von Lebensmitteln wichtige soziale, ökologische, ökonomische und regionale Funktionen. Doch die Liberalisierung und die Einbettung des Landwirtschaftssektors in die Gesamtwirtschaft erhöht den Konkurrenzdruck besonders für kleinere Betriebe, die, anders als Großbetriebe, durch ihre geringe Fläche keine Vorteile durch Skaleneffekte industrieller Produktionsmethoden erzielen (Groier/Machold/Loibl 2018: 3).

Die niedrigen Preise für Agrarprodukte ziehen zahlreiche Konsequenzen nach sich. So sind Bäuer*innen zur Massenproduktion gezwungen, um ihre Gewinnmargen zu erhöhen oder zumindest ihren Lebensunterhalt zu sichern. Immer mehr Betriebe sind dazu nicht mehr in der Lage und geben ihren Hof auf. Dies führt zur Verödung des ländlichen Raumes und zum Verlust an Lebensqualität (Höllinger/Eder/Haring 2020: 70f). In Zahlen ausgedrückt bedeutet das, dass es im Jahr 2020 in Österreich 11% weniger Betriebe gibt als noch ein Jahrzehnt zuvor (BML 2023: 26). Die große Mehrheit der aufgegebenen Höfe hatte eine Fläche von unter 10 Hektar (Becheva/Rioufol 2020: 18). Die zunehmenden Hofaufgaben und das Wachsen einiger weniger großer Betriebe sind nicht nur österreichische Phänomene. EU-weit haben binnen 10 Jahren mehr als ein Viertel der Bäuer*innen aufgegeben. Das geht innerhalb der EU so weit, dass 3,1% der Betriebe mehr als die Hälfte des verfügbaren Agrarlandes bewirtschaften (Heinrich-Böll-Stiftung/BUND/Le Monde Diplomatie 2020: 9). Dieser Strukturwandel wird auch als „Wachsen und Weichen“ bezeichnet (Groier/Machold/Loibl 2018: 3). Die Ausbreitung von Großbetrieben auf Kosten der Kleinbetriebe führt zum Verlust von Arbeitsplätzen, geringerer

Vielfalt an Anbausystemen und landwirtschaftlichen Produkten, intensiveren Landwirtschaftsmethoden und stärkerer Umweltbelastung (Becheva/Rioufol 2020: 18).

Im Jahr 1957 wurde die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU mit den Zielen der Versorgungssicherheit, der Marktstabilisierung und der Sicherung des Lebensunterhalts der in der Landwirtschaft tätigen Menschen geschaffen (Ellner 2021: 4). Die Zuwendungen der EU für die Landwirtschaft lassen sich in zwei Säulen einteilen. Die erste Säule dient dem Erhalt der Marktordnung und die Zweite soll die ländliche Entwicklung fördern (BML 2023: 6). Erstere wird abhängig von der bewirtschafteten Fläche ausbezahlt und kommt somit hauptsächlich der industriellen Landwirtschaft und der Ernährungsindustrie zugute (Ellner 2021: 3). Das zeigt sich in der Verteilung der Fördergelder, denn im Jahr 2019 wurden 80% der Gelder an nur ein Fünftel der Begünstigten ausgeschüttet (Chemnitz/Rehmer 2020: 11). Direktzahlungen sind ein wichtiger Bestandteil der ersten Säule der EU-Förderungen für die Landwirtschaft. Diese werden seit einer Regeländerung 2023 bei der Einhaltung sogenannter Cross-Compliance-Regeln zu Umweltschutz, Tierschutz sowie Tier- und Pflanzengesundheit ausgezahlt. Die Bedeutung der Direktzahlungen für das Einkommen der Landwirt*innen ist abhängig von Größe und Art des Betriebs. Diese Art der Förderung wird vielfach von NGOs, Bäuer*innen und Landwirtschaftsvertretungen kritisiert. Sie problematisieren, dass die Regeln an den Bedürfnissen der Betriebe vorbeigehen, die Zahlungen oft die eigentlichen Ziele verfehlen und das grundlegende Problem der unzureichenden Einkommen vieler Betriebe nicht beheben (Matthews 2020: 14).

Die zweite Säule, der sogenannte Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums, ist an Umweltregeln, auch Eco-Schemes genannt, geknüpft, die Landwirt*innen erfüllen müssen, um das zusätzliche Geld zu erhalten. Auf diese Weise will die EU Anreize für Umwelt- und Klimaschutz schaffen. Außerdem dient dieser Fonds der Unterstützung der Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten (Chemnitz/Rehmer 2020: 11). Letztgenannte Geldquelle ist für die Bäuer*innen in Österreich wegen des hohen Bio-Betriebs-Anteils und der kleinteiligen Strukturierung der österreichischen Landwirtschaft von besonderer Wichtigkeit (Ellner 2021: 3). Die Mitgliedsländer können selbstständig die Zahlungen der zweiten Säule innerhalb eines Spielraums von 15% aufstocken sowie die Form und Konditionen der Ausschüttung festlegen. In Österreich fließen 44% der EU-Agrarförderungen in diesen Bereich und sollen somit Nachhaltigkeit, regional ausgewogene Entwicklung, Klimaschutz und Wettbewerbsfähigkeit fördern. Generell wird die zweite Säule als sinnvollster Teil der GAP angesehen, weil davon nicht nur einzelne Betriebe profitieren, sondern das Allgemeinwohl durch betreffende Maßnahmen gegen die Landflucht und gegen

die Aufgabe kleiner bis mittelgroßer Betriebe gesteigert wird und diese Säule an die jeweiligen Bedürfnisse vor Ort angepasst werden kann (Schulze/Moore/Lorenzen 2020: 16f).

Obwohl die GAP seit der Gründung mehrfach überarbeitet wurde, wurde nie ein neuer Zielkatalog festgelegt, der auf die aktuellen Herausforderungen in Bezug auf Umwelt, Natur und Biodiversität eingeht. Stattdessen wird nach wie vor vorwiegend die Erhöhung der Produktivität und die Stabilisierung der Märkte gefördert, selbst wenn die EU seit den 1970er Jahren mehr Nahrungsmittel produziert als sie verbraucht (Chemnitz/Rehmer 2020: 11). Eine Veränderung der GAP sollte NGOs und Forschenden zufolge eine Neuausrichtung der Agrarförderungen auf gesellschaftliche und ökologische Ziele widerspiegeln, die eine klimasoziale Lebensmittelpolitik anstreben, statt wie bisher auf Export-Ziele zu fokussieren. Diese Reform sollte eine Neugestaltung der Flächenprämien und eine Abstimmung der Agrarpolitik auf Klima- und Gesundheitsagenden beinhalten, um so kleine Betriebe stärker zu unterstützen und die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu erhalten (Plank/Penker/Brunner 2021: 148).

Die oberste Priorität der österreichischen Agrarpolitik ist nach wie vor die Sicherstellung der Versorgung mit heimischen Lebensmitteln (BML 2023: 3). In den letzten Jahrzehnten steigt bei vielen Konsumierenden jedoch zunehmend das Bewusstsein für die globalen Auswirkungen des Ernährungssystems und deren Rolle im Klimawandel. Das wachsende Umweltbewusstsein der Bevölkerung wirkt sich auch auf den Lebensmittelkonsum aus. Die Qualitätsaspekte und die Nachhaltigkeit der Lebensmittel in Produktion, Verarbeitung, Transport und Handel stehen vermehrt im Fokus (BML 2023: 24). Entsprechend nimmt auch die Nachfrage nach fair produzierten, regionalen Produkten und Bioprodukten stark zu (Thurn/Oertel/Pohl 2018: 15). Knapp ein Viertel der österreichischen Landwirtschaftsbetriebe (25.081 Betriebe) werden biologisch bewirtschaftet, eine Zahl, die seit mehreren Jahren konstant wächst (BML 2023: 24). In benachteiligten Gebieten ist der Anteil an Bio-Betrieben mit fast einem Drittel sogar noch höher (Rech 2022: 11). Auch für Konsumierende steigt der Wert biologischer Produkte innerhalb der EU und in Österreich beständig. Im Jahr 2021 waren österreichweit 11% der gekauften Frischeprodukte mit Bio-Siegel gekennzeichnet. Dies lässt sich auf einen verstärkten Wunsch der Konsumierenden nach guter Qualität, Nachvollziehbarkeit und Regionalität zurückführen (Hillemeyer 2021).

Der hohe Stellenwert der biologischen Landwirtschaft in Österreich lässt sich nicht nur am hohen Anteil an biologisch bewirtschafteten Kulturflächen festmachen, sondern ebenfalls an nationalen agrarpolitischen Strategien. So wurde beispielsweise innerhalb des Aktionsprogramm 23+ ein Vorgehen festgelegt, um die Nachfrage nach Bio-Produkten zu

steigern, die Position Österreichs als führendes EU-Bioland zu sichern und Schlüsselbereiche für die erfolgreiche, bundesweite Weiterentwicklung der Bio-Produktion zu identifizieren (BML 2023: 25). Die gesteigerte Nachfrage soll durch erweiterte Vermarktungsmöglichkeiten und geförderte Sichtbarkeit von Bio-Lebensmittel für Konsumierende erreicht werden (Rech 2022: 6). Darüber hinaus sollen bereits etablierte Bio-Siegel gestärkt werden und das Angebot und die Zertifizierung von Bio-Erzeugnissen in Tourismus, öffentlicher Verpflegung und Gastronomie ausgebaut werden. Transparenz und Glaubwürdigkeit werden als Grundpfeiler der Zertifizierungssysteme beschrieben. In diesem Rahmen sollen regionale Zusammenschlüsse von Bio-Höfen, Verarbeitungsbetrieben und Gastronomie gefördert werden (Rech 2022: 8). Mittels eines Zuschusses soll außerdem die Umstellung der Höfe auf biologische Landwirtschaft unterstützt werden. Zusätzlich sind kurze Versorgungsketten und lokale Märkte zur Reduktion der Umweltbelastung ein zu förderndes Ziel, weshalb den interessierten Bäuer*innen ein Startpaket für den Einstieg in die Direktvermarktung zur Verfügung gestellt werden soll (Rech 2022: 20f).

Durch die Anonymisierung des Einkaufes in großen Supermarktketten und die global angelegten Lieferketten gibt es kein Vertrauensverhältnis mehr zwischen Produktion und Käufer*innen, somit werden Zertifizierungen und international anerkannte Gütesiegel nötig. Das Vertrauen in die Sicherheit und die Qualität der Produkte war ursprünglich durch die persönliche Bindung zwischen Produzierenden und Konsumierenden gegeben. Durch die räumliche und kulturelle Nähe bestand eine Art unpersönliches Vertrauen in die sozialen Normen und Werte. Dies muss im aktuellen System durch offizielle und anonymisierte Zertifizierungsprozesse ersetzt werden (Sodano/Hingley/Lindgreen 2008: 504). Dabei ist es essenziell, dass die Glaubwürdigkeit der Kennzeichnungen gewährleistet ist. Nur dann sind Endverbraucher*innen bereit, mehr für das gewünschte Produkt zu bezahlen (Meyer-Höfer/Spiller 2016: 76). Folglich müssen nachprüfbare Qualitätssignale für die Kund*innen bereitgestellt und kommuniziert werden, um die asymmetrische Informationsverteilung zu reduzieren und so opportunistisches Verhalten seitens der Produzierenden auszuschließen (Meyer-Höfer/Spiller 2016: 78).

Seit 1991 wird die biologische Landwirtschaft durch EU-weite Definitionen, Standards und Kontrollen geregelt. Dies wird vorwiegend durch Drittparteienzertifizierung sichergestellt. Dies bedeutet, dass eine private Agentur oder die Regierung Spezialist*innen zur jährlichen Inspektion der biologischen Qualität auf die Landwirtschaftsbetriebe entsendet (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 1). Dabei wird eine möglichst große Unabhängigkeit zwischen Produzierenden und Kontrollierenden zur Gewährleistung der Anonymität und somit

der Glaubwürdigkeit angestrebt (Meyer-Höfer/Spiller 2016: 80). Die Zertifikate bieten eine Orientierung für Konsumierende in ihrer Kaufentscheidung und fungieren auch als Plattform zur Veröffentlichung des gesellschaftlichen oder ökologischen Engagements der Produzierenden. Die gesteigerte Nachvollziehbarkeit und die externe Kontrolle ermöglichen das Vertrauen in bestimmte Produktionsstandards (Friedel/Spindler 2016: 6). Ein funktionierendes Nachhaltigkeitsstandardsystem benötigt ein Nachweissystem zur Überprüfung der Standards, ein erkennbares Label, die Möglichkeit der Rückverfolgung von Produktionsketten als Nachweis über die Herkunft und schließlich ein Fortbildungssystem für die Produzierenden, die den Standard einhalten möchten (Hansmann et al. 2016: 59f).

Einerseits sind Zertifizierungssysteme wichtige Schritte, um sukzessive für mehr Naturschutz und Nachhaltigkeit in der Produktion für die breite Allgemeinheit zu sorgen, da sie Produzierende zur Beteiligung an der Lösung der durch die Produktion entstehenden Probleme zwingen. Andererseits können die Zertifizierungen meist nicht weit genug gehen, um soziale und ökologische Probleme tiefergehend zu beheben. Zusätzlich stellen sie besonders für Kleinbetriebe eine Hürde im Marktzugang dar, denn je ambitionierter die Standards, desto schwieriger sind sie besonders für Kleinbäuer*innen zu erfüllen. Diese können sich oft den dokumentarischen und finanziellen Aufwand der Zertifizierungen nicht leisten (Walther-Thoß 2016: 14, 19).

Die Zertifizierung durch Dritte birgt zahlreiche Konsequenzen für die Herstellenden von Agrarprodukten. Durch die Drittparteienzertifizierung werden Landwirt*innen zunehmend in eine periphere, machtlose Position gezwungen. Sie stehen nur mehr in Verbindung zu den Zertifizierungsagenturen, verlieren zumeist jeglichen Kontakt zu den Endkosument*innen und werden nur mehr zu Preisnehmenden in Abhängigkeit des Einzelhandels (Sodano/Hingley/Lindgreen 2008: 506). So werden besonders lokale Netzwerke geschwächt oder delegitimiert, die eine Verbindung zwischen Landwirt*innen und Verbraucher*innen ermöglichen. Bei genauerem Blick auf den Nahrungsmittelverkauf in Österreich fällt auf, dass sowohl Konsumierende als auch Produzierende hier besonders abhängig von einigen wenigen Konzernen im Lebensmittelhandel sind. Im Jahr 2014 befinden sich etwa 85% des inländischen Lebensmittelhandels unter der Kontrolle von REWE, Spar und Hofer. Auf Grund dieser hohen Konzentration und fehlenden wirksamen Restriktionen der Wettbewerbsbehörde sind die Lebensmittelproduzent*innen kaum in der Lage, selbst ihre Preise und den Vertriebsweg zu bestimmen. Besonders für Kleinbäuer*innen stellt dies oftmals ein Problem dar, da die Supermarktketten vielfach keine kostendeckenden Preise für Agrarprodukte zahlen (Klatzer, 2016, p. 240ff).

4. Material und Methode

4.1 Semistrukturierte Interviews

Für die Erforschung einer möglichen Einführung von PGS in Österreich und deren Nutzen wurden qualitative Interviews herangezogen, die in semi-strukturierter Form nach Helfferich (2014: 565) abgehalten wurden. Somit wurde eine gewisse Vergleichbarkeit der Interviews und die Beantwortung bestimmter Fragen gewährleistet, jedoch blieb ausreichend Raum für die Interviewten, ihre eigene Meinung zu äußern und auf weiterführende Aspekte einzugehen, die über den vorbereiteten Fragebogen hinausgehen (Küsters 2014: 577). So sollte es vermieden werden bestimmte Antworten zu suggerieren (Helfferich 2014: 566).

Die Interviews fanden im Zeitraum von Mai und Juni 2024 statt. Nach Möglichkeit wurden sie persönlich am Hof der Befragten durchgeführt. Bei zu langer Anreise wurden Video-Konferenzen abgehalten. Die vorbereiteten Leitfäden boten zu Beginn die Gelegenheit zur Beschreibung des eigenen Betriebs und der Tätigkeiten. Anschließend wurden die Befragten angehalten die politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimensionen ihrer Arbeit im Speziellen und des landwirtschaftlichen Systems in Österreich allgemein zu reflektieren. Abschließend folgten, nach einer kurzen Erklärung des Konzepts von PGS, Fragen nach den erwarteten Vor- und Nachteilen einer Teilhabe an PGS in Bezug auf die jeweiligen Dimensionen und eine Aufforderung zur Einschätzung der eigenen Motivation zur Mitwirkung an einer solchen Initiative. Die der Fokussierung und Strukturierung des Interviews dienenden Leitfäden wurden jeweils an die Funktion der Befragten innerhalb des landwirtschaftlichen Systems und deren Bezug zu PGS angepasst. Die vorbereiteten Fragen dienten als Orientierung, um alle gewünschten Aspekte abzudecken. Entsprechend des Gesprächsflusses wurde während der Interviews von der Reihenfolge und der vorbereiteten Struktur abgewichen, bereits angesprochene Themenfelder übersprungen und zusätzliche Nachfragen eingefügt. Dadurch entstand ein natürlicher Dialog, welcher den Befragten viel Raum für eigene Ausführungen gab, eine individuelle Schwerpunktlegung ermöglichte und gleichzeitig die gewünschten Themen im Sinne der Vergleichbarkeit abdeckte. Die Dauer der Interviews wurde auf circa 90 Minuten anberaumt. Sie variierte im Endeffekt jeweils zwischen 60 Minuten und zweieinhalb Stunden. Die starken Schwankungen der Gesprächsdauer lassen sich auf die unterschiedliche Nutzung der gegebenen Freiräume zur Ausführung der Themen durch die Interviewpartner*innen zurückführen.

4.2 Sample

Das Sampling der befragten Personen zielte auf einen möglichst breiten Querschnitt über sämtliche Berufssituationen innerhalb der Landwirtschaft ab. Bei der Auswahl der befragten Landwirt*innen wurde beachtet, dass eine Vielfalt an Betriebsgrößen, Produktionsweisen, Zertifizierungen, Dauer des Bestehens und Endprodukten dargestellt wird. Eine kurze Übersicht über die Interviewpartner*innen ist in Abb. 1 zu finden.

Es wurde Wert darauf gelegt, dass die Interviewten jeweils unterschiedliche Rollen innerhalb des landwirtschaftlichen Bereiches einnehmen, um so die Orientierung an Kontrasten als eines der Grundprinzipien des Samplings nach Przyborski und Wohlrab-Sahr einzuhalten (2019: 114f). Auf diese Weise wurde auch gewährleistet, dass vielfältige Sichtweisen auf das Thema abgebildet wurden, ein umfassendes Verständnis der Arbeitssituationen erarbeitet werden konnte und eine mehrperspektivische Diskussion der zentralen Fragestellung ermöglicht wurde. Betreiber*innen von großen Industriebetrieben und Personen, die hauptberuflich einer anderen Tätigkeit nachgehen und nur hobbymäßig etwas Landwirtschaft betreiben, wurden nicht für ein Interview in Betracht gezogen. Dies lässt sich auf die Tatsache zurückführen, dass sie für eine Teilhabe an einem PGS nicht geeignet wären, denn ihre alltägliche Berufswelt und die Zusammensetzung ihres Betriebs unterscheidet sich fundamental von Bäuer*innen mit Vollerwerbsbetrieb. Des Weiteren wurden reine Weinbaubetriebe aus der Befragung ausgeschlossen, da selbst kleinere solcher Betriebe eine vergleichsweise hohe Wirtschaftskraft besitzen (Groier/Machold/Loibl 2018: 68). Dadurch können sie schlecht mit Höfen, die andere Produkte erzeugen, verglichen werden.

Die Auswahl zeigt verschiedene Produktionsweisen, Produktarten, Betriebsgrößen und auch Unterschiede in den Regionstypen. Es wurden Bäuer*innen aus peripheren Regionen, Berglandschaften, Fremdenverkehrsregionen sowie Orten in Großstadtnähe befragt. Der Fokus wurde deshalb stark auf Vielfältigkeit in den genannten Aspekten gelegt, um so herauszufinden, ob PGS österreichweit oder speziell in ausgewählten Regionen oder für bestimmte Betriebsarten gut oder schlecht funktionieren könnte.

Abbildung 1 zeigt einen Überblick über die interviewten Personen und deren Tätigkeiten:

Befragte Bäuer*innen	Standort	Betriebsgröße in Hektar	Anbauprodukte	Tierhaltung	Zertifikate
B1	NÖ	100	Gemüseanbau, Marktfruchtanbau	Mutterkuhhaltung	Bio, Demeter
B2	Hauptstadt-nähe, NÖ	80	Gemüseanbau, Marktfruchtanbau	Hühner	-
B3	Burgenland	20	Obstgarten, Futtermittelanbau	Schweinezucht	-
B4	NÖ	12	Obstgarten	Mutterkuhhaltung	Bio
B5	Berggebiet in Tirol	40	Grünlandflächen	Mutterkuhhaltung	Bio
B6	Berggebiet in Tirol	18	Grünlandflächen	Mutterkuhhaltung, Schwarznasenschafe	Bio

Weitere Interviewpartner*innen:

PA
Mitbegründerin der PGS-ähnlichen Initiative „Projekt Anerkennung“ von Demeter, Deutschland

BV
Vertreter der Österreichischen Berg- und Kleinbäuer_innen Vereinigung (ÖBV)

Abbildung 1: Übersicht über die Interviewpartner*innen

Quelle: Eigene Darstellung

Nachfolgend wird bei Verweisen auf Interviewinhalte zur Orientierung und leichteren Auffindbarkeit stets die Seitenzahl in den jeweiligen Transkripten angegeben. Eine Beschreibung, wann, wo und wie die Gespräche stattgefunden und wie lange sie gedauert haben, befindet sich im Anhang.

4.3 Auswertungsmethode: Grounded Theory

Die Interviews wurden mit einem digitalen Gerät aufgenommen. Anschließend wurden sie mit Hilfe von Microsoft Teams transkribiert und mit der Software QDA Miner codiert. Hierbei wurde induktiv von den Interviews ausgehend auf Kategorien und Ergebnisse geschlossen, die mit Blick auf die zentrale Fragestellung zusammengefasst und interpretiert wurden. Im Rahmen der Grounded Theory wurden die erhobenen Daten anhand von Leitinteressen genau analysiert und miteinander verglichen. Durch ein möglichst ergebnisoffenes Arbeiten nah an den Daten wurde eine Theorie entwickelt, die aus der Beschreibung und Analyse des untersuchten Phänomens hervorgeht (Schultz 2014: 76). Um Ergebnisoffenheit und kritisches Denken zu fördern, wurden während des gesamten Kodierungsprozess analytische Memos geschrieben. Auf diese Weise wurden Gedankengänge festgehalten, die die systematische Untersuchung

möglicherweise beeinflusst haben. Dies diente der eigenen Nachvollziehbarkeit und ermöglichte es nach den einzelnen Analyseschritten zu reflektieren, aus welchen Gründen bestimmte Rückschlüsse gezogen wurden (Rogers 2018: 890).

Die Interview Transkripte wurden zunächst offen kodiert. Dabei wurden dem Vorgehen der Grounded Theory folgend, codierte Sequenzen der Interviews strukturiert, zusammengefasst und miteinander verglichen. Bei diesem ersten Kodier-Durchgang wurden viele offene Codes sowie umfangreiche Notizen zu den möglichen Verknüpfungen und Querverbindungen zwischen den verschiedenen Interviews erstellt. In einem zweiten Durchgang wurden die Codes teils zusammengefasst, umbenannt oder gelöscht. Dieser Vorgang war wichtig, da im Laufe des Kodier-Prozesses immer wieder neue Codes entstanden, wenn neue Assoziationen zu den besprochenen Themen aufkamen. Um alle Interviews mit möglichst gleichen Voraussetzungen zu kodieren, wurde dieses Verfahren wiederholt, bis keine neuen Codes mehr aufkamen. Anschließend wurde axial kodiert, also die zuvor benannten codierten Sequenzen und zugehörigen Memos in Kategorien und Erklärungsansätzen zusammengefasst (Hernandez 2009: 52).

Während des gesamten Prozesses wurde darauf geachtet, nahe an den Daten zu arbeiten, um von der in den Interviews beschriebenen Realität ausgehend eine Theorie zu erstellen, mit möglichst wenig Beeinflussung durch Vorwissen und Erwartung bestimmter Ergebnisse. In einem letzten Schritt wurden die gefundenen Kategorien durch selektives Kodieren in Kernkategorien zusammengeschlossen. Diese theoretisch fundierten Schlüsselkategorien sollten eine Verbindung zwischen vielen Codes und Unterkategorien herstellen (Hernandez 2009: 54).

4.4 Methodische Limitierungen

Die Zielsetzung war, möglichst breit gefächerte Einblicke in die verschiedenen Bereiche kleinbetrieblicher Landwirtschaft in Österreich zu erhalten, sowohl in Hinblick auf regionale Besonderheiten als auch in Bezug auf die verschiedenen Tätigkeitsbereiche der Landwirt*innen. Die regionale Diversität konnte bedingt gewährleistet werden, da Personen aus insgesamt drei Bundesländern mit jeweils sehr unterschiedlichen landschaftlichen Gegebenheiten befragt wurden. Dies deckt jedoch nur einen kleinen Teil der landwirtschaftlichen Fläche in Österreich ab. Das ist teilweise auf eine schwere Zugänglichkeit der Landwirt*innen zurückzuführen. Ohne Kontakte in den jeweiligen Regionen, war es schwierig, Bäuer*innen ausfindig zu machen und für ein Interview zu gewinnen.

Dementsprechend konnten nur Personen befragt werden, die einen öffentlichen Internetauftritt hatten oder deren Kontaktdaten durch persönliche Beziehungen weitergeleitet wurden.

Erschwerend kam hinzu, dass der gewählte Zeitraum der Interviews in eine für viele Bäuer*innen äußerst stressige Jahreszeit fiel. So war es besonders schwierig, Gemüsebauer*innen oder Landwirt*innen mit Schwerpunkt auf Ackerbau für ein Interview zu gewinnen, da diese im Frühjahr durch die Aussaat zeitlich sehr gebunden und eingeschränkt sind. Die lange Regenperiode im April und die dadurch angestaute Arbeit für die Betroffenen haben das Problem noch intensiviert.

Nach Möglichkeit wurden die Gespräche in der Nähe Wiens persönlich geführt. Jedoch fanden sechs der acht Interviews online statt, da die beteiligten Personen durch organisatorische Hindernisse nur schwer zu erreichen waren. Zeitpläne von Bäuer*innen sind eng getaktet, wetterabhängig und meist schlecht vorhersehbar. Daher war es auch nicht möglich, die einzelnen Interviews mit einer Rundreise zu verbinden. Um die möglichen Verluste an Intimität, Vertrauen und Nähe während der Online-Gespräche weitgehend zu reduzieren, nutzten beide Parteien durchgehend die Kamera, um die Gesprächspartner*innen und deren Reaktionen und Emotionen zu sehen.

Durch die geringe Größe des Samples von lediglich acht Interviews können keine letztgültigen Generalisierungen der Daten erfolgen. Jedoch können die Ergebnisse der Gespräche wichtige Aspekte der österreichischen Landwirtschaft in Bezug auf eine mögliche Einführung von PGS hervorheben, die nicht nur für die befragten Individuen, sondern mit großer Wahrscheinlichkeit auf für viele ihrer Kolleg*innen von Relevanz sind. Die notwendige Kleinteiligkeit einer solchen qualitativen Sozialforschung kann lediglich einzelne Fälle sehr genau beschreiben und Thesen generieren. Dennoch sind daraus Hinweise auf mögliche größere Problematiken erkennbar, die in einem weiteren Schritt in größerer Stichprobenzahl repräsentativ weiter untersucht werden könnten. Zusätzliche Anhaltspunkte für eine denkbare Verallgemeinerung bieten Aussagen der Befragten, die von weiteren Kolleg*innen berichten und somit verdeutlichen, dass nicht nur sie als Individuen von der Situation betroffen sind.

5. Ergebnisse

Die Ergebnisse der qualitativen Interviews wurden zur thematischen Übersicht in die folgenden Kategorien eingeteilt: die aktuelle Situation in der Landwirtschaft, Direktvermarktung als Lösungsansatz, Bio-Zertifizierung als Lösungsansatz und Erwartungen an PGS als

Lösungsansatz. Diese Kategorien wurden jeweils, falls möglich, in die Unterkategorien Politik, Soziales, Wirtschaft und Ökologie unterteilt. Einige Themen können nicht trennscharf nur einer Kategorie zugeordnet werden, so wurden diese mit den jeweiligen Teilaspekten mehreren Unterkategorien zugeteilt und die Verbindungen zwischen den Aspekten aufgezeigt. Im Folgenden werden nun die Ergebnisse der acht Interviews dargestellt.

5.1 Aktuelle Situation in der Landwirtschaft

5.1.1 Beschriebene Probleme der Kleinbäuer*innen

5.1.1.1 Politische Problem

Die befragten Landwirt*innen sehen in der gegenwärtigen, sie betreffenden Landwirtschaftspolitik viele Mängel. Generell kritisieren alle Befragten, dass sie sich auf politischer Ebene sehr schlecht vertreten fühlen. Speziell wegen ihrer Kleinstrukturiertheit, haben sie das Gefühl, dass ihre Meinungen und ihre Bedürfnisse nicht so viel Gewicht auf nationaler oder auch EU-weiter Ebene besitzen. Dies führt zu viel Unmut gegenüber politischen Beschlüssen, da diese sie genauso betreffen wie größere Betriebe. Sie können jedoch meist wenig Einfluss auf die Entscheidungen nehmen oder selbst, wenn Ihnen eine Möglichkeit geboten wird, ihre Meinung kundzutun, können sie trotzdem die Gesetze und Regelungen nicht zu ihren Gunsten beeinflussen (B6: 19).

Die Vertretung der Interessen der Landwirt*innen wird erschwert durch die sehr unterschiedlichen Bedingungen und Bedürfnisse in den verschiedenen Regionen und den einzelnen Produktionsschwerpunkten. Die unausgeglichene politische Interessensvertretung beschreibt B5 anhand einer Sitzung der Landwirtschaftskammer in Wien. Er betont, wie wenig Einfluss die Kleinbäuer*innen und deren Vertretung selbst innerhalb landwirtschaftlicher Treffen haben, im Vergleich zu Landwirt*innen mit größeren Betrieben und wie diese ungleiche Machtverteilung sich auf größeren politischen Bühnen noch verstärkt (B5: 9). Durch die verschiedenen Ansprüche der einzelnen Gruppierungen ist es umso schwieriger eine Einigung zu finden, die für alle gut ist (B5: 10). Laut BV ist es essenziell, die gemeinschaftliche Organisation speziell von Klein- und Bergbäuer*innen zu unterstützen, um sie darin zu bestärken „selbst ihre Stimme zu erheben sozusagen und für ihre Eigeninteressen einzutreten“ (BV: 1). In diesem Sinne fordern die befragten Kleinbäuer*innen eine Erweiterung des demokratischen Raumes. Zur Bekämpfung der ökologischen Krise und zur Verbesserung ihrer eigenen Situation wünschen sie sich eine breitere, direkte Beteiligung, die beispielsweise durch partizipative Umweltgovernance erreicht werden kann (Gottschlich/Pichler 2022: 342).

Die mangelhafte Berücksichtigung von Klein- und Bergbäuer*innen in der Politik zeigt sich BV zufolge deutlich in der letzten Reform der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP). Trotz größerer öffentlicher Aufmerksamkeit für Themen der ungerechten Verteilung in der Landwirtschaft, wurden in BVs Sicht kaum Maßnahmen für eine ausgeglichene Vergabe der Fördergelder oder eine sozial und ökologisch gerechte Transformation ergriffen (BV: 4). Dass die Förderungen und Subventionen der EU nach wie vor größtenteils flächengebunden sind und nicht nach gesellschaftlichem Mehrwert und der ökologischen Zukunftsfähigkeit der Landwirtschaft gestaffelt werden, ist laut PA „völlig unsinnig“ (PA: 34). Die Nachteile der aktuellen Verteilung werden in mehreren Interviews betont, denn wegen ihrer kleinen Flächen bekommen die Befragten deutlich weniger Fördergelder als größere Betriebe. Dies empfinden sie als ungerecht und als hinderlich für den Erhalt der kleinbäuerlichen Landwirtschaft (B3: 23; BV: 9; PA: 34). Dabei läge es an der Politik und der politischen Vertretung der Bäuer*innen dies zu korrigieren. Um eine Verbesserung der Lage herbeizuführen, betrachten es die Interviewpartner*innen als essenziell, auch ihnen, trotz ihrer begrenzten Wirtschaftskraft, mehr zuzuhören und ihre Bedürfnisse und Herausforderungen anzuerkennen, ernst zu nehmen und in künftigen Gesetzgebungen zu berücksichtigen (B3: 23; B6: 18; BV: 9).

Abgesehen von einer besseren Vertretung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, wünschen sich die Befragten auch einen stärkeren Fokus der Politik auf Naturschutz, den Erhalt der Biodiversität und den Kampf gegen den Klimawandel. Entsprechend der wachsenden Sorgen um die Auswirkungen des Klimawandels, ist die Hoffnung der befragten Landwirt*innen, dass die Agrarpolitik sich EU-weit zugunsten des Klimaschutzes und der Nachhaltigkeit verschiebt. Das bedeutet für sie unter anderem wieder eine Orientierung hin zu mehr Regionalität und Kleinstrukturierung. Dies muss sich auch in der GAP widerspiegeln, indem die Förderungen nicht mehr so stark nach Betriebsgröße vergeben werden, sondern nachhaltiges und ökologisches Wirtschaften mehr entlohnt werden soll (BV: 3; B4: 12; PA: 34; B3: 23). Die Entwicklungen hin zu immer größeren landwirtschaftlichen Betrieben und immer billigeren Produkten sehen alle Befragten sehr kritisch (B1: 12; B6: 18).

Ein weiterer Kritikpunkt während der Gespräche an aktuellen politischen Entwicklungen, der speziell in der alltäglichen Zeiteinteilung großen Einfluss hat, ist die Zunahme der Bürokratie in der Landwirtschaft. Dies scheint ein großes Thema für Landwirt*innen unabhängig von ihrer räumlichen Lage oder der Produktionsart zu sein, da während jedes Interviews über den wachsenden bürokratischen Aufwand geklagt wird. Die Befragten verbringen viele Stunden mit der Einreichung von Aufzeichnungen (B4: 12), dem Nachweisen ihrer Flächen, deren Qualität und Nutzung (B5: 6), dem Stellen von Förderanträgen, der Dokumentation von Besamungen

und Geburten (B6: 21), der Angabe zu Almauf- und -abtriebsdaten (B5: 7), dem Vorweisen von Futtermittelqualität, Lagerkapazität, Kühlketten, Schlachtungen (B3: 7) und vielem mehr. Gleichzeitig wird der Nutzen dieser vorgeschriebenen Aufzeichnungen hinterfragt. So nennt B4 etwa das Beispiel der Rinderkennzeichnung durch Ohrmarken, die lediglich eine leichtere Überwachung und Handhabung für Markt und Handel bedeuten. Sie führen jedoch in Fleischqualität und Tierhaltung keine Verbesserung herbei, sondern bedeuten nur Mehraufwand für die Bäuer*innen selbst. Den Startpunkt der zunehmenden bürokratischen Nachweispflicht sieht sie im Beitritt Österreichs zur EU (B4: 9). B5 fragt sich, welchen Mehrwert es bringt, im Vorhinein genaue Daten zum Almatrieb für jedes einzelne Tier anzugeben, wenn er es selbst im Vorfeld auf Grund der Wetterabhängigkeit nicht weiß (B5: 7). B1 führt die viele Bürokratie auf den Lebensmittelhandel zurück, da viele Einzelhandelsketten eine eigene Zertifizierung von ihren zuliefernden Bäuer*innen fordern, die jeweils eigene Aufzeichnungen voraussetzen (B1: 3). Das Ausmaß der bürokratischen Anforderungen solcher Zertifikate ist für B3 ein schwerwiegender Grund gegen Zertifizierungen. Deshalb ist er etwa aus der zertifizierten Gemeinschaft „Gutes vom Bauernhof“ ausgestiegen, da der Schreib- und Kontrollaufwand zu groß geworden ist (B3: 31).

Im Rahmen der zunehmenden Bürokratie werden auch die komplizierten Fördermittelanträge beklagt. Diese werden als zeitraubend (B4: 9), schwer verständlich und umständlich auszufüllen (B6: 20) beschrieben. B6 hebt an dieser Stelle die wichtige Unterstützung durch die Landwirtschaftskammer hervor, ohne deren Hilfe sie die Anträge nicht ausfüllen und folglich die Unterstützungen nicht beziehen könnte. Gleichzeitig kritisiert sie, dass durch die Reduzierung der Arbeitsplätze in der Landwirtschaftskammer und viele weitere Einsparungsmaßnahmen, bürokratische Vorgänge vermehrt in digitalem Format stattfinden. So wird es bei Unsicherheiten bezüglich der richtigen Ausfüllung schwieriger, um Hilfe zu bitten (B6: 20). Für die Antragstellenden hängt jedoch viel von dieser finanziellen Unterstützung ab, da sie teilweise bis zu 40% ihres Einkommens aus Fördermitteln beziehen (B5: 6). Die Förderprogramme haben jeweils eine bestimmte Laufzeit und stellen somit eine langfristige Bindung und eine Verpflichtung dar, den Hof auf die gleiche Weise weiterzuführen. Dies beschäftigt B5 mit Blick auf seinen Pensionseintritt und die Übergabe seines Betriebs. So müsste er bisherige Fördermittel zurückzahlen, wenn er sich innerhalb einer Förderperiode gegen eine eigene Weiterführung seines Hofes entscheiden würde. Dementsprechend ist es wichtig sich frühzeitig vor der Unterschrift weiterer Förderanträge um eine Hofnachfolge zu bemühen (B5: 3).

Die Förderprogramme werden zwar generell als wichtig besonders für Kleinbäuer*innen beschrieben, dennoch stellen sie gleichzeitig große Hürden im Alltag der Fördergeldbeziehenden auf. So bedeuten die verschiedenen Programme stets eine hohe Überwachung der Betriebe. Durch technologische Neuerungen werden per Satellitenaufnahme tagesaktuelle Informationen über die Betriebe eingeholt und entsprechende Verwarnungen bei Verstößen gelangen direkt per Mail zu den Betroffenen (B4: 13). Auch der Umgang mit den Tieren wird durch die Fördergebenden genau nachverfolgt. Die Bäuer*innen sollen regelmäßig eintragen, wann sie die Kühe auf die Alm bringen (B5: 5) oder wann sie eine Kuh neu besamt haben (B6: 21). Diese Überwachung bedeutet folglich einen Verlust der eigenen Entscheidungshoheit und der Handlungsmacht. Denn wird entsprechend dem eigenen Instinkt oder der genaueren Kenntnis der Tiere gehandelt und dabei gegen vorgegebene Abläufe verstoßen, erwartet die Bäuer*innen eine Strafe. So berichtet B6, dass sie einen mehrstündigen Auffrischkurs zur Fruchtbarkeit der Mutterkuh als Strafe absolvieren musste, als sie einer älteren Kuh mehr als das vorgegebene Jahr Zwischenkalbezeit gewähren wollte, da sie diese noch nicht als fit genug für erneute Trächtigkeit wahrgenommen hatte (B6: 21). Auch B3 kritisiert die Vielzahl an Vorschriften und die mangelnden Möglichkeiten, die Vorschriften entsprechend den Kenntnissen von Land und Tier anzupassen. Dies verdeutlicht er am Beispiel der Fruchtfolge und der Zwischenbegrünung. Auf Grund seiner kleinen Fläche gestaltet sich die Planung der fünfjährigen Fruchtfolgeabstände bereits schwierig, ohne Fruchtfolgeschäden zu riskieren. Eine Begrünung zwischen den jeweiligen Früchten bedeutet im Falle seiner Äcker eine noch stärkere Verdichtung des Bodens, durch das Gewicht des Traktors. Hier wünscht er sich mehr Freiheiten, die Maßnahmen an die eigenen Bedingungen angleichen zu können (B3: 23f). Mit Blick auf die eigenen ökologischen Ansprüche, betont B5, dass er, wie die meisten Landwirt*innen, die er kennt, stets darauf bedacht ist, nachhaltig zu wirtschaften und seinen Betrieb zukunftsfähig aufzustellen. Diese Selbstständigkeit sieht er durch die Vorschriften von oben, an deren Festlegung er nicht mitwirken kann, stark eingeschränkt. Eine Zuwiderhandlung würde außerdem durch die Kontrolle mithilfe der Satellitenbilder sofort bestraft (B5: 12).

Die unterschiedlich starke Betonung der Menge an Förderanträgen und der nötigen Unterstützung durch solche Programme der einzelnen Befragten lässt Rückschlüsse auf die Rolle der Förderungen für die verschiedenen Landwirt*innen ziehen. So berichten besonders die Befragten, die hauptsächlich Tiere halten und Grünflächen bewirtschaften (B5: 2; B6: 3) oder maximal etwas Ackerbau zur Fütterung ihrer Tiere betreiben (B3: 23) von vielen verschiedenen Programmen, an denen sie teilnehmen, B1 und B2 hingegen erwähnen keine Förderprogramme zur finanziellen Unterstützung. Daraus kann geschlossen werden, dass

Bäuer*innen mit viel Ackerbau weniger abhängig von Fördergeldern sind und dadurch bei weniger Programmen mitmachen. Ein weiterer beeinflussender Faktor kann die Größe des Betriebs sein, da B1 und B2 deutlich größere Höfe betreiben als die anderen Interviewpartner*innen.

Ein großes Problem für die Befragten scheinen die Sozialleistungen und die mangelnde soziale Absicherung der Bäuer*innen zu sein, besonders im Vergleich zu anderen Arbeitsplätzen. Dies wurde in fünf Interviews als Problem identifiziert. Besonders hervorgehoben wurden die Probleme im Falle einer Krankheit oder eines Todesfalles und die daraus folgenden Arbeitsengpässe. B5 erwähnt beispielsweise, dass im Krankheitsfall keinerlei Krankengeld gezahlt wird und es insgesamt für ihn nicht möglich ist länger auszufallen, da sich sonst niemand um seine Tiere kümmert (B5: 10). B4 hat ein Todesfall in der Familie sie nicht nur emotional mitgenommen, es bedeutete lange Zeit für sie eine doppelte Belastung, da die Verstorbene ebenfalls einen eigenen Hof geführt hatte. Nur Kinder oder Ehepartner*innen können Betriebshilfe beantragen, weshalb in diesem Fall keinerlei Hilfe vom Staat oder sonstigen Institutionen kam und sich die Betroffenen selbst um die zusätzliche Arbeit, die Zahlungen und den Hof kümmern mussten (B4: 11). Die Hürde, die landwirtschaftliche Arbeit aus Pensionsgründen als Schwerarbeit anerkennen zu lassen wird ebenso genannt. In der Landwirtschaft müssen dafür laut B3 mehrere hundert Stunden Schwerarbeit mehr nachgewiesen werden als in anderen handwerklichen Berufen, um sich für die Pension als Schwerarbeiter*in zu qualifizieren (B3: 13). Längerer Urlaub ist ebenfalls aus logistischen und meist auch aus wirtschaftlichen Gründen als schwierig bis unmöglich beschrieben worden, da der Betrieb trotzdem weitergeführt werden muss (B5: 10; B3: 19).

Diese schlechten Bedingungen und Sozialleistungen werden vielfach als Gründe gelistet, warum so wenige junge Menschen in die Landwirtschaft einsteigen wollen. In anderen Berufen sind die Einkommen besser und sicherer. Es gibt zumeist geregelte Arbeits- und Urlaubszeiten, weniger Wochenstunden und die Angestellten sind in der Regel unabhängig von der Wetterlage sowie bei möglichen Krankheitsfällen besser abgesichert. Folglich können alle Befragten die rationale Entscheidung gegen ein Leben in der Landwirtschaft gut nachvollziehen (B5: 10). Sie üben ihre Arbeit laut eigenen Angaben nur wegen ihrer ausgeprägten Leidenschaft für die landwirtschaftliche Tätigkeit aus und wegen ihrer Überzeugung, dass die Landwirtschaft, wie sie sie betreiben, ein essenzieller Bestandteil für eine gesunde Ernährung und eine sozial und ökologisch gerechte Zukunft ist (B6: 6; B4: 17).

5.1.1.2 Soziale Probleme

Der Rückgang der bäuerlichen Bevölkerung und die Auflösung vieler, vor allem kleiner Höfe ist für einige Befragte besorgniserregend. Einen Grund dafür sieht B1 in der schlechten finanziellen Situation vieler Landwirt*innen, die wegen der niedrigen Preise für landwirtschaftliche Produkte ihre Kosten nicht mehr decken können und den Betrieb aufgeben (B1: 12). Das Aufgeben vieler kleinstrukturierter Höfe führt zu einer Vergrößerung einiger weniger großer Betriebe und somit zur Verbreitung der industriellen, im großen Stil angelegten Landwirtschaft (B4: 10). Für B6 sind die fehlenden Anreize und die erschwerten Bedingungen für Nebenerwerbslandwirtschaft, die an späterer Stelle noch ausführlicher beschrieben werden, Begründungen für viele Hofaufgaben in ihrer Gegend. Auch die Abwanderung vieler junger Leute von ländlichen Regionen in die Stadt führt zu einem Mangel an Nachfolger*innen für landwirtschaftliche Betriebe (B6: 4).

Das Thema der Hofnachfolge beschäftigt alle Befragten. Sie sind sich bewusst, dass die Landwirtschaft auf Grund der zuvor beschriebenen mangelnden Sozialleistungen, langen Arbeitszeiten und unzureichenden Absicherung im Krankheitsfall für junge Menschen wenig attraktiv ist. Dementsprechend gestaltet es sich für viele der Bäuer*innen schwierig eine Betriebsnachfolge für den eigenen Hof zu finden. Diese Suche ist zudem laut PA ein langwieriger Prozess, für den etwa fünf bis zehn Jahre einzurechnen sind, bis eine passende Person gefunden ist, die den Betrieb entsprechend der eigenen Wünsche weiterführen möchte und ausreichend eingearbeitet ist (PA: 31). Sie stellt fest, dass viele Betriebsleitende sich zu spät um ihre eigene Nachfolge kümmern und dann aus Zeitgründen ihre Flächen verpachten oder verkaufen statt den Betrieb als Ganzes weiterzugeben (PA: 32). Zum Zeitpunkt der Interviews hat nur B5 bereits eine sichere Nachfolgerin (B5: 3). Keine*r der Befragten will die eigenen Kinder zur Übernahme nötigen (B1: 8; B3: 2; B4: 4). So haben B3 und B4 bereits diverse Möglichkeiten in Betracht gezogen, auf welche Art der eigene Betrieb weitergeführt werden könnte. So legt etwa B4 Wert darauf, ihre Flächen zukünftig weiterhin biologisch zu bewirtschaften, daher kommt es nicht in Frage, die Fläche an eine*n der konventionellen Nachbar*innen zu verkaufen oder zu verpachten. Sie würde sich freuen, wenn ihr Land jungen Leuten einmal die Möglichkeit bietet, sich dort eine Landwirtschaft aufzubauen, von der sie hoffentlich in Zukunft gut leben können und so die kleinstrukturierte Landwirtschaft in ihrer Gegend weiterbesteht. Alternativ zieht sie ein Green-Care-Projekt zur psychosozialen Betreuung von Jugendlichen in Erwägung, die ihren Hof übernehmen wollen würden (B4: 4). B3 hat ebenfalls schon über verschiedene Nachfolgemodelle nachgedacht. So wäre für ihn etwa das Leibrente-Modell eine Option oder sollte sich doch eines seiner Kinder für die

Weiterführung entscheiden, die Weitergabe innerhalb der Familie. Zeitgleich hat er sich bereits mit dem Gedanken abgefunden, keine Nachfolge zu finden und seinen Betrieb bei Renteneintritt einzustellen (B3: 20). Insgesamt ist anzumerken, dass dieses Thema bei fast allen Interviews zur Sprache kam. Daraus lässt sich schließen, dass die Hofnachfolge ein zentrales Problem für viele Bäuer*innen darstellt, und schon während der eigenen Betriebsführung viel Einfluss auf Investitionsentscheidungen und die Aufstellung des Hofes hat (PA: 12).

Der Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe birgt für die Befragten viele soziale Konsequenzen. Sie fühlen sich vermehrt unverstanden, kaum berücksichtigt und als Minderheit in der Gesellschaft. Die Tatsache, dass immer weniger Menschen in der Landwirtschaft tätig sind, führt die Landwirt*innen zu unterschiedlichen Konsequenzen und Rückschlüssen. B2 zufolge erleichtert und fördert es den Zusammenhalt unter den Bäuer*innen, da sich alle bewusst sind, dass sie zusammenarbeiten müssen, um ihre Interessen gegen die große Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen zu können (B2: 13). Auch beschreibt er eine daraus folgende Verschiebung seiner vermittelnden Aufgaben. Früher war es vor allem wichtig zwischen den einzelnen Landwirt*innen in der Region bei Streitigkeiten zu vermitteln. Heutzutage sieht er seine Aufgabe vielmehr in der Vermittlung zwischen Landwirt*innen und der restlichen Bevölkerung (B2: 13).

B6 sieht im Rückgang der Landwirtschaft eine Ursache für die schwierigen Diskussionen in der Dorfgemeinschaft um Landnutzung (B6: 6) und für Mehrarbeit, da sie die Flächen mitbewirtschaftet, die aufgegeben wurden und sonst zuwachsen würden (B6: 3). Da immer weniger Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt sind, und die bäuerliche Arbeit immer weiter aus den Städten und dem Mittelpunkt der Gesellschaft verdrängt wird, steigt der Anteil in der Bevölkerung, der keine Berührungspunkte mehr mit der Landwirtschaft hat und daher kein Verständnis für den Arbeitsaufwand und die Bedürfnisse der Bäuer*innen hat. Diese wachsende Entfremdung und das fehlende gegenseitige Verstehen wurden in einigen Interviews thematisiert. B6 stellt fest,

man entfernt sich als Mensch immer mehr von dem bäuerlichen Leben, also die Leute, die haben einfach wenig Berührungspunkte mehr mit der Landwirtschaft außer, dass sie vielleicht die Kulturlandschaft als Freizeit nutzen, also [...] zum Wandern oder so. Aber, dass man wirklich Verständnis dafür hat, mir kommt vor das geht immer mehr verloren (B6: 5).

Sie erkennt, dass sich die Prioritäten in der Gesellschaft stark verschoben haben und die Landwirtschaft und die Arbeit, die die Bäuer*innen auch in der Landschaftspflege für die Gemeinschaft erledigen, einen geringeren Stellenwert einnehmen, beziehungsweise viele

Menschen diese Arbeit oft nicht mehr als gewinnbringend wahrnehmen (B3: 39; B6: 20). In dieser Diskussion um die Nutzung der Natur als Raum für Landwirtschaft oder für Freizeitsport und Parkplätze werden die verschiedenen Sichtweisen und Naturverständnisse der verschiedenen Bevölkerungsgruppen sichtbar. Während B6 besonders die Nachhaltigkeit, Biodiversität und die ökologische, zukunftsorientierte Nutzung der Räume vorschlägt, liegt der Fokus bei den Menschen, die mit der Landwirtschaft nicht mehr viel zu tun haben, eher auf der Inwertsetzung der Flächen und ihrer Umfunktionierung für den gesellschaftlichen Gebrauch (B6: 5; Tittor 2022: 401). B2 stellt ebenso fest, dass durch die geringere Interaktion mit der Landwirtschaft viele eine verschobene Wahrnehmung der landwirtschaftlichen Arbeit haben. Dies bemerkt er etwa bei den Erwartungen an die Arbeitsweisen von Landwirt*innen, die zum großen Teil aus den Medien, alten Filmen und Kindheitserinnerungen stammen. Entsprechend denken einige, der/die Bäuer*in

sollte ja eigentlich mit der Gabel am Acker stehen. Ich kenn keinen Bauern mehr, der mit der Gabel am Acker steht. Das ist ein schönes Bild, das wir Landwirte und auch die, die für uns Werbung machen, sehr oft präsentieren, aber was halt einfach falsch ist (B2: 8).

Hier wird deutlich, dass gesellschaftliche Anerkennung oder Ablehnung der Landwirtschaft stark abhängig ist von der Darstellung im gesellschaftlichen Diskurs und der politischen Unterstützung oder Behinderung. Werden in der öffentlichen Debatte eher die negativen Auswirkungen, die Regelverstöße und die Probleme im landwirtschaftlichen System betont, als ihre essenzielle Funktion im gesamtgesellschaftlichen Gefüge, geht damit auch eine vermehrt ablehnende Haltung der Bevölkerung gegenüber der Landwirtschaft einher (Coy 2022: 303). Während der Zeit der starken Einschränkungen durch Corona bemerkten B2, B3 und B6 einen Unterschied bezüglich der erfahrenen Wertschätzung durch die Konsumierenden im Vergleich zur vorhergehenden Lage. B3 berichtet von mehr Verständnis seitens der Kund*innen für die Arbeit, die für die Produktion der Nahrungsmittel nötig ist, da viele versucht hätten, selbst Obst und Gemüse zu pflanzen und oftmals gescheitert sind oder vom Arbeitsaufwand überrascht waren, sodass sie vermehrt die Arbeit der Bäuer*innen wieder würdigten (B3: 11). B2 und B6 erwähnen in Bezug auf Corona, dass wieder mehr Wert auf die regionale Produktion von Lebensmitteln gelegt wurde und sich dies im Absatz und in der Interaktion mit den Kund*innen widerspiegelt hat (B2: 5; B6: 6).

Eine große Rolle bei der Entfremdung der Bevölkerung von der Landwirtschaft und beim zunehmend fehlenden Verständnis der breiten Masse für die Bedürfnisse und Herausforderungen der Landwirt*innen spielen laut einigen Befragten die Medien. So erzählt

B1, dass über die Medien Falschinformationen und Angst verbreitet werden. Dafür nennt sie das Beispiel der Preiserhöhungen in den letzten Jahren, die in den Medien vielfach sehr undifferenziert behandelt wurden. So wurde laut B1 nicht klar, dass die Preissteigerungen der Lebensmittel an den Discountern liegen und nicht an den Landwirt*innen selbst (B1: 6f). B2 bezeichnet die negative Darstellung der Bäuer*innen in den Medien als „Bauern-Bashing“ und kritisiert die oft reißerischen oder gar unwahren Schlagzeilen, die Angst in der Bevölkerung schüren, ohne dabei reflektierte und detaillierte Informationen über die Landwirtschaft zu präsentieren. Dies beeinflusst fundamental das Bild von Landwirtschaft in der Gesellschaft zum Negativen (B2: 8). Eine bessere Beleuchtung beider Seiten wünscht er sich auch von NGOs, die seiner Meinung nach besonders im Tierwohlbereich sehr einseitig berichten, um Spenden gegen Tierquälerei zu sammeln und dabei weder auf die Bedingungen eingehen, die Bäuer*innen zu bestimmten Maßnahmen verleiten noch die Mehrheit der Landwirt*innen erwähnen, die sehr auf Tierwohl und Naturschutz fokussiert sind. Das Vorhaben der NGOs, die Tierquälerei zu beenden, unterstützt er generell, wünscht sich jedoch einen bedachteren Umgang mit Generalisierungen hinsichtlich der Arbeit von Bäuer*innen (B2: 8). Auch B5 beschäftigt die Darstellung der Landwirt*innen in der Öffentlichkeit. Er stört sich daran, dass es „oft in der Öffentlichkeit heißt, wir sind ja die großen Förderempfänger, was auch stimmt, nur das hat ja auch alles eine andere Seite und einen Grund“ (B5: 8). Er wünscht sich hier eine reflektiertere Darstellung der landwirtschaftlichen Fördersysteme, der Vorgänge innerhalb des Systems und der Gründe für die aktuelle Lage, anstatt die Landwirt*innen generell für den Bezug vieler öffentlicher Gelder zu verurteilen (B5: 8).

B3 zeigt im Interview die Mängel der medialen Darstellung von konventionellen Betrieben im Speziellen auf. Er beschreibt einen „Biohype“ in der Medienlandschaft, darin wird Bio, seiner Meinung nach als „immer perfekt und gut“ dargestellt, während konventionelle Landwirtschaft oft als negativer Gegenpart präsentiert wird, der die Umwelt zerstört, die Tiere quält und unproportional viele Giftstoffe spritzt. Dies führt er unter anderem darauf zurück, dass über schlechte Nachrichten viel öfter und ausführlicher berichtet wird, als über gute Nachrichten, und somit oft die Negativschlagzeilen besonders bei konventioneller Landwirtschaft dominieren, selbst wenn diese Einzelfälle vermutlich die Minderheit darstellen (B3: 28f). Nach B6 wird die kritische Rolle der Medien in Bezug auf die Landwirtschaft vernachlässigt. Sie erzählt von vielen Fernsehanfragen, um ihren Betrieb, die Landschaft und das Leben in einer Berglandwirtschaft zu zeigen. Jedoch sind diese Sendungen meist daran interessiert, die Idylle, die schöne Natur und das friedliche Leben der Bäuer*innen zu zeigen. Stattdessen wünscht sie sich, dass in diesem Rahmen auch die Probleme und Schwierigkeiten eines landwirtschaftlichen

Betriebs in benachteiligten Gebieten aufgezeigt würden. Eine solche selektive Darstellung fördert ihrer Meinung nach eine falsche Wahrnehmung der landwirtschaftlichen Arbeit in der Öffentlichkeit. Denn wenn die breite Bevölkerung hauptsächlich die unkritische Präsentation durch die Medien sieht, fehlt möglicherweise das Verständnis für Strukturanpassungsprogramme, Erhöhungen der Fördergelder oder für Proteste und Kritik seitens der Bäuer*innen am aktuellen System (B6: 23).

Dementsprechend empfinden es die Befragten als essenziell, ihre Standpunkte zu erklären, die eigenen Probleme, Bedürfnisse und Lebensrealitäten mit ihrem Umfeld und möglichst vielen Leuten zu teilen, um so wieder für mehr Kommunikation und Vermittlung zu sorgen. Dafür verwenden sie die unterschiedlichsten Kanäle, wie etwa soziale Medien (B2: 4), Kund*innenkommunikation am Bäuer*innenmarkt oder sonst in der Direktvermarktung (B3: 29; B6: 6), organisierte Veranstaltungen, wie die Lange Nacht der Demeter-Höfe (B1: 6) oder Versammlungen in der Gemeinde (B6: 7). Diese Momente nutzen sie, um den Austausch zu fördern und den Kund*innen zu erklären, was hinter den Produkten und ihrer Arbeit steckt (B1: 6). B3 betont, dass es ihm besonders wichtig sei, auf diese Weise auch gute Nachrichten über die Landwirtschaft zu verbreiten und klarzustellen, dass nicht alle in der Landwirtschaft Arbeitenden gegen die Richtlinien verstoßen oder Menschen- und Tierunwürdige Zustände schaffen. Stattdessen will er aufzeigen, dass viele Bäuer*innen sehr wohl am Erhalt der Biodiversität, am Naturschutz und am Tierwohl interessiert sind (B3: 28). Für dieses Sichtbarmachen der Probleme, Lebenslagen und Gefahren für Bäuer*innen ist es BV zufolge unerlässlich, dass sich die Landwirt*innen untereinander gut organisieren, sich gegenseitig bei ihren Herausforderungen unterstützen und dass sie dafür durch Interessensvertretungen, wie den Bauernbund oder die ÖBV einen Raum und Hilfe angeboten bekommen (BV: 2).

Die sozialen Netzwerke und die Unterstützung in der Familie, der Gemeinde oder mit anderen Betrieben werden immer wieder als sehr relevant hervorgehoben (B3: 8; B4: 10; B6: 20). Diese Art der Unterstützung ist besonders wichtig, vor dem Hintergrund, dass B4, B6 und PA sich allein gelassen fühlen. PA und B4 sprechen dies vor allem in Bezug auf zu erledigende Arbeiten im Krankheits- oder Todesfall an. Für diese Situationen fehlt es laut ihnen an einem sozialen Auffangnetz und staatlicher Unterstützung, um die Mehrarbeit und die zusätzlichen Kosten zu tragen (B4: 11) oder sich bei einer Krankheit ohne Geldsorgen auskurieren zu können (PA: 32). B6 zeigt als Grund für ihr Gefühl allein gelassen zu werden, die schwierige Vernetzung mit anderen auf Grund von geographischen Gegebenheiten und der Abgelegenheit ihres Betriebs sowie das Unverständnis und das fehlende Entgegenkommen seitens der Gemeindemitglieder für ihre Bedürfnisse (B6: 7).

5.1.1.3 Wirtschaftliche Probleme

Ein großer wirtschaftlicher Problempunkt ist die Preisgestaltung und deren Einfluss auf die finanzielle Lage der Bäuer*innen. Gerade die Preisschwankungen und die fehlende Verlässlichkeit kostendeckende Preise zu erhalten sind Herausforderungen vor dem Hintergrund der hohen notwendigen Investitionen. Diese sind nötig, um den Betrieb zu vergrößern oder an die aktuellen Richtlinien anzupassen. Die Investitionen werden meist mithilfe von Krediten getätigt, die anschließend jahrelang abbezahlt werden müssen, teils ohne die erhofften Mehrgewinne. Für viele junge Landwirt*innen ist die hohe Schuldenlast vieler Betriebe ein Argument gegen die Übernahme der betreffenden Höfe und verschlimmert somit das zuvor beschriebene Problem der Hofnachfolge (PA: 32). B5 nennt die Preisentwicklung der Milch als triftigen Grund für seinen Ausstieg aus dem Milchbereich. Die Molkereien zahlen heutzutage kleinere Beträge pro Liter als noch vor 30 Jahren, weshalb ein kleinerer Milchbetrieb ohne Förderungen nicht mehr überlebensfähig ist. Diese Abhängigkeit von Fördergeldern und die damit einhergehende langfristige Verpflichtung der Bäuer*innen im Austausch für günstige Lebensmittel für Konsumierende empfindet B5 als Belastung und wünscht sich eine Preisanpassung, damit Landwirt*innen ohne Fördergelder von den Erträgen ihrer Produkte gut leben können (B5: 8). B4 ist es auch ein großes Bedürfnis, dass Einnahmen und Ausgaben sich zumindest decken oder kostenübersteigende Erträge aus dem Betrieb abfallen, statt, so wie es derzeit der Fall ist, von Zuschüssen und Fördergeldern abhängig zu sein (B4: 4). Durch die niedrigen Preise wird der Wert der Lebensmittel stark verzerrt, was sich wiederum in der Wertschätzung der Gesellschaft gegenüber den Landwirt*innen widerspiegelt (PA: 35).

Ein Grund, der während der Interviews immer wieder für die niedrigen Preise genannt wurde, ist die internationale Konkurrenz und die Einbindung in internationale und globale Märkte. Durch den Import von Billigprodukten, die nach in Österreich unzulässigen Standards produziert werden, kämpfen die Landwirt*innen in Österreich oft mit Absatzschwierigkeiten wegen ihrer vergleichsweise hohen Preise, sehen sich gezwungen ebenfalls ihre Preise zu senken oder erhalten von Supermärkten oder Lagerhäusern so geringe Entgelte, die ihre Kosten nicht decken (B1: 12). Dies wird am Beispiel der Legehennenhaltung beschrieben. Diese ist österreichweit verboten, jedoch arbeiten zahlreiche Bäckereien nach wie vor mit importiertem Legehennen-Flüssigei, um die eigenen Produktionskosten zu senken, wodurch inländische Landwirt*innen Absatzschwierigkeiten bekommen oder sich gezwungen sehen, ihre Produkte zu niedrigeren Preisen anzubieten (B1: 12). An dem System kritisiert B2, dass Österreich das Problem der nicht-artgerechten Tierhaltung durch die Tierwohl-Zertifikate lediglich in andere

Länder auslagert, die Produkte aber weiterhin importiert werden (B2: 10). Besonders kleinstrukturierte Höfe werden durch die Exportorientierung benachteiligt. Denn „billige Lebensmittel laufen einer agrarökologischen Vielfalt und der Regionalität entgegen“ (BV: 9). Aufgrund ihrer regionalen Ausrichtung mit Schwerpunkt auf Qualität statt günstiger Massenproduktion, können Klein- und Bergbauer*innen oft preislich nicht mit importierten Waren aus dem Ausland mithalten (BV: 9).

Generell stellen die Kleinstrukturen der Betriebe die Befragten vor einige zusätzliche Herausforderungen. Diesbezüglich kritisiert B3, dass für kleine Höfe die gleichen Wirtschafts- und Bearbeitungsaufgaben gelten wie für Große. Die Lebensmittelkontrollen und zugehörigen Aufzeichnungen sind unabhängig von der Produktionsmenge. So sind für jede verkaufte Produktart die gleichen Untersuchungen durchzuführen, egal ob jeweils kleine oder große Mengen produziert werden. Dies führt zu größerem Aufwand für kleinere Landwirtschaften, die eine höhere Produktvielfalt anbieten (B3: 24). BV fügt hinzu, dass bei vielen Auflagen bemerkbar ist, dass sie auf große, industriell wirtschaftende Betriebe ausgerichtet sind und nicht auf die sehr unterschiedlichen Bedingungen von kleinbäuerlichen, vielfältigen Höfen eingehen. Auch gehen neue Richtlinien und Auflagenänderungen oft mit Investitionen einher, die für kleinstrukturierte Betriebe nicht leistbar sind (BV: 9). B1 sieht in diesen Herausforderungen einen Zwang zur Spezialisierung, um den entsprechenden Preis für die Qualität, statt für Quantität zu erwirtschaften (B1: 12).

Die landwirtschaftliche Infrastruktur wird ebenfalls in mehreren Interviews problematisiert. B4 und B6 klagen über einen Metzger*innenmangel in ihren Gegenden (B4: 5; B6: 9). Darüber hinaus beschreibt B6, dass Tierärzt*innen fehlen und „hier alles überall fehlt“. Als Folge schicken viele Betriebe ihre Tiere zur Schlachtung weg und die Lokalbevölkerung kommt kaum noch an regionales Fleisch (B6: 9). B3 betont, dass in seiner Region sowohl Maschinen als auch Arbeitskräfte fehlen und dieser Mangel seines Erachtens einer der Gründe für den Rückgang der Landwirtschaft in der Gegend ist. Für kleine Höfe wird es immer teurer, die entsprechenden Geräte zu beschaffen, da es im Umkreis keine mehr zu Leihen gibt. Dem entgegenzuwirken, bräuchten gerade kleine Betriebe große Unterstützung (B3: 39).

Der Arbeitskräftemangel und die viele Arbeit am Hof, die von wenigen Personen ausgerichtet wird, wird in sechs der acht Interviews vorgebracht. B3 hat auf Grund seiner begrenzten Zeit und der hohen Arbeitsintensität seine Flächen verkleinert und das Sortiment reduziert. Früher war die nachbarschaftliche Hilfe bei der Ernte ein wesentlicher Bestandteil, doch durch die Abwanderung und die fehlende nachfolgende Generation in der Landwirtschaft, fällt diese Stütze vermehrt weg. Saisonarbeiter*innen aus dem Ausland sind für B3 keine Option, da diese

eher in größeren Gruppen zu großen Betrieben gehen, die langfristige Arbeitsangebote stellen können. Ebenso ist für die Mithilfe auf seinem Hof viel Vorwissen in der Fleischzerlegung von Nöten (B3: 2, 8). Speziell in arbeitsintensiven Phasen, beispielsweise um Ostern herum, kommt B3 eigenen Schätzungen zufolge auf 70-90 Stunden pro Woche (B3: 13). B5 und B6 haben sich wegen Zeit- und Arbeitskräftemangel gegen eine Vergrößerung ihrer Betriebe entschieden, da sie so schon genug zu tun haben und keine Kapazität für zusätzliche Arbeit haben (B5: 3; B6: 23). B5 betont außerdem die Herausforderung der vielfältigen Einsatzbereiche der Bäuer*innen:

Du solltest am Feld gut sein, du solltest mit den Tieren gut sein, du solltest – keine Ahnung – dir deine Produkte selber herrichten, dann solltest du noch im Marketing tätig sein und im Verkauf und irgendwann ist Ende (B5: 6).

Diese Vielfältigkeit findet er schön und aufregend, aber gleichzeitig empfindet er es als herausfordernd, die Menge und die verschiedenen Anforderungen der Teilbereiche gut zu erledigen. In diesem Zuge erwähnt er erneut den hohen bürokratischen Aufwand, der besonders in der Direktvermarktung und durch die Förderprogramme viel Zeit in Anspruch nimmt (B5: 6). Er sieht stets den Zusammenhang zwischen der Arbeit und der eigenen finanziellen Lage, da er sich konstant bewusst ist, dass nur bei hohem Arbeitsaufwand ein gutes finanzielles Auskommen am Ende des Monats zu erwarten ist (B5: 10). PA sieht in dem hohen Arbeitsaufwand, den langen Arbeitszeiten und der Verantwortung für Land und Tiere weitere Gründe für die mangelnde Bereitschaft von jungen Leuten in die Landwirtschaft einzusteigen (PA: 33).

In einigen Interviews wird außerdem das Thema der Nebenerwerbslandwirtschaft problematisiert. Die Befragten sind sich einig, dass die Personen, die neben einem anderen Job zusätzlich einen landwirtschaftlichen Betrieb führen, viel Respekt verdient haben, da sie sowohl den Großteil ihrer eigentlichen Freizeit als auch viel von ihrem im Haupterwerb verdienten Geld in die Landwirtschaft investieren und dadurch eine Doppelbelastung schultern (B5: 9; B6: 4). Dennoch sehen gerade diese sich vielen Hürden gegenüber, die zu gewissem Maß mit der oben beschriebenen Entfremdung zwischen Bäuer*innen und der restlichen Bevölkerung zu tun haben. Als Beispiel hierfür nennt B6 das fehlende Verständnis von Arbeitgeber*innen im Falle eines Notfalls oder wetterbedingten Planänderungen am Hof. Diese Wetterabhängigkeit bei bestimmten Tätigkeiten in der Landwirtschaft ist Menschen, die nicht in der Landwirtschaft arbeiten, oft nicht bewusst, daher zeigten ihre ehemaligen Arbeitgeber*innen wenig Entgegenkommen bei spontanen Anfragen nach Dienstplanänderungen. Dies führt sie auf das

fehlende Verständnis der restlichen Bevölkerung gegenüber der landwirtschaftlichen Arbeit zurück (B6: 1).

5.1.1.4 Ökologische Probleme

Der Klimawandel und seine Auswirkungen werden in mehreren Interviews thematisiert. Für B1 ist der Klimawandel sehr deutlich spürbar: „die Wetterextreme werden immer mehr, dass lange Trockenphasen und schwere Gewitter im Sommer sind, viel mehr Wind gibt es mittlerweile, das heißt es gibt mehr Winderosion“ (B1: 8). Sie versucht auf ihrem eigenen Land den Veränderungen bestmöglich entgegenzuwirken und das Kleinklima zu fördern. Dennoch ist die Klimaerwärmung ihre größte Angst, da die Folgen noch unbekannt sind und sie selbst nicht viel dagegen tun kann (B1: 12). Auch B5 merkt deutliche klimatische Veränderungen in den letzten Jahrzehnten. Dies macht er an einer früheren Schneeschmelze und den entsprechend etwa zwei Wochen früheren Almauftrieben der Kühe fest. Gleichzeitig muss er die Kühe circa eine Woche früher herunterholen (B5: 4). Außerdem beschreibt er es als neues Problem, dass auf den Almen das Wasser knapp wird, da immer weniger Schnee fällt und in der Folge die Bergbäche versickern. Eine für ihn positive Folge der höheren Temperaturen ist, dass er seine Grünflächen drei- bis viermal im Jahr mähen kann, nicht mehr nur zweimal, so wie früher. Somit erhält er einen höheren Ertrag pro Hektar (B5: 4).

B4 wünscht sich eine entsprechende Richtungsänderung der Politik hin zu einer ökologischen Landwirtschaft und zum Schutz der Böden und der Biodiversität. Sie gibt der industriellen und intensiven Landwirtschaft eine Mitschuld am schlechten Zustand der Natur und sieht den Klimawandel als Bestätigung dessen, dass das aktuelle System so nicht weiter gehen kann (B4: 7). Hier spielt besonders die Abhängigkeit der Bäuer*innen von einem funktionierenden Ökosystem eine große Rolle. Selbst innerhalb Österreichs ist die Bevölkerung mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen und Konsequenzen des Klimawandels konfrontiert, denn die Menschen sind der ökologischen Krise nicht gleich stark ausgesetzt (Dietz/Wissen 2022: 53). Da Landwirt*innen direkt abhängig sind von gesunden Böden, dem Erhalt der Biodiversität und einem funktionierendem Ökosystem, sind sie früher und stärker von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen als andere Berufsgruppen.

In der Bodenversiegelung und der Aufgabe von landwirtschaftlich genutzten Flächen sehen die Befragten ebenfalls ein großes ökologisches Problem. B6 nennt die Umwandlung von Feldern und Wiesen in Parkplätze oder Straßen als Beispiel für zunehmende Bodenversiegelung zugunsten von wirtschaftlichen Interessen (B6: 5). B3 sorgt sich besonders um die Pflege der Flächen der aufgegebenen Höfe. Zwar werden die ebenen Felder von einem großen Betrieb

übernommen, dieser hat jedoch nicht die Gerätschaften, um steile oder verwinkelte Gebiete zu bewirtschaften und zu pflegen. Folglich werden gerade die schwer zugänglichen Flächen ohne die Pflege der Bäuer*innen verwalden und verbuschen. Wenn dort nicht gerade Wald gepflanzt wird, braucht es regelmäßige Pflege oder Bewirtschaftung, um eine Verwilderung der Gegenden zu verhindern (B3: 37). B5 denkt bei der Flächenstilllegung und -versiegelung zuallererst an die Ernährungssicherheit. Diese wird seiner Meinung nach in den kommenden Jahrzehnten durch den Klimawandel wieder schwieriger zu gewährleisten sein. Deshalb sieht er es besonders kritisch, produktive Flächen zu versiegeln oder aus der landwirtschaftlichen Bewirtschaftung herauszunehmen (B5: 15).

Während der Interviews werden auch Probleme innerhalb der Landwirtschaft als Treiber des Klimawandels ausgemacht. Drei der Befragten identifizieren die niedrigen Preise für landwirtschaftliche Produkte als Grund für umweltschädliche Produktionsweisen. B4 kritisiert in diesem Zuge stark die Massenproduktion und den Zwang zu ständigem Wachstum, Vergrößerung, Erweiterung und Kostenoptimierung. Der Druck kommt ihrer Meinung nach durch die tiefen Preise, denn erhält man die nötige Entlohnung nicht für die Qualität, muss man es über Quantität wettmachen. Dies verhindert oft die Umsetzung von ökologischeren, nachhaltigeren und weniger intensiven Wirtschaftsweisen. Andere Landwirt*innen erzählen ihr anscheinend oft: „Ich würde so gern anders wirtschaften, mehr in eine ökologische Richtung, aber ich habe einen Kredit rennen, ich brauch das Geld“ (B4: 8). Auch B2 sieht ökologische Missstände in der Landwirtschaft als direkte Folge der Preispolitik, denn die Bäuer*innen „müssen ja ihre Tiere ausnützen, die müssen ihren Boden ruinieren, sonst können die sich das nicht leisten“ (B2: 8). Gleichzeitig schieben B2 und B3 Verbraucher*innen eine Mitschuld zu, da sie durch ihr Konsumverhalten und den Fokus auf möglichst günstige Lebensmittel eine hochwertigere Produktion verhindern. Außerdem behauptet B2, dass Landwirt*innen, wie andere Unternehmer*innen ebenfalls, nur so produzieren, wie sie ihre Ware absetzen können. Dementsprechend sieht er eine Verantwortung bei den Konsumierenden, nur Produkte zu kaufen, deren Produktionsstandards sie vertreten können, da somit die Bäuer*innen gezwungen wären ihre Produktionsweise entsprechend anzupassen (B2: 9; B3: 30). Dieser gesamte Prozess beruht auf der Ausbeutung und der Beherrschung der Natur, die zur Verschlechterung der Bodenqualität und somit zur Verminderung oder zum Verlust der Lebensgrundlage der Bäuer*innen führt. Gleichzeitig beschert sie den preissetzenden Akteur*innen oder Kreditgeber*innen hohe Gewinne und erlaubt somit eine Akkumulation auf Kosten der Bodendegradation (Dietz/Wissen 2022: 53).

Darüber hinaus merken BV und PA kritisch an, dass Maßnahmen zur ökologischen Gerechtigkeit und Umweltschutz vielfach die soziale Dimension außen vor lassen. Denn über die Arbeit der Landwirt*innen und deren Entlohnung sind diese beiden Dimensionen unweigerlich miteinander verknüpft. Wie am Beispiel der Preisgestaltung beschrieben, leidet die ökologische Dimension unter sozialen Missständen, wie eine ungerechte Bezahlung der landwirtschaftlichen Arbeit (BV: 5). Mit einem erhöhten Fokus auf soziale Fragen, soziale Absicherung und deren Einfluss auf ökologischen Fragen könnte man laut PA in beiden Bereichen große Fortschritte erzielen und zum Erhalt der ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft beitragen. Denn sind die Landwirt*innen selbst gut versorgt und abgesichert, anstatt sich ständig Sorgen um ihr finanzielles Auskommen und ihre soziale Absicherung in Zukunft machen zu müssen, könnten sie ihren Hof entsprechend ihren eigenen Vorstellungen stärker auf Naturschutz und Tierwohl ausrichten, anstatt gezwungener Weise auf gewinnmaximierende Massenproduktion (PA: 10).

5.1.2 Erfüllte Bedürfnisse

5.1.2.1 Politische Aspekte

Auch wenn in Kapitel 5.1.1.1 viele Punkte genannt wurden, die im Bereich der politischen Vertretung und der Agrarpolitik problematisch sind, beschreibt B5 die vielen Möglichkeiten, seine eigene Meinung anzubringen als positiven Aspekt. Gelegenheiten dazu bieten sich ihm etwa bei Versammlungen des Bauernbunds und bei Sitzungen der Landwirtschaftskammer. Besonders schätzt er dabei, dass man auf diesem Weg von den anwesenden Politiker*innen und Verantwortlichen sofort eine Antwort auf die angesprochenen Themen bekommt. Deswegen empfindet er diese Art der Problembesprechung gewinnbringender als seine Meinung über Zeitungen oder soziale Medien kundzutun (B5: 12). B3 hebt die politische Vertretung der Direktvermarktenden als positives Beispiel hervor. Hier betont er, dass für direktvermarktende Kleinbäuer*innen einige erleichternde Maßnahmen durchgesetzt wurden. Zum Beispiel, dass Marmelade als Fruchtaufstrich verkauft werden kann, um die aufwändige, obligatorische Zutatenliste der Konfitüre zu vermeiden, die besonders für kleine Betriebe schwierig ist (B3: 25).

Einen weiteren positiven politischen Aspekt sehen B5 und B6 in den Richtlinien und deren Kontrolle. Diese sind zwar, wie oben erwähnt, sehr aufwendig und teils eine hohe Überwachung, jedoch sind die Bäuer*innen froh, dass an kleinen wie großen Betrieben

ausführlich kontrolliert wird, um so Hygiene und Nachhaltigkeit zu fördern und zu garantieren (B6: 13; B5: 12).

5.1.2.2 Soziale Aspekte

Die Vernetzung unter den Bäuer*innen scheint sehr gut zu funktionieren. Es werden viele unterschiedliche Arten von Netzwerken und der gegenseitigen Unterstützung in den Interviews erwähnt. Hier wird mehrfach beschrieben, dass die Organisationen zwar meist klein sind, aber gute Arbeit leisten. Sie sind ein wichtiger Anlaufpunkt für die Befragten, um sich auszutauschen über bessere Wirtschafts- und Produktionsmöglichkeiten, den Umgang mit Wetterlagen oder neuen Gesetzen und sonstigen Sorgen und Problemen. Als Beispiel nennt B5 den kleinen, aber gut organisierten Bauernbund (B5: 11). Hier können alle Beteiligten im Rahmen der jährlichen Bezirkskonferenz die eigenen Themen ansprechen und erhalten viele Informationen. Solche Versammlungen gibt es auch auf Landes- und Ortsebene (B5: 11). B6 hebt besonders die Landwirtschaftskammer hervor, die ihr eine große Hilfe beim Ausfüllen der Förderanträge ist (B6: 20). Die Ausleihe von Maschinen und anderer Ausrüstung über den Maschinenring ist ebenso von großer finanzieller Bedeutung für die Befragten (B2: 11; B3: 24; B4: 10).

B1 zieht einen großen Nutzen aus der weltweiten Vernetzung durch den Demeterverband. Dessen jährliche Arbeitstage dienen dem Austausch und der Unterstützung. Dort können auch Kurse und Vorträge besucht und Beratungsmöglichkeiten in Anspruch genommen werden. Außerdem schreibt Demeter in Österreich Hofentwicklungsgespräche vor. Dabei treffen sich jeweils drei oder vier Landwirt*innen auf den einzelnen Betrieben, um Möglichkeiten für die Weiterentwicklung der jeweiligen Höfe sowie Kernfragen und Problematiken zu besprechen. Abgesehen davon bietet Demeter eine Vermarktungsgemeinschaft und verschiedene Arbeitsgruppen an (B1: 9). Den genannten Netzwerken ist gemein, dass der Informationsaustausch, sei es über soziale Medien oder bei persönlichen Treffen eine wesentliche Rolle spielt. Alles in allem ist es für die Befragten von großer Wichtigkeit sich gut untereinander und nach außen hin zu vernetzen, um ihren Alltag möglichst gut bewältigen zu können und ihre Lage für die Politik und die restliche Gesellschaft darstellen zu können. Dafür erhalten sie durch Interessensvertretungen, wie etwa die ÖBV, Unterstützung. Hier wird der Raum für Dialog und Diskussionen geboten und Hilfestellung bei der Vernetzung mit Personen und Gruppen mit ähnlichen Interessen und Bedürfnissen gewährt. So wird die Selbstorganisation der Bäuer*innen gefördert (BV: 2).

Positiv hervorgehoben wird in mehreren Interviews die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung in der Familie, der Nachbarschaft und der Gemeinde. Es wird die wichtige

mentale Unterstützung sowie die gelegentliche Hilfe am Betrieb durch Familie und Nachbar*innen erwähnt. Diese wird zwar durch den allgemeinen Rückgang der Landwirtschaft weniger, ist jedoch nach wie vor in arbeitsintensiven Zeiten eine essenzielle Stütze (B4: 1; B3: 8; B1: 8). Auch Verständnis, Wertschätzung und Hilfe innerhalb der Ortschaft wird als essenziell beschrieben. Besonders in Platzfragen hebt B6 die Rolle der Gemeinde hervor, um beispielsweise den Raum für das Futterlager vor den Plänen zu bewahren, die Parkplätze für Freizeitsportler*innen zu vergrößern (B6: 6).

Wie zuvor erläutert, empfinden es viele der Befragten jedoch nicht ausschließlich als Problem oder Herausforderung, zu weiten Teilen auf sich allein gestellt zu sein. Vielmehr genießen sie die daraus resultierende Freiheit und Selbstständigkeit, die dem bäuerlichen Arbeiten von jeher inhärent ist. Sie betonen, dass sie keine Marionette sein wollen und ihren eigenen Betrieb nach ihren Vorstellungen führen möchten (B6: 22). Dass sie sich ihre Arbeit und ihren Tag weitestgehend selbst einteilen können, sehen sie als Vorteil (B5: 12). B3 genießt als sein eigener Chef nicht nur die Freiheiten der Zeiteinteilung und die Option, jederzeit beschließen zu können, weniger oder anders zu arbeiten (B3: 13).

5.1.2.3 Wirtschaftliche Aspekte

In Hinblick auf die Wirtschaftlichkeit der landwirtschaftlichen Tätigkeit, betonen alle Befragten, von ihrem Betrieb im Vollerwerb gut leben zu können. Dies setzt ein sehr bedachtes Wirtschaften und einen bescheidenen Lebensstil voraus. Zusätzlich beschreiben B5 und B6 anteilig auf Förderprogramme angewiesen zu sein. Alle Interviewpartner*innen überlegen genau, wo und wie sie Geld einsparen können. B6 beispielsweise achtet darauf, die Weiden erst zu mähen, wenn alles schon vollständig ausgesamt ist, damit sie keine neuen Samen kaufen muss. Außerdem kauft sie kein Futter für ihre Tiere dazu, sondern verfüttert nur das, was sie selbst erwirtschaftet (B6: 8). B4 erklärt, dass sie Geräte möglichst lange nutzt und repariert, um keine Extrakosten für neue Maschinen tragen zu müssen. Außerdem hat sie sich aus finanziellen Gründen dagegen entschieden zusätzliche Flächen zu pachten, um keinen Kredit abzahlen zu müssen (B4: 7). B2 spart währenddessen hauptsächlich an Pflanzenschutzmitteln und versucht diese so weit es geht durch Nützlinge und Unkraut zu ersetzen, da diese viel günstiger und umweltfreundlicher sind (B2: 6).

Die Zusammenarbeit zwischen Bäuer*innen findet B3 sowohl für das soziale Miteinander als auch für die wirtschaftliche Entlastung wichtig. Als Beispiele nennt er gemeinsame Großeinkäufe mit günstigeren Preisen durch Mengenrabatte, die gegenseitige Unterstützung und Vertretung im Verkauf am Markt oder sogar eine wirkliche Arbeitsteilung in manchen

Projekten, indem alle Beteiligten sich auf bestimmte Teilbereiche spezialisieren, somit Kosten einsparen und sich die Arbeit aufteilen können (B3: 21). Dennoch sind die Befragten stolz, ihren Betrieb im Vollerwerb führen zu können.

Ein wichtiger Aspekt für das finanzielle Auskommen aller Befragten ist die Direktvermarktung. Ihr ist es zu verdanken, dass die Landwirt*innen mehr Einnahmen verzeichnen als bei einer Vermarktung über den Handel. Dies liegt daran, dass sie die Preise selbst festlegen können. Das ist besonders für kleine Betriebe wichtig, da sie keine großen Mengen produzieren, sondern eher auf Qualität setzen und dementsprechend höhere Preise verlangen können, als sie beispielsweise von Molkerei, Lagerhaus oder Supermarkt diktiert bekämen (B2: 7; B3: 2; B6: 3). B2 konnte durch die Direktvermarktung sogar seine Flächen verkleinern und weniger Marktfrüchte anbauen bei einem höheren Verdienst (B2: 7). B3 und B5 erkennen an, dass ihre kleinstrukturierten Betriebe nicht überlebensfähig wären, beziehungsweise es finanziell nicht tragbar wäre diese im Vollerwerb zu führen, würden sie nicht direkt vermarkten (B3: 2; B5: 1). Um darüber hinaus zusätzliches Einkommen zu generieren, finanziell abgesichert zu sein und einen gewissen Puffer zu haben, setzen die Befragten auf unterschiedliche Maßnahmen. Für B3 und B6 sind Ferienwohnungen am eigenen Hof ein wichtiger Faktor, um ein ausreichendes ökonomisches Auskommen zu erwirtschaften. Beide sehen das als gute Möglichkeit, mit überschaubarem Arbeitsaufwand zusätzliches Geld zu verdienen (B6: 11; B3: 4). Während der Interviews werden noch viele weitere Arten genannt, wie die Befragten ihr Einkommen aufbessern. B6 verkauft zum Beispiel das Heu, welches sie auf ihren Flächen abmähen, aber selbst nicht mehr verfüttern können, über einen Online-Shop an Kleintier-Besitzer (B6: 3). B5 stellt Pferdeboxen für Einstell-Pferde an seinem Hof zur Verfügung, um so Zusatzeinkommen mit wenig Aufwand zu generieren (B5: 5). B4 bessert ihr Einkommen mit der Pension ihres Mannes und mit verschiedenen Schreib- und Kabarett-Projekten auf (B4: 7). Insgesamt ist ersichtlich, dass die befragten Landwirt*innen darauf achten, mehrere wirtschaftliche Standbeine haben, um ihre Einkommensquellen auszuweiten, zu diversifizieren und somit ihr Einkommen abzusichern.

Trotz der beschriebenen Maßnahmen des bedachten Wirtschaftens und der verschiedenen Einkommensquellen, betonen B5 und B6 die große Bedeutung der Förderungen für ihre finanzielle Sicherheit. Sie beziehen 30 - 40% ihres Einkommens aus Fördergeldern verschiedener Programme. Mit der derzeitigen Preisgestaltung und ihren eigenen Kosten kämen sie ohne staatliche Unterstützung und Ausgleichssysteme nicht über die Runden und heben deswegen die Relevanz dieser Programme mehrfach hervor (B5: 8; B6: 22). Hier ist anzumerken, dass beide Interviewpartner*innen, die diesen Aspekt vielfach betonen, reine

Mutterkuhbetriebe in Berggebieten betreiben. Besonders B5 bringt die Fläche in Zusammenhang mit der Produktivität und dem Ertrag, indem er den eigenen Betrieb mit vielen Steilhängen mit geringem Ertrag in Relation setzt zu Bäuer*innen in Gebieten,

wie Oberösterreich oder Niederösterreich. Die haben Ackerbau, die Mais haben, die selber Getreide haben, die produzieren natürlich ganz andere Mengen auf den Hektar, mehr Milch auf den Hektar, mehr Fleisch auf den Hektar (B5: 9).

Entsprechend kann daraus geschlossen werden, dass besonders Bergbäuer*innen in diesen topographisch benachteiligten Regionen auf Fördermittel angewiesen sind, um die vergleichsweise niedrige Produktivität ihrer Flächen auszugleichen. Andererseits wurden diese beiden Interviews als letztes geführt und somit kann hier mehr Vorwissen und unterschiedliche Schwerpunktlegung während der Interviews zu einer Vertiefung des Themas geführt haben, sodass Förderprogramme für die vorhergehenden Interviewpartner*innen möglicherweise ebenfalls relevant sind, aber nicht in gleichem Maße zur Sprache kamen.

5.1.2.4 Ökologische Aspekte

Auf Grund der Tatsache, dass alle Befragten von der Gesundheit ihrer Tiere und ihrer Böden abhängig sind, spielen ökologische Faktoren in ihrer aller Alltag eine große Rolle. In den Interviews nimmt die Beschreibung der eigenen ökologischen Ansprüche jeweils eine große Rolle ein. Diese sehen je nach Betriebsart, regionalen Gegebenheiten und Zertifizierung sehr unterschiedlich aus. So liegt beispielsweise bei B1 der Fokus ihrer ökologischen Bemühungen auf der Fruchtbarkeit des Bodens. Da sie sich in einer Region mit eher sauren Böden und klimatisch schwierigen Bedingungen befindet, arbeitet sie daran, den Humus-Gehalt des Bodens durch Kompostieren, spezielle Fruchtfolgen und Begrünungsmischungen zu erhöhen, somit ihr Land fruchtbar zu halten und das Kleinklima zu verbessern (B1: 13). B4 ist besonders der Erhalt und die Förderung der Biodiversität und der Artenvielfalt ein Anliegen. Zu deren Schutz achtet sie darauf, vielfältige Lebensräume zu schaffen, anstatt eine möglichst ebene, gleichförmige und einfach zu bewirtschaftende Fläche zu haben (B4: 14). Die beiden befragten konventionellen Bauern möchten so wenig chemischen Dünger wie möglich verwenden und lehnen großteils auch biologischen Dünger ab, da sie lieber weniger düngen und somit weniger ernten, als mit Schwefel, Kupfer oder Rapsöl zu spritzen, um eine größtmögliche Ernte einzufahren (B2: 11; B3: 26).

Ein wichtiger Punkt für die Bäuer*innen, die Tiere halten, ist das Tierwohl. Für B6 bedeutet dies, die Jungtiere so lange die Mutterkuh möchte bei der Mutter zu lassen und den Prozess der

Schlachtung weitestgehend stressfrei zu gestalten, indem sie an ihrem Hof den gesamten Vorgang mehrfach mit den Tieren üben und die Schlachtung selbst machen, anstatt die Kühe unvorbereitet weit weg zu fremden Personen zu schicken (B6: 8). Des Weiteren betont sie die Symbiose, die sie als Landwirt*innen mit ihren Tieren eingehen. Diese Verbindung ist ihr sehr wichtig, um auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Tiere besser eingehen zu können und dafür zu sorgen, dass es allen gut geht (B6: 15).

Ein Aspekt, den alle Befragten gemeinsam haben, ist dass sie gesunde Lebensmittel produzieren wollen, die sie selbst gerne ohne Bedenken essen können, dass sie selbst nicht mit den Giften hantieren, und somit eine gesunde Lebensgrundlage schaffen wollen (B1; B2: 6; B4: 8). Insgesamt legen sie alle den Schwerpunkt auf die Qualität ihrer Produkte, anstatt Quantität zu produzieren. Dafür nutzen sie lieber weniger Pflanzenschutzmittel oder (biologische) Dünger und fahren folglich oft geringere Erträge ein, als sie könnten. Jedoch priorisieren sie den Geschmack, die hochwertige Qualität der Produkte und die nachhaltige Nutzung der Böden sowie das Tierwohl (B1: 2; B2: 2; B3: 26; B4: 8; B5: 15; B6: 8). Über die hohe Qualität ihrer Produkte differenzieren sie sich von anderen und verdienen auf diese Weise ihren Lebensunterhalt, statt auf Ertragsoptimierung zu pochen (B3: 26). So finden die Befragten jeweils ihre eigenen Schwerpunkte und Auslegungen der Vorgaben, um ihren persönlichen ökologischen Ansprüchen gerecht zu werden.

5.2 Bereits etablierte Lösungsansätze

Für die oben beschriebenen Probleme gibt es bereits strukturelle und institutionelle Lösungsansätze, die in den Interviews als hilfreich erwähnt werden. Zu diesen Lösungen zählen die Direktvermarktung und die Bio-Zertifizierung. Diese Konzepte stellen marktkonforme Lösungen dar, die sehr liberal ausgerichtet sind, entsprechend nicht mit Verboten arbeiten. Diese beiden existierenden Formen der Governance bedürfen viel Eigeninitiative der beteiligten Bäuer*innen, sind jedoch nicht gänzlich individualisiert, sondern suchen auf kollektiver und institutioneller Ebene nach Lösungen und Verbesserungen der aktuellen Lage. Dabei ist es zu unterschiedlichem Ausmaß notwendig die kollektive Agency, also die Wirk- und Handlungsmacht, zu den Landwirt*innen selbst zu verschieben, die sich zuvor bei transnationalen Konzernen und (inter-)nationalen Agenturen und politischen Gremien befand. Die beiden in den Interviews genannten Lösungsansätze sollen nachfolgend mit Hilfe der Politischen Ökologie mit Blick auf die vier Dimensionen, Politisches, Soziales, Wirtschaftliches und Ökologisches, untersucht werden. Die Chancen und Defizite der

jeweiligen Konzepte zeigen sich auch in ihren Beiträgen zum Empowerment der Bäuer*innen, der Verschiebung des zeitlichen Fokus, der Förderung der Sozialität, den gesellschaftlichen Naturverhältnissen sowie der Handlungsmacht der Betroffenen.

5.2.1 Direktvermarktung als Lösungsansatz

Dinge, die während der Interviews als gut funktionierend und positiv am aktuellen System beschrieben werden, beinhalten Verhaltens- und Produktionsweisen, die als direkte Antwort auf zuvor genannte Probleme im landwirtschaftlichen System angesehen werden können. Hierzu zählt die Direktvermarktung und deren Auswirkungen auf die Konsument*innen und die Landwirt*innen. Besonders positiv hervorgehoben wurde der verstärkte Kontakt zu Kund*innen durch die Direktvermarktung (B1: 6; B2: 7f; B5: 6; B6: 9). Auf Grund dieses persönlichen Aufeinandertreffens fühlen sich die befragten Bäuer*innen besser verstanden und mehr geschätzt. Denn während dieser Interaktion besteht für sie die Möglichkeit zur Erklärung der eigenen Produktionsweise, womit die Käufer*innen den Preis und die Gründe dafür besser nachvollziehen können (B2: 8). Auch bietet dieser Rahmen für die Landwirt*innen den Vorteil, dass sie sich und ihre Wirtschaftsweise selbst direkt rechtfertigen und erklären können und so gegebenenfalls Lob oder Kritik aus erster Hand erfahren. Diese Interaktion mit den Konsumierenden schätzen die Befragten sehr, da auf diese Weise die Anonymität des Großhandels durch persönliche Beziehungen ersetzt wird. Dies war für alle Befragten einer der Hauptgründe für die Einführung der Direktvermarktung und ist für sie nach wie vor einer der Hauptvorteile (B2: 10; B3: 29; B5: 6).

Für die Konsumierenden entstehen laut den befragten Bäuer*innen durch die Direktvermarktung ebenfalls viele Vorteile. Dazu gehört beispielsweise eine höhere Produktvielfalt, da die Landwirt*innen auf diese Weise Produkte anbieten können, die Supermärkte nicht ins Sortiment aufnehmen (B2: 1). Auch die Lieferung nach Hause in der gewünschten Portion und Zubereitung ist durch den direkten Verkauf möglich (B6: 8). Darüber hinaus ist es für die Kund*innen oftmals günstiger bei den Landwirt*innen direkt einzukaufen. Denn auf diesem Wege werden keine Zuschläge durch die Supermärkte für deren Gewinn auf den Produktpreis aufgeschlagen (B2: 4). Dies war vor allem während der hohen Inflation ein Thema, da Lebensmittel in den Supermärkten deutlich teurer geworden sind, bei den Bäuer*innen direkt jedoch nicht (B1: 7). Zusätzlich wissen die Konsumierenden dank der Direktvermarktung genau, was sie kaufen und wie es produziert wurde, denn sie können einfach nachfragen und sich fundiert für die Produktionsweise der einzelnen Bäuer*innen und deren

Produkte entscheiden (B2: 5). Diese bessere Nachvollziehbarkeit der Herkunft und Herstellungsart der Produkte ersetzt auch vielfach die Notwendigkeit eines offiziellen Zertifikats, da durch die Nähe zu den Produzierenden die Möglichkeit besteht, Fragen zu stellen, die Betriebe selbst zu besuchen und auf diese Weise den Wert der Lebensmittel besser zu verstehen und zu schätzen (B5: 6).

Als Nachteil der Direktvermarktung wurde mehrfach der zusätzliche Aufwand genannt. So kostet es Zeit, den Hofladen zu betreiben (B1: 1), auf den Markt zu fahren (B2: 1; B3: 4) oder die Produkte zu den Kund*innen zu bringen (B6: 8). Diese Arbeitszeit fällt zusätzlich durch den Vermarktungsstil an. Die Art der Direktvermarktung wird bei den Befragten vielfach durch Zeit- oder Kostenfaktoren bestimmt. Während B1 einen Hofladen mit begrenzten Öffnungszeiten betreibt (B1: 1), kommt dies für B5 wegen des zeitlichen Mehraufwands nicht in Frage (B5: 6). Hinzu kommen noch verpflichtende Schulungen, wie die HACCP-Schulung, und zusätzliche Kontrollen durch Lebensmittelinspektor*innen, die bei einer Vermarktung über den Handel nicht vorgeschrieben sind (B2: 1). Weiter betonen die Befragten, dass die Direktvermarktung viel bürokratischen Aufwand nach sich zieht. Der gesamte Warenfluss ist aufzuzeichnen und je größer die Produktvielfalt, desto aufwändiger die Aufzeichnungen (B1: 4; B5: 6f). Dennoch überwiegen die Vorteile dieser Vermarktungsart für die Befragten.

Durch die Direktvermarktung gelingt es den Bäuer*innen die Handlungsmacht, also die Agency in einigen Bereichen von nationalen oder globalen Akteur*innen hin zu sich selbst oder zu lokalen oder regionalen Zusammenschlüssen zu verschieben. Dies schaffen sie beispielsweise mithilfe der Preisgestaltung, die einen fundamentalen Einfluss auf ihre wirtschaftliche Lage hat. Vertreiben die Landwirt*innen ihre Produkte selbst am Bäuer*innenmarkt oder am Hof, können sie einen für sie passenden Preis festlegen, anstatt über den Handel zu verkaufen und abhängig von der Preisgestaltung der Supermarktketten zu sein. Diese zurückgewonnene Macht wird in allen Interviews als sehr relevant hervorgehoben, da so ein gerechter Preis für die eigenen Produkte erhoben werden kann. Dadurch können die Produzierenden besser von ihrer Arbeit leben, selbst wenn sie einen kleinen Betrieb besitzen, von dessen Ertrag sie bei einer Vermarktung nur über den Handel nicht leben könnten (B3: 5; B5: 1; B6: 3). Diese Möglichkeit der Bestimmung der Preise und der Produktions- und Verkaufsbedingungen trägt zum Empowerment der Bäuer*innen bei. Die wirtschaftliche Selbstbestimmung wird gepaart mit einer gewissen sozialen Entscheidungshoheit, da die Direktvermarktenden eigenständig über ihre soziale Stellung, Präsentation und Kommunikation in ihrem Verkaufsumfeld und gegenüber ihren Kund*innen entscheiden können. Dies kann als kollektiver Machtzuwachs

interpretiert werden, da Alternativen zum aktuellen Umgang mit strukturellen Ungleichheiten entworfen und umgesetzt werden (Ruiz Peyré/Schmitt 2022: 352).

Auf diese Weise wird auch die Sozialität der Bäuer*innen gefördert. Durch den engeren Kontakt mit den Kund*innen und die Möglichkeit des direkten Feedbacks für ihre Produkte, erhalten die direktvermarktenden Landwirt*innen die Anerkennung für ihre Arbeit nicht nur rein monetär, sondern persönlich durch das Feedback wiederkehrender Konsument*innen. Da die Landwirt*innen auf diesem Weg ebenfalls von ihren Herausforderungen und Problemen erzählen können, gibt es möglicherweise vermehrt Unterstützung und mehr Verständnis seitens der Kund*innen (B2: 3). Dies kann Auswirkungen haben auf die bisher weitverbreitete Kritik und Ablehnung der aktuellen Form der Landwirtschaft, die durch deren schlechte mediale Darstellung gefördert wird. Durch engeren Kontakt zwischen Produzierenden und Konsumierenden, kann wieder mehr Anerkennung für die schwere Arbeit für fertige, gesunde und leckere landwirtschaftliche Produkte entstehen.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Direktvermarktung den Landwirt*innen viele Vorteile bietet und ihre Lage besonders in Hinblick auf die finanzielle und soziale Situation verbessert. Dennoch besteht Verbesserungsbedarf in vielen der Probleme, die im vorhergehenden Kapitel beschrieben wurden, wie beispielsweise der Wunsch nach der Erweiterung des politischen Raumes und nach einem Fokus auf zukünftige ökologische Verbesserungen im Betrieb.

5.2.2 Bio-Zertifizierung als Lösungsansatz

Die zertifizierte biologische Landwirtschaft kann als weiterer aktueller Lösungsansatz für bestehende landwirtschaftliche Probleme gesehen werden. Besonders die ökologischen Bedenken werden hiermit adressiert, da der Fokus auf dem Erhalt der Biodiversität, dem Schutz der Tiere und der Natur liegt. Dieser Schwerpunkt spiegelt sich auch in den Beweggründen der Befragten Bio-Bäuer*innen zur Umstellung auf die Bio-Produktion wider. Sie sind überzeugt, dass die Bio-Landwirtschaft ein wichtiger Schritt für den Naturschutz und den Erhalt der fruchtbaren Böden ist, die ihre Lebensgrundlage darstellen (B1: 12). Die Umstellung des Betriebs selbst empfanden die Befragten nicht als schwierig, wobei der Aufwand mit der Betriebszusammensetzung verbunden ist, da eine vielfältigere Produktion mit Ackerbau einen komplizierteren Prozess zufolge hat als ein Grünlandbetrieb mit Mutterkuhhaltung (B4: 9; B5: 13).

In Bezug auf die Standards und die Kontrolle der Bio-Produktion gibt es ebenfalls stark variierende Rückmeldungen während der Interviews. Grundsätzlich ist die vorherrschende Meinung, dass eine Kontrolle für die Einhaltung der Standards generell wichtig und richtig ist, mit dem Verweis auf den Schutz der Tiere (B6: 13), der Böden und der Natur (B1: 13). Auch der Schutz der Konsument*innenrechte wird genannt, dass diese darauf vertrauen müssen die versprochene Qualität zu kaufen (B2: 9). In Hinblick auf den Aufwand der Kontrollen sind große Unterschiede sichtbar geworden. Während B1 über die langwierige und aufwändige Kontrolle klagt, melden die anderen Befragten mit Bio-Betrieben zurück, dass der Prozess an sich nicht allzu anstrengend sei (B4: 9; B5: 13; B6: 13). Diese unterschiedlichen Meinungen lassen sich vermutlich auf die Größe der Betriebe und die Vielseitigkeit der Produktion zurückführen. So scheint es, die Bio-Kontrolle ist für reine Tierhaltungsbetriebe oder kleinere Betriebe nicht so viel Aufwand, wie für einen größeren Betrieb mit Ackerbau und einer Vielzahl an Produkten. Dennoch sind sich alle Bio-zertifizierten Betriebe einig, dass die Bürokratie, die Aufzeichnungen und die Überwachung zugenommen haben (B1: 3; B4: 12; B5: 7). Dies stellt insofern ein Hindernis für die Betroffenen dar, da sie ohnehin schon über den bürokratischen Aufwand klagen und immer wieder betonen, dass ihre Zeit sehr knapp ist, um ihren landwirtschaftlichen Betrieb zu führen und sämtliche anfallenden Aufgaben gut zu erledigen (B4: 15; B5: 6). Durch die vielen detaillierten Richtlinien, die benötigten Aufzeichnungen und die genaue Kontrolle vor Ort geht ihnen wiederum viel Zeit verloren, die sie ihrer Meinung nach besser für andere Arbeiten aufwenden könnten (B1: 4).

Seitens der beiden Interviewten, die nicht bio-zertifiziert sind, werden generelle Zweifel an der Glaubwürdigkeit und der Sinnhaftigkeit des Bio-Siegels geäußert. Zum einen werden Beispiele ausbleibender Kontrollen genannt. Zum anderen wird in Frage gestellt, ob es so viel nachhaltiger ist, häufig mit Schwefel oder Kupfer oder anderen biologisch anerkannten Mitteln die Felder zu spritzen, im Vergleich zu wenigen Malen mit chemischen Präparaten durch die Felder zu fahren (B2: 11; B3: 26).

Hinsichtlich der Richtlinien selbst gibt es während der Interviews viel Kritik seitens der Landwirt*innen. Diese Kritik wurde in den Codes „Richtlinien nicht sehr praxisnah/gut umsetzbar“ und „Richtlinien sollten an Umgebung/Bedingungen angepasst werden“ zusammengefasst. So wird mehrfach angemerkt, dass bei einigen Maßnahmen deutlich ist, „dass die Richtlinien wahrscheinlich von Leuten gemacht werden, die einfach in der Praxis ganz wenig Erfahrung damit haben“ (B6: 15). Es sollte B6 zufolge möglich sein, die Vorgaben entsprechend der Betriebsgröße und der geographischen Umstände anzupassen. Derzeit gelten alle Vorgaben in gleichem Maße für alle, unabhängig von äußeren Umständen, die jedoch

fundamentalen Einfluss auf die Produktionsweise haben (B6: 15). Es wird kritisiert, dass durch die genauen Richtlinien und deren Kontrolle oft die Möglichkeit wegfällt, auf individuelle Umstände einzugehen. Dies fällt beispielsweise in der Tierhaltung auf. B6 wünscht sich, ihre Kühe mehr nach deren Befinden behandeln zu können. Sie nennt als Beispiel die Schwierigkeiten, die Kühe im Winter aus dem Stall zu bringen, wenn diese überhaupt nicht wollen. Da sie einen kleineren Betrieb hat, könnte sie auf die einzelnen Tiere eingehen und sie entsprechend hinauslassen. Doch durch die spezifischen Richtlinien, die vorschreiben, wann und wie oft die Tiere draußen sein müssen, ist es den Bäuer*innen unmöglich ihr Wissen über die eigenen Tiere, deren Charakter und Vorlieben in ihren Umgang mit ihnen einfließen zu lassen (B6: 14).

Während mehrerer Interviews wird erwähnt, dass Zertifikate vielfach an nur wenigen Zentimetern, Millimetern oder sogar an Nachkommastellen scheitern (BV: 9; B4: 5). Das für die Landwirt*innen oft schwer nachvollziehbare Insistieren auf für sie unwichtige Kleinigkeiten sehen sie als Zeichen, dass die Maßnahmen nicht aus der Praxis heraus entstanden sind und deren Hauptfokus auf der Nachweis- und Nachprüfbarkeit liegt, anstatt auf der wirklichen Verbesserung der Lage für Landwirt*innen, Tiere und Natur (B4: 9; B6: 15; BV: 9). Mit Blick auf die Notwendigkeit der Anpassung der Richtlinien an die Umgebung werden besonders regionale, topografische Einschränkungen betont. So ist es in einigen Regionen nicht möglich die Weide oder die Ställe noch weiter zu vergrößern, da sich dort beispielsweise Straßen befinden (B1: 3) oder auf Grund von Lawinengefahr rote Zonen um den Hof herum sind, wo man nicht bauen darf (B6: 15f). In beiden Interviews wird festgestellt, dass solche Vorgaben an sich sinnvoll, jedoch in ihrem individuellen Fall nicht einhaltbar sind. Die landesweiten oder sogar EU-weiten Vorschriften lassen kaum Raum zur individuellen Auslegung, was besonders in Bergregionen, die andere klimatische und geographische Bedingungen bieten, eine Herausforderung werden kann.

Auch die häufige Änderung der Bio-Richtlinien erschwert den Bäuer*innen die Konformität mit den Vorschriften. So beschreibt B4, wie sie begonnen hat einen Fleischverarbeitungsraum zu bauen, das Projekt jedoch wieder aufgegeben hat, als sich die Richtlinien änderten und ihr Raum folglich um wenige Zentimeter zu niedrig war (B4: 5). Weiters bedeuten Richtlinienänderungen in geographisch begrenzten Örtlichkeiten möglicherweise für die einzelnen Betriebe, dass sie die immer strengeren und detaillierteren Bio-Vorschriften nicht mehr einhalten zu können, trotz der eigenen Überzeugung biologisch wirtschaften zu wollen (B6: 13f). Hier wird kritisiert, dass im Rahmen einer Bio-Zertifizierung die Handlungsmacht (Agency) weitgehend bei den Behörden bleibt und nicht auf die Bäuer*innen übergeht. Diese

haben keinerlei Einfluss auf die Festlegung der Richtlinien, sondern müssen diese einhalten, unabhängig davon, ob sie diese in ihrem Fall für sinnvoll erachten oder nicht. Die Einschränkung in der individuellen Selbstbestimmung der Landwirt*innen zeigt sich auch in der fehlenden Möglichkeit, die Vorgaben an die eigenen geographischen und klimatischen Umstände anzupassen.

Ein weiterer Kritikpunkt an der aktuellen Form der Bio-Kontrolle, ist der fehlende Fokus auf Weiterentwicklung. Vielmehr handelt es sich um eine Prüfung des aktuellen Status des Betriebes und der Eignung für die biologischen Standards, anstatt einen Anreiz zu bieten, die eigene Produktion nachhaltiger und ökologischer zu gestalten (PA: 3). Es wird mehrfach angesprochen, dass sich von einer solchen Kontrolle ein Lerneffekt oder Wissensaustausch (B3; PA: 18) und Unterstützung beziehungsweise Motivation und Anleitung zur Verbesserung des eigenen Betriebes erhofft werde (B4: 9; PA: 18). Stattdessen beobachtet eine Interviewpartnerin, dass ihre Kolleg*innen beispielsweise in Hinblick auf Baumgruppen oder Landschaftselemente vermehrt darauf zurückgreifen, zur Vermeidung der umständlichen Auseinandersetzung mit Kontrollinstanzen, alles abzuschneiden. Dies beendet zwar für den Moment die aufwendige Nachweispflicht für die Betriebsleitenden, langfristig geht es jedoch gegen den Wunsch vieler nach erhöhter Nachhaltigkeit (B4: 12). So wird Kritik an der Temporalität der Bio-Zertifizierung geübt. Hier kritisiert besonders PA, dass ein normaler Bio-Zertifizierungsprozess lediglich den Ist-Zustand eines Landwirtschaftsbetriebs abfragt und keinerlei Zukunftsorientierung aufzeigt. Statt Anreize zur ökologischen und sozialen Verbesserung des betrachteten Betriebs für die Zukunft zu bieten, wird ihrer Meinung nach bei der Kontrolle lediglich die Einhaltung der notwendigen Standards geprüft und das Zertifikat entsprechend verliehen oder nicht. Stattdessen bräuchte es laut PA ein verbindliches Entwicklungsziel, das die Betriebe selbst mitgestalten können und in einem festgelegten Zeitraum erfüllen müssen, um eine Zukunftsorientierung zu gewährleisten (PA: 5).

Auch die unpersönliche, ausschließlich faktenbasierte Durchführung der Bio-Kontrolle wird in den Interviews kritisiert. PA erzählt, wie zu Beginn der Bio- und Demeter-Bewegung die Kontrolle der Standards das soziale Leben auf den Betrieben gefördert hat. Seit der Eingliederung in das staatliche Kontrollsystem, fehlt vielen Bäuer*innen der soziale Aspekt, den diese Prüfungen innehatten. Sie fordern, das kollegiale Vertrauen und die Zusammenarbeit wieder mehr in den Mittelpunkt zu stellen, da das soziale Leben am Hof PA zufolge einen essenziellen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Höfe leistet, denn nur bei Zusammenhalt der betroffenen Menschen kann ein Hof weiter funktionieren (PA: 5).

Während an der bio-zertifizierten Landwirtschaft kritisiert werden kann, dass ausschließlich auf die ökologischen Aspekte eingegangen werden, versucht Demeter einen ganzheitlicheren Ansatz. Im Rahmen der biodynamischen Landwirtschaft, die für Demeter-Betriebe verpflichtend ist, wird ökologische mit sozialer Gerechtigkeit verbunden. Hier wird über gemeinsame Arbeitsgruppen, weltweite Netzwerke und Tagungen der soziale Teil der Landwirtschaft deutlich in den Fokus gerückt (PA: 10; B1: 13). Dementsprechend wird deutlich, dass den Befragten die sozialen Aspekte ihrer Arbeit viel bedeuten, diese jedoch in der jetzigen Form der Landwirtschaft nur im Demeter-Verband verstärkt berücksichtigt werden. Auch im Rahmen von Bio gibt es für die Landwirt*innen keine Garantie für eine höhere soziale Anerkennung und mehr persönliche Interaktion mit ihren Kund*innen, die ihnen sehr wichtig ist.

Insgesamt kann die Bio-Zertifizierung besonders im Bereich der Ökologie als Verbesserung gesehen werden. Der höhere ökologische Standard schlägt sich in höheren Preisen für die landwirtschaftlichen Produkte nieder und sorgt somit für eine bessere wirtschaftliche Lage der Bio-Bäuer*innen. Doch bei genauerer Betrachtung der Agency, der Governance, der Sozialität und auch der temporalen Orientierung sehen die Befragten noch Verbesserungsbedarf.

5.3 Erwartungen an PGS als Lösungsansatz

Partizipative Garantiesysteme können aufgrund ihres ganzheitlichen Ansatzes die bestehenden Probleme in der Landwirtschaft umfassender angehen als beispielsweise die zuvor beschriebenen Lösungsansätze der Direktvermarktung und der Bio-Zertifizierung durch Dritte. Während die bisherigen Konzepte lediglich einen oder zwei Bereiche, die aus einer politisch-ökologischen Sichtweise entstehen, tangieren und potenziell verbessern, bergen PGS Auswirkungen auf alle vier Dimensionen (Rodrigues-Hirata et al. 2019: 3). Diese Effekte werden nun nachfolgend zuerst mit Bezug auf bisherige Forschung erläutert und anschließend werden mithilfe der Interviewergebnisse die erwarteten Folgen einer Einführung von PGS in Österreich auf die politische, soziale, ökonomische und ökologische Lage der Kleinbäuer*innen dargestellt.

Auf der politischen Ebene werden durch PGS neue Formen dezentralisierter, partizipativer Governance gefördert. Eine kollektive Organisation des Ernährungssystems erlaubt es die Bedürfnisse und Interessen von Kleinbäuer*innen stärker zu berücksichtigen (Rodrigues-Hirata et al. 2019: 3). Dies impliziert das politische Mitspracherecht breiterer Bevölkerungsschichten, eine stärkere Bürger*innenbeteiligung und eine Erweiterung der bestehenden demokratischen

Instrumente, wie es im Rahmen der partizipativen Umweltgovernance beschrieben wird (Gottschlich/Pichler 2022: 342).

Die eigenen Produktionsstandards und deren Kontrollform festzulegen, stellt zusätzlich ein großes Empowerment für die beteiligten Landwirt*innen dar (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 14). Darüber hinaus bedeutet die Etablierung von PGS eine Verschiebung der Agency, also der Handlungs- und Wirkmacht von dominanten industriellen Agrarunternehmen zu unabhängigen, lokal eingebetteten, umweltfreundlichen Bäuer*innenbewegungen (Fonacier-Montefrio/Johnson 2019: 2). Diese Machtverschiebung ist auch bei der Kontrolle selbst wahrnehmbar. Diese liegt nun nicht mehr in den Händen unabhängiger Agenturen, die Standards hauptsächlich im Sinne der Nachprüfbarkeit festlegen, sondern bei den Landwirt*innen selbst. Dadurch ersetzen sie die zunehmende Überwachung und die ausufernde Bürokratie im Sinne der Nachweisbarkeit ihrer Handlungen für anonyme Instanzen durch mehr Selbstbestimmung und Eigenständigkeit.

Außerdem fördern PGS das Sozialleben und die Sozialität der Beteiligten. Die Organisation in einer Gemeinschaft, die gemeinsame Beschäftigung mit den gewünschten Werten und die kollektive Verantwortung innerhalb des PGS gibt den mitwirkenden Bäuer*innen ein Gefühl der Verbundenheit und des Zusammenhaltes, den viele von ihnen zuvor verloren hatten (Home et al. 2017: 532). Dazu tragen sowohl die stärkere Vernetzung durch die Kleingruppen und die Hofbesuche unter den beteiligten Bäuer*innen als auch der engere Kontakt zu den Kund*innen auf den lokalen Märkten und durch sonstige Formen der Direktvermarktung bei. Sich einem Netzwerk anzuschließen und enge Beziehungen mit anderen Landwirt*innen zu pflegen ist gleichzeitig ein Ausdruck von Macht und kollektiver Handlung. Das bedeutet für die Mitglieder selbst eine Veränderung, da sie nicht mehr auf sich allein gestellt sind, sondern sich auf ein Netzwerk des Wissensaustausches, der gegenseitigen Unterstützung und des Vertrauens verlassen können. Gleichzeitig stellt es eine Ermächtigung, also das Empowerment, der Gruppe nach außen dar. Durch den Zusammenschluss können sie sich kollektiv organisieren, erreichen so eine größere Sichtbarkeit in der Öffentlichkeit und ihre Stimmen und Handlungen erhalten mehr Gewicht als die Aussagen eines einzelnen. Auf diese Weise können die Beteiligten politische Entscheidungen möglicherweise besser zu ihren Gunsten beeinflussen (Sacchi 2019: 245).

Zusätzlich kann sich das durch die Partizipation an PGS gesteigerte Sozialkapital positiv auf die wirtschaftliche Lage der Landwirt*innen auswirken. Das auf Vertrauen basierte Verkaufssystem mit direktem Kontakt zwischen Käufer*innen und Verkäufer*innen reduziert die Transaktionskosten auf beiden Seiten, da der Zwischenschritt über den Großhandel und die

damit verbundenen Kosten wegfallen. Auch die Unsicherheit und die Asymmetrie in der Informationsverteilung, die einem anonymen Einzelhandel inhärent ist, entfällt. So können viele Marktversagen korrigiert und Kosten eingespart werden (Sodano/Hingley/Lindgreen 2008: 501).

Die wirtschaftlichen Auswirkungen von PGS zeigen sich in fairen, lokalen Vertriebsnetzwerken und der wirtschaftlichen Kooperation von Konsumierenden und Produzierenden auf lokalen Märkten. Die Zertifizierung des gesamten Hofes statt einzelner Produkte erleichtert den Anbau einer größeren Produktvielfalt. Entsprechend steigt die Resilienz der Bäuer*innen gegenüber Schädlingen, Extremwetterereignissen und insgesamt Ernteverlusten (Rodrigues-Hirata et al. 2019: 3). Wie schon bei der Direktvermarktung können die Landwirt*innen selbst die Preise für ihre Produkte festlegen. Dank der hohen, zertifizierten Qualität können sie einen höheren Preis legitimieren als für konventionelle Produkte ohne jegliche Zertifizierung. Dadurch verbessern die Teilnehmenden ihre wirtschaftliche Lage und erhalten einen fairen Preis für ihre Ware, der ihre Arbeit widerspiegelt. Außerdem können PGS die Zusammenarbeit der Beteiligten fördern, womit sie Kosten sparen, beispielsweise durch den gemeinsamen Kauf der Maschinen oder gemeinsames Marketing (Sacchi 2016: 2).

Auch im ökologischen Bereich führt die Einführung von PGS zu Verbesserungen. Deren Ausrichtung auf eine nachhaltige Entwicklung in der Landwirtschaft, die Förderung der Biodiversität, die Vermeidung von chemischen Düngern oder Pestiziden und die Diversifizierung der Anbauprodukte birgt große Chancen, die Landwirtschaft in Einklang mit dem Kampf gegen die Klimakrise zu bringen. Dies wird verstärkt durch die Verfolgung der festgelegten Idealkriterien und den impliziten Wunsch nach ständiger Verbesserung der biologischen Standards der Produktion innerhalb des PGS (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 5). Zusätzlich können durch PGS die gesellschaftlichen Naturverhältnisse wieder verbessert werden, indem der Bezug der Bevölkerung zur Landwirtschaft durch den direkten Kontakt zwischen Landwirt*innen und Konsumierenden bei der Vermarktung oder sogar bei der Teilhabe an PGS wieder enger wird (Görg et al. 2017: 3).

Ein fundamentaler Unterschied der PGS zur konventionellen Landwirtschaft und auch zur Bio-Zertifizierung ist der zeitliche Fokus. Während bisherige Zertifikate, wie zuvor herausgearbeitet, auf dem Ist-Zustand beruhen und abgesehen vom Demeter-Verband kaum Anreize zur zukünftigen Entwicklung und Verbesserung bieten, sind PGS stark auf die zukünftige Weiterentwicklung fokussiert. Die temporale Verschiebung lässt sich in der gegenseitigen Unterstützung im Hinblick auf die Absicherung der Höfe in Zukunft besonders gegenüber den Auswirkungen des Klimawandels und auf den Ausbau der jeweiligen

ökologischen Wirtschaftsweisen zum Schutz des Klimas feststellen. Dies wird deutlich in den Ergebnissen der Hofbesuche. Dabei wird nicht nur festgestellt, ob die Richtlinien erfüllt sind oder nicht und durch die entsprechende Vergabe des Zertifikats unterschieden. Stattdessen werden im Falle einer Nichteinhaltung bestimmter Vorgaben Sanktionen oder Abmahnungen ausgesprochen und somit eine Chance zur Verbesserung gegeben (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 6).

Gegen Ende der Interviews, nach der ausführlichen Diskussion der aktuellen Lage, wurden alle Interviewpartner*innen zu ihrer Einschätzung der Partizipativen Garantiesysteme gefragt. Hierfür erhielten sie eine kurze Beschreibung des Konzepts, da es nur BV und PA zuvor bekannt war. Anschließend wurden die Interviewten gebeten, ihre Erwartungen bezüglich der Schwierigkeiten, der Vor- und Nachteile, der Einschränkungen und der Chancen zu beschreiben. Generell sind alle Befragten offen für die Idee und grundsätzlich interessiert an der Teilhabe an einem solchen Garantiesystem (B1: 10; B2: 15; B3: 33; B4: 15; B5: 13; B6: 25). Ihre Bedenken und Hoffnungen bezüglich der Gründung und Partizipation an einem PGS werden nachfolgend beschrieben. Zuerst werden die Sorgen und erwarteten Herausforderungen dargestellt.

Landwirt*innen von einem neuen Zertifizierungssystem zu überzeugen und zu einer Beteiligung zu überreden wird als erste Hürde diagnostiziert. B6 beschreibt ihre Erfahrungen, Bäuer*innen von Neuem zu überzeugen als äußerst schwierig, da sie meist nicht sehr zugänglich sind, was die Umstellung auf Unbekanntes anbelangt. Ihrer Erfahrung nach hält die Angst vor Verlusten, verlorener Zeit und Arbeit und sich ständig ändernden Vorgaben und Richtwerten viele davon ab, Neues auszuprobieren. Deswegen bräuchte es viel Ausdauer und gute Überzeugungsarbeit, um genügend Interessent*innen für das Projekt zu finden (B6: 26). Sehr wichtig ist gleichzeitig, dass die Landwirt*innen selbst von der neuen Vorgehensweise überzeugt sind, aus eigenem Willen umstellen und nicht das Gefühl haben von Autoritätspersonen die Vorschrift zu erhalten. Denn nur wenn die Teilnehmenden selbst voll motiviert sind, so sind sich B2 und B6 sicher, kann es eine gewinnbringende Zusammenarbeit werden, bei der sich alle engagieren (B2: 17; B6: 26).

Eine verbreitete Sorge ist der zusätzliche zeitliche sowie bürokratische Aufwand durch die Umstellung auf eine partizipative Zertifizierung. Da die Bürokratie ohnehin schon wie zuvor beschrieben ein Problempunkt für alle Interviewpartner*innen ist, würde B1 ihre Teilnahme vom Ausmaß des bürokratischen Mehraufwands abhängig machen, da sie derzeit ihre eigenen Aufzeichnungen an die aktuellen Zertifizierungen angepasst hat (B1: 11). B3 und B4 hingegen betonen vielmehr den Zeitaufwand als Problem. Die gegenseitigen Hofbesuche stellen sie sich

zwar interessant und lehrreich vor, jedoch sorgen sie sich wegen ihrer bereits beschränkten zeitlichen Kapazitäten um die zusätzlichen Tage, die sie nicht auf ihre eigene Arbeit verwenden können, durch die Besuche der anderen Betriebe (B3: 34) oder auch durch die Aushandlung der Standards und Funktionsweisen des PGS (B4: 15). PA versteht die Besorgnis wegen des Zeitaufwandes sehr gut, kann jedoch dank ihrer eigenen Erfahrung im „Projekt Anerkennung“ beruhigen. Ihr zufolge gab es im Laufe der Projektjahre immer wieder zeitliche Bedenken seitens der beteiligten Bäuer*innen, diese wurden jedoch durch den Gewinn an Sozialleben an den Höfen, den Zusammenhalt im Projekt und die gegenseitige Unterstützung mehr als ausgeglichen. Auch betont sie den Vorteil, dass alle Beteiligten in der gleichen Situation sind, und somit aufeinander Rücksicht nehmen können, beispielsweise bei wetterbedingten Planänderungen (PA: 8).

Der finanzielle Aspekt spielt ebenfalls eine Rolle für die Befragten. Unter Anbetracht der in vorherigen Kapiteln ausführlich dargestellten finanziellen Engpässe der Bäuer*innen, ist es entsprechend während der Interviews ein Anliegen, dass PGS kein großer zusätzlicher Kostenfaktor werden darf. Hier betont vor allem B3, dass zu hohe Kosten für ihn ein Ausschlusskriterium wären (B3: 34). PA kann hier wiederum Einblicke in ihre Erfahrungen mit dem eigenen Projekt geben. Sie beschreibt, dass der größte Kostenpunkt der Lohn der externen Moderationskräfte ist, die im Rahmen dieses Projektes bei den Hofbesuchen immer als neutrale Vermittlung dabei sind und die Termine organisieren. Die Kosten der Initiative sind ihrer Erfahrung nach immer wieder Thema, waren jedoch bisher kein Grund für Austritte oder Beendigungen des Projekts (PA: 25).

Entscheidend bei der Einführung von PGS sei eine klare Kommunikation sowohl innerhalb des PGS als auch in die Öffentlichkeit. Dies wäre wichtig, um für Kund*innen und andere potenzielle Abnehmer*innen, wie Supermärkte, klarzustellen, was genau das Zertifikat bedeutet und wie der Zertifizierungsprozess aussieht (B3: 34; B6: 25; PA: 16). Auf diese Weise könnte von Beginn an vermieden werden, dass Abnehmer*innen Zweifel an der Glaubwürdigkeit des Zertifizierungsprozesses hegen. Außerdem werden der Wert der Produkte und die Vorteile des Projektes von Anfang an deutlich. Dies ist essenziell, da PA selbst nach Jahren der partizipativen Anerkennung innerhalb ihres Projektes noch mit Zweifeln und Unsicherheiten seitens der Händler*innen konfrontiert wird. Diese hätten ihrer Meinung nach durch eine offene, vorausschauende Kommunikation zu Beginn vermieden werden können (PA: 16).

Auch persönliche Differenzen zwischen den an PGS beteiligten Bäuer*innen sind Grund für Besorgnis seitens der Befragten. B6 weist darauf hin, dass viele Landwirt*innen in ihrer

Umgebung sich untereinander nicht gut verstehen und es viele Streitigkeiten und Konkurrenz untereinander gibt (B6: 26). B5 sieht es auf Grund des Konfliktpotenzials ebenfalls als Herausforderung, eine Gruppe Menschen zu finden, die sich zusammentun und auf diesem Niveau kooperieren wollen (B5: 13). B3 und B4 würden sogar ihre eigene Teilnahme davon abhängig machen, wer mitmacht und wie gut sie mit den Beteiligten zurechtkommen (B3: 34; B4: 17). Zur Schlichtung solcher Konflikte betont PA die Bedeutung von vermittelnden Moderationskräften. Diese können als neutrale Person in Streitsituationen schlichten und eine andere Perspektive bieten (PA: 20). Jedoch empfinden die Befragten nicht nur die soziale Ebene herausfordernd, auch die individuellen Wirtschaftsweisen der Bäuer*innen unter einen Hut zu bekommen wird als Problem dargestellt. Da alle Landwirt*innen ihre eigene Produktionsweise und Schwerpunktlegung haben, stellen sie es sich schwierig vor, im Rahmen der Regeldefinition des PGS einen Konsens zu finden, mit dem alle Parteien zufrieden sein können (B2: 16). B4 würde es folglich vorziehen sich an bestehenden Regelwerken, wie beispielsweise an Bio oder Demeter zu orientieren, statt den mühsamen und zeitaufwendigen Prozess der Festlegung der Standards selbst durchgehen zu müssen (B4: 15).

BV sieht die notwendige Expertise für die Zertifizierung als Hürde der Partizipativen Garantie. Besonders bei der Teilhabe von Konsumierenden hebt er hervor, dass ein Wohnort in der Nähe von landwirtschaftlichen Betrieben noch lange nicht bedeutet, dass die Person Einblicke in die Produktionsweisen und die wichtigen Aspekte für eine Zertifizierung hat. Insgesamt sieht er die Notwendigkeit von Fachwissen der Zertifizierenden als Herausforderung, da Bäuer*innen mit anderen Schwerpunkten (Mutterkuhhaltung oder Ackerbau beispielsweise) jeweils über sehr unterschiedliche Hintergründe und Fachkompetenzen verfügen. Für die Kontrolle der verschiedenen Höfe benötigen sie jedoch fundierte Einblicke in den anderen Bereich (BV: 6). Die Interviewpartner*innen äußern allerdings nicht nur Bedenken hinsichtlich einer möglichen Einführung und Teilhabe an PGS. Sie können sich auch zahlreiche Vorteile vorstellen, die im Folgenden genauer beschrieben werden.

Die Verbindung von Ökologie und Sozialem wird durch PGS gefördert. Das Sozialleben wird als „systemischer Teil der Arbeit“ (PA: 23) definiert. Durch die Kleingruppen der sich gegenseitig begutachtenden Landwirt*innen, stehen die Beteiligten in regelmäßigem Kontakt und können sich bei Problemen oder Investitionsplänen austauschen. Auf diese Weise lernen sich alle besser kennen und unterstützen sich vermehrt gegenseitig. Besonders für junge Landwirt*innen, die neu anfangen kann diese enge Beziehung eine große Stütze sein (PA: 18). Im Gegensatz zu bisher gängigen Kontrollen läge der Fokus bei PGS auf den persönlichen Kontakt zwischen den Bäuer*innen, die ebenfalls als Zertifizierende agieren. Anstatt die

Vertrauenswürdigkeit der Zertifikate durch Anonymität zu gewährleisten, wird hier auf die soziale Kontrolle durch Nähe und Gemeinschaft gesetzt. Denn der kollegiale Kontakt aller Beteiligten des Systems sorgt dafür, dass die Landwirt*innen die Standards von sich aus einhalten wollen, um nicht das soziale Umfeld zu verärgern oder gar zu verlieren (PA: 10). Der engere Kontakt zu den anderen am Projekt Beteiligten und die Zusammenarbeit wird von mehreren Befragten als sehr gewinnbringend und vorteilhaft erwartet. PGS könnten auf sozialer Ebene eine Erleichterung darstellen durch die engere Verbundenheit, die Möglichkeit der Unterstützung und des Interessens austauschs und durch eine potenzielle Arbeitsteilung (B5: 13). B5 könnte sich sogar eine engere Zusammenarbeit im Sinne einer Aufgabenverteilung vorstellen, bei der alle Beteiligten jeweils unterschiedliche Arbeitsschritte übernehmen oder sich über kürzere Zeiträume gegenseitig vertreten, wenn jemand krank oder im Urlaub ist (B5: 13).

Der Wissensaustausch durch die regelmäßige Verbindung zu Kolleg*innen und durch die Hofbesuche wird außerdem als großer Vorteil erwartet. Den Landwirt*innen wird auf diese Weise ein Raum für kollegiale Gespräche geboten, in dem sie frei über ihre Sorgen sprechen, sich austauschen und strategisch gegenseitig beraten können. Für neu beginnende Bäuer*innen ist es von großem Vorteil bei Fragen und Schwierigkeiten Unterstützung von anderen zu erhalten, die schon mehr Erfahrung haben und diese mit ihnen teilen (PA: 18). B5 betont, dass selbst Betriebe, die sich sehr von dem Eigenen unterscheiden inspirierend sein können und man von allen etwas lernen kann (B5: 14). B3 sieht in diesem Wissensaustausch den Hauptgrund für eine solche Initiative. Er freut sich über den Austausch bei Hofbesuchen, da dabei Details auffallen und diskutiert werden könnten, die bei einem Treffen außerhalb so nicht zur Rede ständen. Auf diesem Weg könnten Verbesserungsvorschläge auf positive Weise vermittelt werden mit Lerneffekt. Hier sieht er einen großen Unterschied zu einer Zertifizierung durch Dritte, deren Statusfeststellungen für ihn keinen Lerneffekt haben (B3: 36). Zusätzlich erwarten sich B3 und B5 eine wirtschaftliche Entlastung durch eine Teilnahme an PGS. Sie erhoffen sich durch die intensivere Zusammenarbeit, gemeinschaftliche und dadurch günstigere Werbung zu machen, gemeinsame Einkäufe und zusammen Maschinen zu erwerben, statt alles selbst allein kaufen zu müssen (B3: 35; B5: 14).

Ein weiterer wichtiger Vorteil für die Befragten gegenüber bisherigen Zertifizierungen wäre der Abbau der Bürokratie. B1 würde sich sehr darüber freuen, wenn ihr gesamter Betrieb auf einmal kontrolliert würde, statt jeweils Teilbereiche von verschiedenen Institutionen inspizieren zu lassen (B1: 11). Obwohl, wie zuvor erläutert, Bedenken hinsichtlich der Umstellung der Aufzeichnungen und des Mehraufwandes durch diese Veränderung bestehen, würden sich doch

alle Befragten über eine Reduzierung des bürokratischen Aufwandes freuen, der bei der Beschreibung von PGS erwähnt wurde (B3: 7; B4: 12; B5: 6; B6: 21).

Die Stärkung des Soziallebens, der Gemeinschaft und des gegenseitigen Vertrauens wird besonders durch PA als positive Erfahrung ihrer Initiative dargestellt. Sie beschreibt, wie sich gerne mehrere Personen der einzelnen Betriebe den Hofbesuchen anschließen, da sie alle den Austausch und die Gemeinschaft suchen und sich über ein reges Sozialleben auf den Höfen freuen (PA: 4). Der Prozess der Zertifizierung selbst ist auf mehr Interaktion und soziales Miteinander ausgerichtet. Die Hofbesuche sind laut PA so geplant, dass die Betriebsleitenden möglichst stark in die Besichtigung eingebunden sind und Einblick in die Gedankengänge der Besuchenden erhalten. Für den Fall, dass es bei einem Hofbesuch Bedenken gibt hinsichtlich der Vergabe eines Zertifikats, ist der folgende Kontrollbesuch durch eine offizielle Zertifizierungsinstanz innerhalb der Organisation ebenfalls ein offenes Gespräch. Dieser gesamte Prozess stellt für PA eine klare Verbesserung gegenüber der anonymen Kontrollform durch Dritte dar. Durch den engen Kontakt und die geförderte Interaktion auf den Hofbesuchen sowie bei den Workshops und Arbeitsgruppen, entsteht laut PA großes Vertrauen unter den Beteiligten. Dieses Vertrauen ist einerseits wichtig, um sich gegenseitig um Hilfe zu bitten sowie um diese bereitwillig zur Verfügung zu stellen. Andererseits kann es als soziale Kontrolle dienen, da alle die Vertrauensgemeinschaft schätzen und nicht wegen eines Regelverstößes ausgeschlossen werden wollen. Entsprechend ist die Motivation zur Regelkonformität deutlich höher als bei einer anderweitigen Zertifizierung (PA: 10).

Die lokale Ausrichtung der PGS wird ebenfalls in mehreren Interviews als erhoffter Pluspunkt genannt. B6 begründet den Wunsch nach mehr Lokalität bei der Zertifizierung damit, dass ortsansässige Landwirt*innen am besten wissen, was in der Region möglich ist und was nicht. Entsprechend könnten die Standards und Kontrollen dann angepasst werden. Das Mitspracherecht als direkt Betroffene und Expertin für ihre lokalen Umstände war ihr ebenso ein großes Anliegen und ein erwarteter Vorteil einer Teilhabe an PGS (B6: 26). Auch B5 betont die Vorteile der Rückkehr zu mehr Regionalität durch PGS, da sich die beteiligten Bäuer*innen nur gut austauschen könnten, wenn sie nah beieinander sind. So hätten alle Beteiligten ähnliche Grundvoraussetzungen, zumindest im Hinblick auf natürliche Gegebenheiten, und könnten sich somit einfacher auf Werte und Richtlinien einigen (B5: 13).

Den Freiraum, die Standards und die Werte des Zertifizierungssystems selbst und gemeinsam mit den anderen Mitgliedern auszuhandeln, finden B2 und B4 äußerst ansprechend. Dadurch könnten sie genau nach den Werten und Richtlinien wirtschaften, die sie sich wünschen und erhielten gleichzeitig eine Gemeinschaft, die nach gleichen Vorstellungen produziert (B2: 15;

B4: 16). Durch die Möglichkeit der Selbstbestimmung der eigenen Produktionsweisen und der Festlegung der Kontrollmechanismen könnten die Bäuer*innen einen großen Teil der Handlungs- und Wirkmacht zurückgewinnen. So könnten sie vermehrt wieder selbst festlegen, wie sie produzieren wollen, was sie grundsätzlich an ihrer Arbeit sehr schätzen, jedoch wie zuvor beschrieben durch die vielen Überwachungsmaßnahmen ein Stück weit verloren haben. Insgesamt ist festzustellen, dass PGS das Potenzial zur Verbesserung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Lage der Landwirt*innen birgt.

6. Diskussion

Im folgenden Diskussionskapitel werden die Erkenntnisse der vorhergehenden Kapitel zusammengetragen und miteinander verknüpft. In Hinblick auf die Bearbeitung der zu Beginn vorgestellten zentralen Fragestellung werden die empirische Analyse der geführten Interviews und die Besonderheiten des österreichischen Landwirtschaftssystems mit den empirischen Befunden aus der Literatur und dem Stand der Diskussion in der Literatur zu PGS und deren Vor- und Nachteilen vor einem politisch-ökologischen Hintergrund diskutiert.

Hinsichtlich der eingangs dargestellten Fragestellung konnten im Laufe dieser Arbeit zahlreiche Erkenntnisse erlangt werden. Die geführten Interviews bieten einen tiefen Einblick in die aktuelle Lage, die Wünsche, Sorgen und Bedürfnisse der Befragten. Dabei wird deutlich, dass sie noch großes Verbesserungspotenzial sowohl in ihrer sozioökonomischen Lage als auch in der Umweltverträglichkeit der Landwirtschaft in Österreich sehen. Kritisiert werden unter anderem die wirtschaftlichen Engpässe der Landwirt*innen durch die niedrigen Preise, die zunehmende Entfremdung der Gesellschaft von landwirtschaftlichen Realitäten und die daraus folgende soziale Isolation der Landwirt*innen, das fehlende Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen zu landwirtschaftlichen Produktionsweisen sowie die negativen Auswirkungen industrieller Landwirtschaft auf die Natur. Diese Problemfelder sind jedoch nicht voneinander getrennt zu beachten. So werden zum Beispiel die Preise aus politischen Gründen zum Wohl der Konsumierenden niedrig gehalten. Folglich können die Bäuer*innen die eigenen Kosten ohne Fördergelder kaum decken und müssen für ein besseres wirtschaftliches Auskommen größere Mengen produzieren. Durch die entsprechend höhere Belastung und den vermehrten Zeitaufwand fallen viele soziale Aspekte der Arbeit aus Zeitgründen weg. Der zunehmende Zwang zu kostendeckender Massenproduktion verhindert die Umstellung auf umweltfreundlichere, nachhaltigere Produktionsweisen. Dies soll beispielhaft die

Verbundenheit der verschiedenen Dimensionen hervorheben. Folglich ist es nicht möglich, die Lage der Landwirt*innen auf unpolitische Weise zu analysieren.

Die mangelnde politische Teilhabe wird von den Interviewten vielfach als Makel des aktuellen Systems betrachtet. Hierbei wird kritisiert, dass die von den Maßnahmen Betroffenen keinerlei Mitspracherecht bei der Festlegung der Richtlinien besitzen. Daraus ist zu schließen, dass einerseits die bestehenden Partizipationsmöglichkeiten nicht ausreichend von allen genutzt werden können und andererseits, dass weitere Institutionen geschaffen werden müssen, um die Teilhabe aller Interessensgruppen zu ermöglichen.

Sowohl die Direktvermarktung als auch die Bio-Zertifizierung verfolgen eher apolitische Herangehensweisen. Sie fokussieren also auf spezifische Problemfelder, wie den niedrigen Produktpreis oder umweltschädliche Produktionsweisen und suchen direkte Lösungen für diese Probleme, ohne dabei auf die tieferliegenden Ursachen einzugehen, die meist auf gesamtgesellschaftliche Vorgänge zurückzuführen sind. Im Gegensatz dazu versucht ein Partizipatives Garantiesystem im Sinne der Politischen Ökologie durch den ganzheitlichen Ansatz nicht nur Symptome und Konsequenzen des aktuellen Systems zu verbessern, sondern darüber hinaus tiefergehende Ursachen für die Probleme der Landwirt*innen anzugehen. Dies wird durch die selbstständige Gründung nach den eigenen Vorstellungen gewährleistet (IFOAM 2018: 4). PGS könnte damit als Hilfestellung dienen, dass sich Landwirt*innen auf lokaler Ebene zusammenschließen und somit als Basisbewegung stärkeren Einfluss auf politische Entscheidungen, die sie betreffen, im Sinne der sozialen und ökologischen Gerechtigkeit ausüben können. Auf diese Weise könnte den sozio-ökologischen Herausforderungen des landwirtschaftlichen Systems mit einer Erweiterung des demokratischen Raums entgegengetreten werden. Der Zusammenschluss der Bäuer*innen zu einem PGS mit der Unterstützung von NGOs und möglicherweise auch der Lokalpolitik stellt eine solche Ausweitung des Öffentlichen im Rahmen der bestehenden repräsentativen Demokratie dar, gibt jedoch gleichzeitig den PGS-Teilhabenden mehr Raum zur Beteiligung. (Home et al. 2017: 533). Wenn die kollektiv organisierten PGS-Mitglieder auf lokaler Ebene mehr Gehör für ihre Probleme und mehr Einfluss auf Entscheidungen erhielten, könnte dies zu einer Erweiterung der nationalstaatlichen demokratischen Strukturen auf den lokalen Raum im Sinne der partizipativen Umweltgovernance führen (Gottschlich/Pichler 2022: 243). Auf diese Weise könnte einem wichtigen Bestandteil der Politischen Ökologie, dem Miteinbezug lokaler Basisakteur*innen und Organisationen und dem Weitertragen ihrer Argumente in einen größeren Kontext, Rechnung getragen werden (Robbins 2012: 85f).

Die genauere Betrachtung des landwirtschaftlichen Systems in Österreich zeigt deutlich die asymmetrischen Machtverhältnisse und die ungleiche Verteilung von Kosten und Nutzen der Ressourcenaneignung auf, die sich auch in den Interviews wiederfinden. Während die Landwirt*innen selbst über kaum Handlungs- oder Wirkmacht verfügen, also keinen nennenswerten Einfluss auf Entscheidungen haben, die sie selbst betreffen, tragen sie gleichzeitig den Großteil der Kosten des aktuellen Landwirtschaftssystems. Im bisherigen System profitieren vor allem große Konzerne und der Einzelhandel. Bei den Bäuer*innen, besonders bei den Inhaber*innen kleiner Betriebe kommen nur geringe Anteile der Profite an, sodass sie davon kaum überleben können und auf staatliche Förderungen angewiesen sind (B5: 6). Die Direktvermarktung sowie die Bio-Zertifizierung sorgen im wirtschaftlichen Sinn für eine gewisse Verbesserung, da die Landwirt*innen die Preise für ihre Produkte entweder selbst festlegen können oder durch das Zertifikat höhere Preise im Handel erhalten. Jedoch bleiben die Machtverhältnisse weiterhin zugunsten großer Firmen und Supermarktketten verschoben. Auf Grund der Marginalisierung der Landwirt*innen besitzen sie einen geringen Stellenwert in Bezug auf eine mögliche politische Einflussnahme zur Veränderung des Systems oder zur besseren Verteilung von Kosten und Nutzen der Landwirtschaft. Die eigenständige Preisgestaltung birgt sowohl bei PGS als auch bei der Direktvermarktung Potenzial zur Veränderung der Machtverhältnisse. Darüber hinaus zielen die selbstständige Festlegung der Produktionsstandards und Konformitätskriterien sowie die gegenseitige Kontrolle auf eine Verschiebung der Wirk- und Handlungsmacht zugunsten der an PGS beteiligten Bäuer*innen ab (Fonacier-Montefrio/Johnson 2019: 2).

Die Kontrolle und die Handlungsmacht können nicht nur im Rahmen der Preisgestaltung und der Richtlinienfestlegung verändert werden. Die Direktvermarktung sowie PGS können darüber hinaus das derzeitige Agency-Monopol der Agrarkonzerne und Einzelhandelsketten zu einem gewissen Grad abschwächen, indem landwirtschaftliche Produkte ohne den Zwischenschritt über den Handel vermarktet werden und Bäuer*innen so Wirk- und Handlungsmacht zurückerhalten. Dies ist, wie weiter oben erwähnt, besonders in Österreich, wo drei Konzerne 85% des Lebensmittelhandels kontrollieren, relevant (Klatzer 2016: 240ff). Mit Hilfe des eigenen Vertriebs könnten die Landwirt*innen selbst ihre Konditionen bestimmen. Auf diese Weise würde potenziell die Vielfalt an Produkten, die an Konsumierende verkauft wird, gesteigert. Im Laufe der Interviews wird erwähnt, dass Supermärkte ein sehr begrenztes und standardisiertes Sortiment führten. Nur einige wenige Supermärkte könnten oder dürften davon abweichende Produkte in ihren Märkten verkaufen. Dies grenzt die Bäuer*innen stark in der Bandbreite der Produkte ein. Weiters führen diese Einschränkungen

durch den Einzelhandel zum Anbau von Sorten, die nicht optimal an die lokalen Gegebenheiten angepasst sind, wie es andere, traditionellerweise angebaute Früchte möglicherweise wären. In Folge sind eine verstärkte Pestizidnutzung und vermehrter Arbeitsaufwand nötig, um eine gute Ernte zu erwirtschaften. Dies schränkt nicht nur die Landwirt*innen in ihrer Selbstbestimmung ein, sondern führt zusätzlich zu einem suboptimalen Ertrag und verstärkter Umweltbelastung (B2: 2). Die Direktvermarktung und auch PGS könnten den Beteiligten die Produktion und den Verkauf einer größeren Produktvielfalt ermöglichen als es bei einer Vermarktung über den Handel möglich ist. Somit würde die Entscheidungshoheit und die Agency zugunsten der Bäuer*innen neu verteilt, wodurch die ungleichen Machtverhältnisse etwas ausgeglichen würden.

In Bezug auf das Empowerment der Bäuer*innen, also ihre Selbstbefähigung oder Selbstermächtigung, lassen sich ebenfalls potenziell große Unterschiede zwischen den einzelnen Lösungsansätzen feststellen. Nach Norbert Herriger beinhaltet der Begriff des Empowerments verschiedene Verständnisse. Dieser inkludiert erstens den Prozess der Umverteilung politischer Macht, zweitens die Fähigkeit, Unwägbarkeiten des Alltags ohne fremde Hilfe zu bewältigen und drittens den persönlichen Kompetenzerwerb (Ruiz-Peyré/Schmitt 2022: 352). Die drei untersuchten Lösungsansätze in der Landwirtschaft bergen jeweils unterschiedliche Potenziale für das Empowerment der Landwirt*innen.

Politische Macht wird bei allen Verbesserungsmöglichkeiten vermutlich nur bedingt umverteilt. Wie zuvor beschrieben, ist die Voraussetzung dafür stets ein Zusammenschluss der Bäuer*innen und starkes politisches Engagement, um ihren Forderungen Gehör zu verschaffen. Dies ist am ehesten bei PGS gegeben, da die Beteiligten ohnehin eng zusammenarbeiten und ein starkes Netzwerk aufbauen. Zusätzlich stellt die Unterstützung durch NGOs und die Lokalpolitik einen großen Vorteil dar. Auf diese Weise könnten PGS-Mitglieder ihre Probleme und Bedürfnisse einfacher auf die politische Bühne bringen (Rodrigues-Hirata et al. 2019: 11). Unvorhergesehenes zu meistern, wird laut den Interviewten, die die bestehenden Lösungsansätze bereits anwenden, durch diese auf gewisse Art erleichtert. Durch die besseren Preise, die die Landwirt*innen verlangen können, steht mehr Geld zur Verfügung, um auf etwaige Ereignisse zu reagieren. Dies ist ebenso bei PGS der Fall. Darüber hinaus können hier die lokale Ausrichtung, der Fokus auf traditionelle Produktionsweisen und das Streben nach nachhaltigen Kreislaufwirtschaften innerhalb Partizipativer Garantiesysteme fundamental zur Resilienz gegenüber unvorhergesehenen Ereignissen beitragen. Das kann als Empowerment angesehen werden (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 14). PGS bietet außerdem viel Raum für den Kompetenzerwerb dank der Hofbesuche und der vielfältigen Möglichkeiten für

den Wissensaustausch zwischen den Beteiligten. In diesem Rahmen können alle Mitglieder der Initiative viel voneinander lernen und so ihre landwirtschaftliche Praxis verbessern (IFOAM 2019: 8). Im Vergleich dazu sind bei der Direktvermarktung und bei der Bio-Zertifizierung kaum Lernprozesse und gegenseitiger Wissensaustausch vorgesehen, durch die sich die Bäuer*innen selbstermächtigen könnten.

Die subjektiv wahrgenommene fehlende Wertschätzung für die landwirtschaftliche Arbeit seitens der Bevölkerung sowie die gefühlte zunehmende Verdrängung der Landwirtschaft an den Rand der Gesellschaft bereiten den Befragten große Sorgen. Das aktuelle System bietet kaum Bezugsmöglichkeiten zwischen Landwirt*innen und Konsumierenden, weshalb eine direkte Interaktion schwer möglich und selten ist. Dies führt nach Sodano/Hingley/Lindgreen (2008: 499f) einerseits zur Isolation der Bäuer*innen von der restlichen Gesellschaft, wodurch ihr Sozialkapital abnimmt und sie weniger Möglichkeiten zur positiven Darstellung ihrer Arbeit haben. Andererseits verlieren Verbraucher*innen zunehmend den Bezug zur Landwirtschaft und im gleichen Zug ebenfalls das Verständnis für die Bedürfnisse und Herausforderungen der Menschen, deren Arbeit die Lebensmittel hervorbringt. Die gestörten gesellschaftlichen Naturverhältnisse verschlimmern zusätzlich die Auswirkungen der heutigen Gesellschaft auf die Umwelt und erschweren den Kampf gegen den Klimawandel, da sich der Großteil der Bevölkerung immer weiter entfernt von einer Lebensrealität, die akut abhängig von den klimatischen Bedingungen ist, wie in einem Interview angemerkt (B6: 5). Dem gilt es entgegenzuwirken, um sowohl die Sozialität der Bäuer*innen zu steigern als auch der Klimakrise effektiv als Gesellschaft entgegenzutreten.

Direktvermarktung kann, laut B2, zu einem gewissen Ausmaß Abhilfe schaffen. Durch den direkten Verkauf der Waren an die Konsument*innen wird die Sozialität der Landwirt*innen gesteigert. Diese haben vermehrt die Möglichkeit ihre Lage darzustellen und erhalten direktes Feedback zu ihren Produkten (B2: 4). Dennoch fehlt es selbst für direktvermarktende Bäuer*innen meist an einer regelmäßigen Vernetzung und Unterstützung untereinander. So bietet die Direktvermarktung zwar eine Verbesserung der Beziehung zu Konsumierenden, jedoch nicht unter den Landwirt*innen selbst. Eine Bio-Zertifizierung bietet in diesen Aspekten noch weniger Unterstützung im Vergleich. Eine standardisierte Zertifizierung als biologisch wirtschaftender Betrieb bietet keinerlei Grundlage für ein Mehr an sozialer Interaktion, weder zu Kund*innen, noch zu anderen Bäuer*innen oder den Zertifizierenden. Die anonym gestalteten Zertifizierungen sind nicht automatisch mit einem engeren Netzwerk verbunden und der persönliche Kontakt zu den Zertifizierer*innen soll im Sinne der Objektivität so gering wie möglich gehalten werden. Lediglich der Demeter-Anbauverband versucht in der Sicht einer

Interviewten die Verbindung zwischen der ökologisch zertifizierten Anbauweise und einer verstärkten Sozialität unter den Beteiligten herzustellen und zu fördern (PA: 4).

Ähnlich wie bei der Direktvermarktung ist der engere Kontakt zwischen beteiligten Landwirt*innen und Verbraucher*innen ein grundlegender Bestandteil Partizipativer Garantiesysteme. Zusätzlich gelten Partizipation, Vertrauen und Wissensaustausch unter anderem als Grundpfeiler des Systems (Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 3). Dementsprechend ist eine vertrauensvolle, unterstützende Beziehung zwischen den Teilnehmenden ein fundamentaler Bestandteil von PGS und stellt folglich einen potenziell großen Vorteil gegenüber dem aktuellen System sowie den bestehenden Lösungsansätzen dar. Direktvermarktung und Bio-Zertifizierung sind vorwiegend individuell ausgerichtet. Das kollektive Handeln auf Gemeinschaftsebene, wie es in der Politischen Ökologie beschrieben wird, ist für letztere kaum nötig. Beide bestehenden Lösungsansätze finden auf Grund einer persönlichen Entscheidung der jeweiligen Landwirt*innen Anwendung oder nicht. Eine Zusammenarbeit ist höchstens bei Bedarf für die Organisation eines Marktes notwendig. Im Gegensatz dazu setzen PGS stark auf die kollektive Ebene, auf das gemeinschaftlich Handeln der Mitglieder. Eine von allen geteilte Vision und gemeinschaftliches Handeln sind fundamentale Aspekte von PGS. Dies kann die Identifizierung der Beteiligten mit der Initiative und das Sozialleben untereinander maßgeblich fördern (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 3).

Bei genauerer Betrachtung der Interviewergebnisse wird deutlich, dass das mangelnde Verständnis der Bevölkerung für die landwirtschaftlichen Vorgänge und die zunehmende Entfremdung eine große Belastung für die Befragten darstellt (B6: 1). Entsprechend sollte ein zufriedenstellender Verbesserungsvorschlag für das Landwirtschaftssystem neben ökonomischen und ökologischen Problemfeldern auch die sozialen und kulturellen Aspekte betreffen. Demnach müssten mehr Räume geschaffen werden, die eine Interaktion zwischen Landwirt*innen und den Verbraucher*innen vorsehen. Eine erneute Annäherung zwischen den Bäuer*innen und der restlichen Bevölkerung könnte für mehr gegenseitiges Verständnis der jeweiligen Bedürfnisse und Entgegenkommen sorgen. Könnten die Kund*innen den Arbeitsaufwand erkennen, der für die Produktion hochwertiger Lebensmittel nötig ist, wären sie eventuell eher bereit, höhere Preise zu akzeptieren. Außerdem könnten sie die Beweggründe für oder gegen bestimmte Produktionsweisen besser nachvollziehen. Sie erhielten ein fundierteres Bild von der Situation der Landwirt*innen und könnten mit unreflektierten medialen Darstellungen der Landwirtschaft besser umgehen. Die Möglichkeit für Konsumierende bei PGS mitzuwirken, der Landwirtschaft wieder näher zu kommen und diese

den eigenen Vorstellungen zufolge beeinflussen zu können, stellt eine Gelegenheit zur Verbesserung der Kommunikation und des gegenseitigen Verständnisses dar. Auf diese Weise könnte die Landwirtschaft wieder mehr in die Mitte der Gesellschaft geholt werden. Der engere Bezug könnte auch eine Veränderung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse herbeiführen.

Die berichtete wirtschaftliche Situation der Befragten zeigt ebenfalls eine Notwendigkeit für Verbesserung auf. Alle betonen während der Interviews, wie wichtig es sei, bedacht mit den eigenen Ressourcen umzugehen, verschiedene Standbeine zu haben und bei Förderprogrammen mitzumachen, um keine Verluste zu machen und von ihren Betrieben im Vollerwerb leben zu können. Die Bio-Zertifizierung erlaubt es den zertifizierten Landwirt*innen ihre Produkte zu einem höheren Preis zu verkaufen, wodurch sich ihre finanzielle Lage zu gewissem Grad verbessert. Gleichzeitig kommen jedoch die Extrakosten der Zertifizierung auf sie zu, die sich speziell kleine Betriebe teils nicht leisten können. Wirtschaftlich gesehen könnten sich folglich die Direktvermarktung und PGS mehr lohnen. Die selbstständige Preisgestaltung eröffnet Raum für eine faire Entlohnung der eigenen Produktionsarbeit und eine Verbesserung der finanziellen Lage der Bäuer*innen (Home et al. 2017: 541). Darüber hinaus könnte die engere Zusammenarbeit im Rahmen des PGS zu weiterer wirtschaftlicher Entlastung führen, beispielsweise durch Arbeitsteilung oder gemeinsame Einkäufe (Sacchi 2016: 2).

Die zeitliche Logik der Zertifizierungen spielt in den Interviews eine bedeutende Rolle bei der Erhöhung der ökologischen Standards und der Förderung der nachhaltigen, umweltfreundlichen Landwirtschaft auf lange Sicht. Dieser Aspekt wird im Rahmen der Direktvermarktung nicht erwähnt. Ein Bio-Zertifikat ist lediglich die Prüfung des aktuellen Status quo und bietet keinerlei Anreize zur zukünftigen Verbesserung der individuellen Produktionsweisen über den Bio-Standard hinaus. Die Erst-Zertifizierung kann somit eine einmalige Motivation zur Reflektion der eigenen landwirtschaftlichen Arbeit und zur Erhöhung ihrer Nachhaltigkeit darstellen.

Im Vergleich dazu bietet PGS zumeist deutlich mehr Impulse für die Anpassung der Produktionsweise im Sinne der Nachhaltigkeit, der Umweltverträglichkeit und dem Erhalt traditioneller Produktionsarten. Dies wird unter anderem durch Kriterien der zweiten Ebene gewährleistet, deren Erfüllung verpflichtend für eine Teilhabe an PGS ist. Bei Nicht-Einhalten werden entsprechende Maßnahmen getroffen, um den betroffenen Betrieb in die gewünschte Richtung weiterzuentwickeln, statt auf Grund dessen ausgeschlossen zu werden (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 5). Zusätzlich bieten die sogenannten Idealkriterien eine Orientierung für die weitere Verbesserung der Produktion, über die Pflichtregularien hinaus. Diese sind nicht verbindlich einzuhalten, jedoch als wünschenswert in den Kriterienkatalog

aufgenommen. Durch die soziale Kontrolle, den konstanten Vergleich und die Nähe untereinander könnten die PGS-Mitglieder dauerhaft motiviert werden ihre Produktion zu verbessern und sämtliche Kriterien zu erfüllen (Cuéllar-Padilla/Ganuza-Fernandez 2018: 5). Eine erneute Aufwertung traditioneller Produktionsweisen könnte zudem nicht nur positive Effekte auf die ökologischen Folgen der Landwirtschaft haben, sondern, durch die präzise Anpassung an lokale Umstände, eine Steigerung der Produktivität bei vermindertem Pestizideinsatz zu Folge haben. Dadurch würden die Ausgaben der Bäuer*innen reduziert und das finanzielle Auskommen würde verbessert (Rodrigues-Hirata et al. 2019: 6). Darüber hinaus bieten die Hofentwicklungsgespräche einen Rahmen zur Besprechung aktueller Missstände und möglicher Verbesserungen für die Zukunft. Dabei werden Pläne festgelegt, um die gewünschten Maßnahmen in einem bestimmten Zeitraum umzusetzen (Winkler et al. 2024: 9).

Die lokale Ausrichtung gilt als Stärke von PGS. Sie bietet die Grundlage für eine Anpassung der Produktionsregeln und der Konformitätskriterien an spezifische Gegebenheiten der Region. Hierbei folgt sie auch dem Anspruch der Politischen Ökologie, den lokalen Kontext zu berücksichtigen, statt generelle standardisierte Lösungen zu entwickeln, deren lokale Umsetzung möglicherweise adverse Konsequenzen nach sich zieht (Görg et al. 2022: 12). PGS zielen darauf ab, sämtliche Einschränkungen zu berücksichtigen und Vorteile zu nutzen, die der jeweiligen Region inhärent sind. Das steigert potenziell die Resilienz gegenüber Extremwetterereignissen und reduziert den bürokratischen Aufwand, da nicht um Ausnahmeregelungen gebeten werden muss, sollten die lokalen Bedingungen die Einhaltung bestimmter, standardisierter Richtlinien nicht zulassen (Sacchi 2016: 2).

Durch die Förderung der lokalen Zusammenschlüsse besonders unter Kleinbäuer*innen kann der ländliche Raum aufgewertet werden, da viele Landwirt*innen dort gesellschaftlich und kulturell relevante Aufgaben übernehmen (Groier/Machold/Loibl 2018: 3). Außerdem kann die Landwirtschaft durch den direkten Verkauf der Produkte an die Kund*innen wieder stärker ins Zentrum der Gesellschaft gerückt und im Ansehen gesteigert werden. Dies könnte den Beruf für Junglandwirt*innen wieder attraktiver machen und die Abwanderung vom Land in die Stadt reduzieren, zumal auch abgelegene Gegenden gut vernetzt wären, viele Arbeitsplätze böten und über einfachen Zugang zu qualitativ hochwertigen Produkten verfügten (Rodrigues-Hirata et al. 2019: 2). Die Direktvermarktung fördert ebenfalls eine stärkere Orientierung auf den lokalen und regionalen Markt. Wie bei PGS wird der Kontakt zu den Verbraucher*innen verstärkt und der Vertrieb von lokalen Produkten gefördert, statt von Importen abhängig zu sein. Folglich erhöhen diese beiden Lösungsansätze das Potenzial für Ernährungssicherheit und -souveränität (IFOAM 2019: 6). Im Gegensatz dazu steht die Bio-Zertifizierung, die nicht lokal ausgerichtet

ist. Allerdings ermöglicht die Standardisierung des Zertifikates eine vereinheitlichte Kontrolle auf allen Bio-Betrieben weltweit sowie den Export über Landesgrenzen hinweg. Dadurch werden neue Märkte für die Landwirt*innen erschlossen, wobei diese sich jedoch selbst um die Umsetzbarkeit der Bio-Richtlinien in ihrem Betrieb kümmern müssen (Fonacier-Montefrio/Johnson 2019: 8).

Die politisch-ökologische These der Degradierung und Marginalisierung scheint gut auf die Situation von Kleinbäuer*innen in Österreich anwendbar zu sein. Die ursprüngliche kleinbäuerliche Landwirtschaft ist im besten Fall eine nachhaltige Kreislaufwirtschaft, die kaum auf Material- oder Energie-Inputs von außen angewiesen ist und sich flexibel an lokale, klimatische Bedingungen anpassen kann, ohne dabei die natürlichen Ressourcen übermäßig zu beanspruchen (Weinzierl/Forster/Fehlinger 2016: 132). Die Option auf solchermaßen funktionierende Systeme wurde durch die Integration der Landwirtschaft in den Weltmarkt, den Beitritt Österreichs zur EU und das ständige Streben nach Wirtschaftswachstum mehr und mehr verdrängt. Die Förderung der industriellen Landwirtschaft führt zu Überbeanspruchung von Natur, exzessiver Nutzung von Pestiziden und chemischen Düngern und zu einem wachsenden Beitrag der Landwirtschaft zum menschengemachten Klimawandel. Eine für die Landwirt*innen schwerwiegende Folge ist die Bodendegradation, die nur unter großem Aufwand wieder rückgängig gemacht werden kann (Robbins 2012: 159f). Partizipative Garantiesysteme mit ihrem Fokus auf biologische Produktionsweisen, die Förderung der Biodiversität, den Erhalt und die Weitervermittlung traditioneller Produktion versuchen die teils irreversiblen Verschlechterungen des Bodens und die negativen Auswirkungen der Landwirtschaft auf das Klima zu reduzieren. Gleichzeitig sind die durch PGS entstehenden Netzwerke und soziale sowie politische Zusammenschlüssen mögliche Mittel, um der Marginalisierung von (Klein-)Bäuer*innen in politischer, sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht entgegenzuwirken.

Die Informationen, die während der Interviews zur aktuellen Lage der Bäuer*innen und zu den Vorgängen, Problemen und Veränderungen des Landwirtschaftssystem in Österreich gesammelt wurden, sind ein essenzieller Bestandteil für die Bewertung einer möglichen Einführung von PGS in Österreich. Aus den Gesprächen geht hervor, dass grundsätzlich großer Bedarf an einer Veränderung der aktuellen Lage in der Landwirtschaft besteht. Einige angesprochene zentrale Problemlagen lassen den Schluss zu, dass Partizipative Garantiesysteme eine hilfreiche Stütze für die befragten Landwirt*innen sein könnten, um ihre politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Sorgen zu reduzieren. Die Erwartungen der Interviewten bezüglich der Potenziale und Herausforderungen einer Einführung von PGS in Österreich decken sich

größtenteils mit den Forschungsergebnissen zu Partizipativen Garantiesystemen in anderen Ländern. Es sind jedoch unterschiedliche Schwerpunkte bezüglich der Herausforderungen und der Gründe für die Beteiligung an einem solchen System bei einem Vergleich der bestehenden Forschung zu anderen Ländern und der vorliegenden Arbeit erkennbar. So werden im Rahmen der Interviews der Wissensaustausch und die Hofbesuche als besonders positiv hervorgehoben. Die in der Forschung stark betonte finanzielle Erleichterung durch die Einsparung der Zertifizierungskosten wird hingegen während der Interviews nicht thematisiert. Die größten Sorgen der Befragten gibt es in Zusammenhang mit dem zusätzlichen zeitlichen Aufwand und der Einigung mit sämtlichen Mitgliedern auf einheitliche Produktionsstandards. Dabei sorgen sich die Befragten vor allem um persönliche Differenzen, während bisherige Forschungsergebnisse vielmehr Zielkonflikte, opportunistisches Verhalten und die rechtliche Anerkennung von Partizipativer Zertifizierung problematisieren. Darüber hinaus werden jedoch im Großen und Ganzen die gleichen Aspekte als Vor- oder Nachteil beschrieben, die auch in der einschlägigen wissenschaftlichen Literatur genannt sind. Es sind lediglich Unterschiede in der Gewichtung festzustellen. Diese Differenzen lassen sich tentativ auf eine andere Ausgangslage der befragten Landwirt*innen in Österreich im Vergleich zu Landwirt*innen in den bisher beforschten Länder zurückführen.

Für eine leichtere Umsetzung von PGS in Österreich erscheint Unterstützung durch die Politik, durch NGOs und durch bereits bestehende Anbauverbände, wie beispielsweise Demeter, hilfreich. Dadurch könnten die initiiierenden Landwirt*innen auf bestehende Netzwerke zurückgreifen und von deren Erfahrungen in den Bereichen der Kommunikation, der Organisation, der Kontrolle und der Öffentlichkeitsarbeit profitieren. Am Beispiel des „Projekts Anerkennung“ in Darmstadt, Deutschland, wie es in Interview PA dargestellt wird, ist gut erkennbar, wie Demeter die Partizipative Garantie fördert und zu deren Erfolg beiträgt. Da die Initiative innerhalb des Demeter-Verbandes gegründet wurde, entfiel die Festlegung der Produktionsregularien, stattdessen wurden die bereits deklarierten Standards verwendet. Außerdem besteht hier bereits ein gefestigtes Netzwerk mit einer gemeinsamen Vision, wodurch die Zusammenarbeit und die Aufgabenverteilung erleichtert werden. Gleichzeitig hilft es für die Öffentlichkeitsarbeit und die Glaubwürdigkeit der Partizipativen Zertifizierung, auf den anerkannten Demeter-Verband verweisen zu können, der die Initiative stark unterstützt und selbst ein großes Interesse am Erfolg des Projektes besitzt. Zusätzlich wird das „Projekt Anerkennung“ finanziell und inhaltlich im Rahmen mehrjähriger Projekte durch einige Ministerien, Universitäten und andere Anbauverbände unterstützt (PA: 8). Eine solche Hilfe wird besonders in der Anfangsphase als wichtig dargestellt, da so viele Fehler vermieden

werden konnten und der finanzielle Puffer eventuelle anfängliche Schwierigkeiten und Irrtümer abfing.

Zusätzlich zu finanzieller und wissenschaftlicher Unterstützung erscheinen die rechtliche Anerkennung und die Förderung solcher Projekte seitens der Politik wichtig für die erfolgreiche Umsetzung von PGS. Bei einer legalen Anerkennung und einer Gleichsetzung einer Partizipativen Zertifizierung mit einer Zertifizierung durch Dritte, zumindest auf lokaler Ebene wie beispielsweise in der italienischen Region Emilia-Romagna, können laut Sacchi (2016: 3) für die Beteiligten neue Vermarktungsmöglichkeiten entstehen und sie können Zugang zu Subventionen für biologische Landwirtschaft erhalten. Dies könnte eine doppelte Zertifizierung durch PSG und offiziell anerkannte Agenturen irrelevant machen und die Bäuer*innen finanziell sowie zeitlich durch den verminderten bürokratischen Aufwand entlasten (López-Cifuentes/Vogl/Cuéllar-Padilla 2018: 13).

Eine große Schwierigkeit bei der rechtlichen Anerkennung sowie der Gleichstellung mit der Zertifizierung durch Dritte stellt die fehlende Einheitlichkeit und Vergleichbarkeit der PGS-Initiativen dar. Während die Flexibilität und die Anpassung der Kriterien und Standards an die jeweiligen Umstände einen großen Vorteil für die Projekte selbst bedeutet, ist gerade diese Uneinheitlichkeit nach außen hin schwierig. So müssten Konsumierende sich bei jeder einzelnen Initiative über die jeweiligen Standards informieren, um zu wissen, welche Produktionsregeln garantiert werden. Außerdem kann eine nationale Regierung keine standardisierte Anerkennung für alle Garantiesysteme aussprechen, da innerhalb eines Landes viele mögliche Umsetzungen von PGS existieren könnten. Die Balance zwischen der durch die offizielle Anerkennung notwendigen Standardisierung und dem Erhalt der PGS-typischen Flexibilität zu finden könnte eine große Herausforderung darstellen (Nelson et al. 2016: 380). Schlussendlich kann aus der tieferen Analyse und Interpretation der erhobenen Daten vor dem Hintergrund bestehender Forschung zum Thema aus dem Bereich der Politischen Ökologie gefolgert werden, dass PGS viel Potenzial zur Verbesserung der sozioökonomischen Situation der Kleinbäuer*innen sowie zur nachhaltigen Entwicklung der Landwirtschaft in Österreich birgt. Dies ist zum einen dem ganzheitlichen Ansatz des Konzeptes geschuldet, der nicht nur auf einen einzelnen Aspekt fokussiert, sondern Einfluss auf alle vier beschriebenen Dimensionen ausübt. Zum anderen sind die Flexibilität in der Umsetzung und die Anpassungsfähigkeit an lokale, soziokulturelle Umstände von Vorteil bei der Verbesserung der individuellen sowie der kollektiven Situation der Landwirt*innen. Abhängig von den Bedürfnissen und Kapazitäten der Teilnehmenden könnten die Produktionsregeln und die Konformitätskriterien adaptiert werden, sodass alle Beteiligten den größtmöglichen Nutzen

davontrügen. Das soziale Netzwerk, die zeitliche Fokussierung auf zukünftige, ökologische Verbesserungen, der größere politische Einfluss durch den Zusammenschluss sowie die Unterstützung durch NGOs und andere Verbände stellen klare Vorteile gegenüber bestehenden Lösungsansätzen, wie Direktvermarktung oder Bio-Zertifizierung dar. All diese Ergebnisse der im Rahmen dieser Arbeit geführten Interviews sowie bestehender Forschung zu diesem Thema sprechen für eine Verbesserung der aktuellen Lage von Kleinbäuer*innen in Österreich durch die Einführung von Partizipativen Garantiesystemen. Natürlich muss bei der Gründung eines PGS in Österreich letztendlich der jeweilige aktuelle lokale Kontext und die wirkliche Umsetzbarkeit einer solchen Initiative untersucht werden. Sind die interessierten Landwirt*innen örtlich weit entfernt voneinander angesiedelt, gibt es persönliche Differenzen oder wollen beziehungsweise können die Interessierten doch nicht die nötige Zeit investieren, können dies Gründe für das Scheitern des Garantiesystems sein, auch wenn der grundsätzliche Wille besteht. Dies gilt es schließlich in den jeweiligen Fällen zu untersuchen.

Bei alldem bleibt zu beachten, dass diese Arbeit durch den qualitativen Ansatz und die geringe Samplegröße den Fokus lediglich auf illustrative Einzelfälle legen kann. Die Interviews sowie die Andeutungen der Interviewten bezüglich der Ansichten und Situationen anderer Landwirt*innen lassen die Erstellung von Thesen zu. Die Überprüfung dieser Thesen auf Generalisierbarkeit können mit dieser Art der Forschung jedoch nicht gewährleistet werden. Dafür wäre eine nachfolgende quantitative Studie nötig, die den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde. Eine solche Forschung könnte auch durch ein größer angelegtes Sample eventuelle blinde Flecken der vorliegenden Arbeit schließen. Folglich bleiben alle Aussagen zu PGS in Österreich zu diesem Zeitpunkt Hypothesen, bis konkrete, untersuchbare Umsetzungsversuche, Realexperimente durchgeführt werden.

Da die rechtlichen Bedingungen im landwirtschaftlichen Bereich und die Restriktionen im Bereich biologischer Landwirtschaft eine große Rolle für den Erfolg von PGS spielen, wäre eine tiefergehende Forschung zur rechtlichen Lage in Österreich und die mögliche Einbettung Partizipativer Garantiesysteme darin interessant. Auch die politische Situation, die Einstellung politischer Akteur*innen zur Sinnhaftigkeit und der möglichen Umsetzung Partizipativer Garantiesysteme beziehungsweise die notwendigen Schritte in der lokalen sowie der nationalen Politik bieten Grundlage für weitere Untersuchungen. Weiters würde eine Datenerhebung zur Meinung der Konsument*innen bezüglich der Problemwahrnehmung, ihrer eigenen Wünsche und Verbesserungsvorschläge und dem Interesse an einer Teilhabe an PGS wichtige Aspekte hervorheben, die für eine erfolgreiche Umsetzung von PGS in Österreich relevant sind.

7. Literaturverzeichnis

- Bailey, S./Bryant, R. (2005), *Third World Political Ecology. An Introduction*. London: Routledge.
- Becheva, S./Rioufol, V. (2020), Höfesterben. In: Heinrich-Böll-Stiftung/Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V./Le Monde Diplomatie (Hg.), *Agrar-Atlas 2019. Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft*. 3. Auflage. S. 18-19.
- BMK 2024, *Landwirtschaft* [Online] <https://www.klimawandelanpassung.at/kwa-allgemein/kwa-landwirtschaft>. Letztes Abrufdatum: 08.10.2024.
- Brad, A. (2018), Politische Ökologie und Politics of Scale – Vermittlungszusammenhänge zwischen Raum, Natur und Gesellschaft. In: *Geographica Helvetica*, 2018-01, Vol. 71 (4), S. 353-363.
- Brand, U./Görg, C. (2022), Gesellschaftliche Naturverhältnisse. In: Gottschlich et al. (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld: transcript. S. 37-50.
- Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft (2023), (64. Auflage) *Grüner Bericht 2023. Die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft*. Wien: BML.
- Cavallet, L./Canavari, M./Fortes Neto, P., (2018), Participatory guarantee system, equivalence and quality control in a comparative study on organic certification systems in Europe and Brazil. In: *Ambiente & Água – An Interdisciplinary Journal of Applied Science*, 13 (4), S. 1-14.
- Chemnitz, C./Rehmer, C. (2020), Geschichte. In: Heinrich-Böll-Stiftung/Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V./Le Monde Diplomatie (Hg.), *Agrar-Atlas 2019. Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft*. 3. Auflage. S. 10-11.
- Coy, M. (2022), Akteure und Soziale Bewegungen. In: Gottschlich et al. (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld: transcript. S. 301-306.
- Cuéllar-Padilla, M./Ganuza-Fernandez, E. (2018), We don't want to be officially certified! Reasons and Implications of the Participatory Guarantee Systems. In: *Sustainability* (2018) 10, 1142.
- Dietz, C./Engels, B. (2014), Immer (mehr) Ärger wegen der Natur? – Für eine gesellschafts- und konflikttheoretische Analyse von Konflikten um Natur. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)*, 43 (2014), H. 1, S. 73-90.
- Dietz, C./Wissen, M. (2022), Marxistische Politische Ökologie. In: Gottschlich et al. (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld: transcript. S. 51-62.
- Ellner, L. F. (2021), *Solidarische Landwirtschaft in Österreich – Alternativen für den Agrarsektor*. Wien: Eigenverlag des FOG.
- Fonacier-Montefrio, M./Johnson, A., (2019), Politics in participatory guarantee systems for organic food production. In: *Journal of Rural Studies* 65 (2019), S. 1-11.
- Forster, F./Ortner, J. (2009), Den Boden für eine andere Agrarpolitik bereiten. Unser ernährungssouveränes Europa. In: *Wir bauen Europa neu. Wer baut mit?*. Wien: Residenz Verlag, S. 131-142.
- Friedel, R./Spindler, E. (2016), Die Welt der Zertifizierung. In: Friedel, R./Spindler, E. (Hg.), *Zertifizierung als Erfolgsfaktor*. Wiesbaden: Springer. S. 3-12.
- Görg et al. (2017), Challenges for Social-Ecological Transformations: Contributions from Social and Political Ecology. In: *Sustainability* (2017) 9, 1045.
- Gottschlich, D. (2022), Gerechtigkeit. In: Gottschlich et al. (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld: transcript. S. 365-376.

- Gottschlich, D. et al. (2022), Was sind das für Zeiten?. In: Gottschlich et al. (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld: transcript. S. 11-20.
- Gottschlich, D./Hackfort, S./Katz, C. (2022), Feministische Politische Ökologie. In: Gottschlich et al. (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld: transcript. S. 91-106.
- Gottschlich, D./Pichler, M. (2022), Demokratie. In: Gottschlich et al. (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld: transcript. S. 341-350.
- Groier, M./Machold, I./Loibl, E. (2018). *Landwirtschaftliche Kleinbetriebe zwischen regionaler Nachhaltigkeit und Globalisierung*. Wien: Bundesanstalt für Bergbauernfragen.
- Hansmann, B. et al. (2016), Konzept und Funktionen von freiwilligen Nachhaltigkeitsstandards. In: Friedel, R./Spindler, E. (Hg.), Wiesbaden: Springer. S. 57-74.
- Heinrich-Böll-Stiftung/Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V./Le Monde Diplomatique (2020), Zwölf kurze Lektionen. In: Heinrich-Böll-Stiftung/Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V./Le Monde Diplomatique (Hg.), *Agrar-Atlas 2019. Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft*. 3. Auflage. S. 8-9.
- Helfferrich, C. (2014), Leitfaden- und Experteninterviews. In: Baur, N., Blasius, J. (Hg.) *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer, S. 559-574.
- Hernandez, C. (2009), Theoretical Coding in Grounded Theory Methodology. In: *The Grounded Theory Review*. 8(3), 51-60.
- Hillemeyer, J. (2021), Österreichs Landwirtschaft ist krisenfest. In: *Lebensmittelzeitung* (44), S.57.
- Höllinger, F./Eder, A./Haring, S. (2020), Betriebliche Rahmenbedingungen und Perspektiven multifunktional-innovativer Landwirtschaft. Ergebnisse einer Mixed-Methods-Befragung von LandwirtInnen in Österreich. In: *Österreich Z Soziol* (2020) 45, S. 69-89.
- Home, R. et al. (2017), Participatory guarantee systems: organic certification to empower farmers and strengthen communities. In: *Agroecology and Sustainable Food Systems* 41:5, S. 526-545.
- IFOAM – Organics International (2008), *Definition of Participatory Guarantee Systems*. Bonn: IFOAM.
- IFOAM – Organics International (2018), Policy Brief on How Governments can recognize and Support Participatory Guarantee Systems (PGS). Bonn: IFOAM.
- IFOAM – Organics International (2019), PGS Guidelines. How to develop and manage Participatory Guarantee Systems for Organic Agriculture. Bonn: IFOAM.
- Klatzer, E. (2016), Macht der Konzerne in Österreich. In: Attac (2016), *Konzernmacht brechen! Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle*. Wien: Mandelbaum, S. 219-247.
- Küsters, I. (2014), Narratives Interview. In: Baur, N./Blasius, J. (Hg.) *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer. S. 575-580.
- López-Cifuentes, M./Vogl, C./Cuéllar-Padilla, M. (2018), Participatory Guarantee Systems in Spain: Motivations, Achievements, Challenges and Opportunities for Improvement Based on Three Case Studies. In: *Sustainability* (2018), 10, 4081.
- Matthews, A. (2020), Direktzahlungen. In: Heinrich-Böll-Stiftung/Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V./Le Monde Diplomatique (Hg.), *Agrar-Atlas 2019. Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft*. 3. Auflage. S. 14-15.

- Meyer-Höfer, M./Spiller, A. (2016), Strategien und Erfolgskriterien für Zertifizierungssysteme am Beispiel der Agrar- und Ernährungswirtschaft. In: Friedel, R./Spindler, E. (Hg.), *Zertifizierung als Erfolgsfaktor*. Wiesbaden: Springer. S. 75-88.
- Nelson, E. et al. (2016), Participatory guarantee systems and the re-imagining of Mexico's organic sector. In: *Agriculture and Human Values* (2016) 33, S. 373-388.
- Plank, C./Penker, M./Brunner, K. (2021), Ernährung klimasozial gestalten. In: Attac/Beigewum/Die Armutskonferenz (Hg.), *Klimasoziale Politik. Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten*. Wien: Bahoe books S. 143-151.
- Przyborski, A., Wohlrab-Sahr, M. (2019), Forschungsdesigns für die qualitative Sozialforschung. In: Baur, N., Blasius, J. (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 105-123.
- Rech, T. (2022), *Aktionsprogramm Biologische Landwirtschaft 23+*. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft.
- Robbins, P. (2012), Political Ecology: a critical introduction. Wiley-Blackwell. Chapter 1, *Political versus Apolitical Ecologies* S. 11-24.
- Rodrigues-Hirata, A. et al. (2019), The Contribution of the Participatory Guarantee System in the Revival of Agroecological Principles in the Southern Minas Gerais, Brazil. In: *Sustainability* (2019), 11, 4675.
- Rogers, R. (2018), Coding and Writing Analytic Memos on Qualitative Data: A Review of Johnny Salasña's The Coding Manual for Qualitative Researchers. *The Qualitative Report*. 23(4), 889-892.
- Ruiz-Pryré, F./Schmitt, T. (2022), Emanzipation und Empowerment. In: Gottschlich et al. (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld: transcript. S. 351-358.
- Sacchi, G. (2016), Towards an Evolution of Policies Framework for the Quality of Organic Agriculture: The Case of Participatory Guarantee Systems in Italy. In: *Annals of Agricultural & Crop Sciences* (2016), 1(2): 1007.
- Sacchi, G. (2019), Social innovation matters: The adoption of participatory guarantee systems within Italian alternative agri-food networks. In: *Strateg. Chang.* 2019, 28, 241–248.
- Schultz, U. (2014), Über Daten nachdenken. Grounded Theory Studien in entwicklungsbezogener Forschung. In: Dannecker, P./Englert, B. (Hg.), *Qualitative Methoden in der Entwicklungsforschung*. Wien: Mandelbaum. S. 75-93.
- Schulze, H./Moore, O./Lorenzen, H. (2020), Ländliche Räume. In: Heinrich-Böll-Stiftung/Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V./Le Monde Diplomatique (Hg.), *Agrar-Atlas 2019. Daten und Fakten zur EU-Landwirtschaft*. 3. Auflage. S. 16-17.
- Sodano, V./Hingley, M./Lindgreen, A. (2008), The usefulness of social capital in assessing the welfare effects of private and third-party certification food safety policy standards. In: *British Food Journal* (2008), Vol. 110, No. 4/5. S. 493-513.
- Thurn, V./Oertel, G./Pohl, C. (2018), *Genial Lokal. So kommt die Ernährungswende in Bewegung*. München: oekom.
- Tittor, A. (2022), Inwertsetzung, Kommodifizierung und Finanzialisierung. In: Gottschlich et al. (Hg.), *Handbuch Politische Ökologie. Theorien, Konflikte, Begriffe, Methoden*. Bielefeld: transcript. S. 399-406.
- Torquati, B. et al. (2021), Participatory Guarantee System and Social Capital for Sustainable Development in Brazil: The Case Study of OPAC Orgânicos Sul de Minas. In: *Sustainability* (2021) 13, 11555.
- Walther-Thoß, J. (2016), Warum unterstützt der WWF die Entwicklung und Umsetzung von Standards?. In: Friedel, R./Spindler, E. (Hg.), *Zertifizierung als Erfolgsfaktor*. Wiesbaden: Springer. S. 13-22.

- Weinzierl, C./Forster, F./Fehlinger, J. (2016), Hunger nach Profiten? Machtverhältnisse im Agrar- und Ernährungssystem. In: Attac (Hg.), Konzernmacht brechen! Von der Herrschaft des Kapitals zum Guten Leben für Alle. Wien: Mandelbaum. S. 128-158.
- Winkler, G. et al (2024), Participatory Guarantee Systems: structure, benefits and reasons for participation – insights from the Italian case study of Campi Aperti. *Frontiers in Sustainable Food Systems*.

8. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht über die Interviewpartner*innen (Eigene Darstellung)

9. Anhang

Liste der Interviews:

1. Das erste Interview mit einer Demeter-Landwirtin aus Niederösterreich fand am 15.05.2024, um 17:30 Uhr digital über Google Meets statt. Es dauerte eine Stunde und wird in der Arbeit mit B1 abgekürzt.
2. Das zweite Interview mit einem Vertreter der ÖBV fand am 17.05.2024, um 9:00 Uhr digital über Zoom statt. Es dauerte 50 Minuten und wird in der Arbeit mit BV abgekürzt.
3. Das dritte Interview mit einer Vertreterin des Projekt Anerkennung in Deutschland fand am 22.05.2024, um 10:30 Uhr digital über Microsoft Teams statt. Es dauerte 01:24 Stunden und wird in der Arbeit mit PGSD abgekürzt.
4. Das vierte Interview mit einem konventionellen Landwirt aus dem Einzugsgebiet Wien fand am 23.05.2024, um 17:00 Uhr persönlich in Wienerherberg statt. Es dauerte 01:48 Stunden und wird in der Arbeit mit B2 abgekürzt.
5. Das fünfte Interview mit einem konventionellen Landwirt aus dem Burgenland fand am 04.06.2024, um 07:30 Uhr digital über Microsoft Teams statt. Es dauerte 02:17 Stunden und wird in der Arbeit mit B3 abgekürzt.
6. Das sechste Interview mit einer Bio-Landwirtin aus Niederösterreich fand am 05.06.2024, um 13:30 Uhr persönlich in Rabenstein statt. Es dauerte 01:58 Stunden und wird in der Arbeit mit B4 abgekürzt.
7. Das siebte Interview mit einem Bio-Bergbauern fand am 25.06.2024, um 13:20 Uhr digital über WhatsApp Video statt. Es dauerte 01:22 Stunden und wird mit B5 abgekürzt.
8. Das achte Interview mit einer Bio-Bergbäuerin fand am 26.06.2024, um 09:00 Uhr digital über Microsoft Teams statt. Es dauerte 01:32 Stunden und wird in der Arbeit mit B6 abgekürzt.